

OSKAR SCHWARZER

SOZIALISTISCHE ZENTRALPLAN- WIRTSCHAFT IN DER SBZ/DDR

ERGEBNISSE EINES ORDNUNGS-
POLITISCHEN EXPERIMENTS
(1945–1989)



FRANZ STEINER VERLAG STUTTGART
1999

VIERTELJAHRSSCHRIFT FÜR
SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

BEIHEFTE

HERAUSGEGEBEN VON
HANS POHL,
RAINER GÖMMEL, FRIEDRICH-WILHELM HENNING,
KARL HEINRICH KAUFHOLD,
FRAUKE SCHÖNERT-RÖHLK, GÜNTHER SCHULZ

Nr. 143



FRANZ STEINER VERLAG STUTTGART
1999

Inhalt

	Seite
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XI
Einleitung	1
1. Die Sowjetunion im Hintergrund	12
2. Die Reparationsfrage und Hemmnisse des Wiederaufbaus in den Besatzungszonen	21
3. 'Revolutionäre Umgestaltung' in der SBZ/DDR	31
a) Justiz und Freiheitsrechte	31
b) Enteignungen, Steuerpolitik und Binnenwährungstausch	38
c) Das Finanzsystem	44
d) Bildungspolitik	49
e) Sozialpolitik	52
f) Die Zentralplanung	56
(1) Probleme in der Industrie	58
(2) Probleme in der Landwirtschaft	63
(3) Flucht in die Fiktion	66
4. Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten - ein Vergleich	70
5. Bevölkerung, Arbeitskraftpotential und Investitionen in das Humankapital	81
a) Bevölkerungsentwicklung und Arbeitskraftpotential	81
b) Qualifikationsstruktur und Bildungsausgaben	85
c) Die revolutionäre Umgestaltung und ihre Folgen für den Humankapitalstock	94
6. DDR-Inlandsprodukt und seine Komponenten	109
a) Über die Qualität und Bedeutung der DDR-Daten - eine grundsätzliche Frage zur modelltheoretischen Rückrechnung und der Beachtung des historisch relevanten Datenkranzes	109
(1) Probleme des Preisvergleichs	118
(2) Währung und internes Umrechnungsverhältnis	121
b) Zur Schätzung gesamtwirtschaftlicher Größen in der Nachkriegszeit (1945-1958)	129
c) Wachstum von Gesamtwirtschaft und Investitionen	138
d) Der Außenhandel	145
e) Subventionen und Verschuldung	151
f) Intervalutarischer Produktivitätsvergleich	155

7.	Leben in der DDR – veränderter Wohlstand und un-	
	hältnismäßiger Lebensstandard	169
a)	Die Not der ersten Nachkriegsjahre in Deutschland	170
b)	Probleme der Lohnpolitik	175
c)	Einnahmen- und Ausgabenrechnung privater Haushalte	177
8.	Die Eigentums- und Vermögensstruktur in der DDR	184
a)	Eigentum und Vermögen im Systemvergleich	184
	(1) Eigentum	184
	(2) Vermögen	188
b)	Die Verschiebung des privaten in den staatlichen Sektor	191
c)	Geldvermögen in der DDR vor dem Hintergrund bundesdeut-	
	scher Entwicklungen	193
d)	Einkommensschichtung in Deutschland im Langzeitvergleich	201
e)	Vermögensverteilung im gesamtwirtschaftlichen	
	Zusammenhang der DDR	205
	Schlußbilanz der DDR	217
 Anhang:		
	Quellen- und Literaturverzeichnis	230
 Quellensupplemente		
1.	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der DDR	
	Statistik des Gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des National-	
	einkommens der DDR 1949-1989 in vergleichbaren	
	und jeweiligen Preisen	251
2.	Zum Umrechnungsverhältnis der Mark der DDR zu konvertiblen	
	Währungen	307
3.	Währungsprobleme und Außenhandelsstatistik; statistische	
	Koeffizienten und Währungsstruktur im Außenhandel	353
4.	Probleme der Arbeitsproduktivität zu Beginn der 1950er Jahre	376
5.	Situationsberichte aus der SBZ - 1946	401
6.	Daten zum Lebensstandard in der DDR	413
7.	Basistabellen zur Vermögensstruktur der DDR	418

Einleitung

Als Gorbatschow 1988 das Ende der Breschnew-Doktrin verkündete, stand das Ende der Deutschen Demokratischen Republik (nachfolgend: DDR) bevor, obwohl das damals von niemandem aus der interessierten Öffentlichkeit wahrgenommen wurde.¹ Mit dem Zusammenbruch der sowjetischen Hegemonie, die gleichzeitig eine Bestandsgarantie für den sozialistischen deutschen Teilstaat DDR gewesen war, zeigte sich die lediglich virtuelle Beständigkeit: Die "DDR ist durch sich selber von der Bildfläche verschwunden. Man spricht auch nicht mehr über sie. Sie wird auch in der Geschichte nur eine Fußnote sein. ... Die DDR hat sich selbst aufgelöst ... Es ist niemand gekommen mit einem Gewehr von außen, es ist niemand gekommen mit einem Gewehr von innen; es ist niemand gekommen, der alle Konten gesperrt hat, also die DDR pleite gemacht hat. Es ist niemand gekommen, der gesagt hat, du kriegst Geld, wenn du das politisch änderst. Nein, die DDR hat es einfach nicht mehr gemacht".²

Vergegenwärtigt man sich die Situation in den Jahren *nach* 1989/90, so wird deutlich, daß die Kenntnisse über die reale wirtschaftliche Situation in der DDR *zuvor* unzureichend waren, und daß deshalb die Politik die Probleme trotz intensiver wissenschaftlicher Politikberatung über Jahrzehnte hinweg hinsichtlich der wirtschafts-, sozial- und strukturpolitischen Ziele der Wiedervereinigung unterschätzte. Die wesentliche Variable dabei war die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR, die überschätzt worden war.

Auch in der wirtschaftswissenschaftlichen 'scientific community' bestand Unkenntnis über den tatsächlichen Entwicklungsstand in den sozialistischen Zentralplanwirtschaften. So schrieb der spätere Nobelpreisträger Robert E. Lucas jr. 1988 in einem Schlüsselaufsatz zur neueren Wachstumstheorie: "... centrally planned economies ... grow about as fast as market economies".³ Die Erklärung dieser Fehleinschätzung kann erheblich zur Beurteilung der Situation 1989 beitragen.

Das partielle Scheitern der DDR-Forschung führt zum *Problemaufriß* der vorliegenden Arbeit: Eine Effizienz-Analyse der DDR-Wirtschaft hat zwei

1 Dies ist kurzgefaßt das Ergebnis des Themenkomplexes 'Gegenseitige Wahrnehmung in beiden deutschen Staaten' auf der 29. Sitzung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Dresden, 3.3.-5.3.1997. Siehe als Zusammenfassungen des Kenntnisstandes und der Art der Informationsgewinnung Karl-Rudolf Korte, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989 (=Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 1), Stuttgart 1998, S. 385-391.

2 Wolfgang Biermann, ehem. Generaldirektor des ehem. Kombinars VEB Carl Zeiss Jena, in: Theo PIRKER / M. Rainer LEPSIUS / Rainer WEINERT / Hans-Hermann HERTLE, Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S. 234.

3 Robert E. Lucas jr., On the mechanics of economic development, in: Journal of Monetary Economics 22, 1988, S. 12.

Fragenkomplexe zu klären: welchen wirtschaftlichen Leistungsstand hatte die DDR während ihrer Existenz tatsächlich, und warum konnte der Staat im internationalen Vergleich nicht mithalten. Dabei ist das Ausgangsniveau der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands (nachfolgend: SBZ) zu berücksichtigen, und die wesentlichen Eingriffe in die Wirtschaft in den Jahren nach 1945 und ihre Folgen müssen bewertet werden. Über die Jahrzehnte hinweg ergibt sich so ein Ursachenbündel, das auch für die Erklärung des Entwicklungsstandes der DDR-Wirtschaft bei ihrem Zusammenbruch bedeutsam ist.

Deutsche Geschichte ist im 20. Jahrhundert von europäischer Geschichte oder derjenigen der Weltwirtschaft nicht zu trennen. Eine bundesdeutsche Geschichte der letzten Jahrzehnte muß deshalb auf der Hintergrundfolie der westeuropäischen Integration und der Reliberalisierung der Weltwirtschaft nach 1945 aufsetzen. Für eine Geschichte der SBZ und DDR ist die sowjetrusische Vorgeschichte mit der Herausbildung der Formen der sozialistischen Zentralplanung und die Beachtung der Vorbedingungen, wie sie sich aus der deutschen Kriegswirtschaftsordnung im Zweiten Weltkrieg ergaben, zu berücksichtigen. Außerdem ist es unerläßlich, daß die SBZ/DDR in das Spannungsfeld gestellt wird, das sie geprägt hat: sie war einer von zwei deutschen Teilräumen, die zumindest bis in die 1970er Jahre auch mental eng aufeinander bezogen waren. Gleichzeitig war die DDR Mitglied des Warschauer Pakts und des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe, mithin optionslos eingebunden in die sowjetrusische Gesamtstrategie.

Das methodisch schwieriger zu bewältigende Forschungsziel ist die gesamtwirtschaftliche Effizienz-Analyse, die mit Hilfe von Produktivitätsdaten durchgeführt wird. Warum bei der Analyse der DDR-Wirtschaft im wesentlichen nur gesamtwirtschaftliche Produktivitätsvergleiche sinnvoll sind, wird im Kapitel 6a bei der Kritik neuester Forschungsdaten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle dargelegt.

Es gibt bis heute noch keine, ausreichend quantitativ unterlegte Untersuchung zur Wirtschaftsgeschichte der Sowjetischen Besatzungszone (nachfolgend SBZ) und der DDR.

In kürzester Form bewertet, trifft die *verbale Interpretation* der DDR-Wirtschaft, wie sie in den vier Jahrzehnten vor 1990 erfolgte, zumeist den Kernbereich, wie er sich inzwischen aus der Aktenlage abzeichnet. Die modelltheoretischen Annahmen der vergleichenden Systemforschung und der Ordnungstheoretiker paßten⁴. Viele Interpretationen der Ergebnisse aus den modellierten Daten und die Politikberatung im Rahmen der DDR-Forschung

4 Hannsjörg BUCK, Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten. Funktionsweise und Funktionsschwächen der Zentralplanwirtschaft sowjetischen Typs in der UdSSR, in Mitteldeutschland und in den osteuropäischen Ländern, Coburg 1969. BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN (Hrsg.), Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, Bonn 1987.

waren 'im Prinzip' richtig. Lediglich das Ausmaß des Niedergangs konnte sich offenbar niemand vorstellen. Dadurch wurde deutlich, daß der - entscheidende - Niveauunterschied zwischen Modellergebnissen und Realität die wissenschaftlichen Interpretationen hinsichtlich der Gestaltung konkreter politischer Maßnahmen und vor allem hinsichtlich deren Finanzierbarkeit nach 1989 allzu stark mit Zufallscharakter belegte.

Die Qualität der *Datenaufbereitung* im Westen hat durch zwei Ereignisse einen entscheidenden Einbruch erfahren: der Bau der Mauer trennte den Informationsfluß. Ab dieser Zeit werden auch die Prognosen der ehemals in der SBZ und frühen DDR in Amt und Kenntnis stehenden DDR-Forscher schwächer. Mit dem Aufstand der zweiten Generation der DDR-Forschung gegen ihre Vorgänger, in Verbindung mit dem Umschwenken der politischen Leitlinien in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, verliert die Datenaufbereitung erneut an Aussagekraft.⁵

In der zweiten Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit", zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte und der Probleme nach der Wiedervereinigung, ging es bei einer Anhörung im März 1997 in Dresden auch um den gegenseitigen Kenntnisstand in beiden deutschen Teilstaaten. Dabei erhielten frühere DDR-Forscher Gelegenheit, aus heutiger Sicht Stellung zu nehmen. Dabei wurde deutlich, daß frühere, vorsichtige Bewertungen - verklausuliert und in Fußnoten gepackt - heute in den Haupttext übernommen werden können.⁶ Damit wird deutlich, daß vor 1989 überaus ernsthaft gearbeitet wurde.

Nach der Wiedervereinigung hat sich die offizielle DDR-Forschung in größeren Teilen verabschiedet und das Feld der historischen Analyse überlas-

5 Siehe dazu Peter von der LIPPE, Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. - Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, Bd. II: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden, Frankfurt/M. 1995, S. 1973-2193, hier S. 2044ff. Klaus SCHROEDER / Jochen STAADT, Der diskrete Charme des Status-quo: DDR-Forschung in der Ära der Entspannungspolitik, in: Klaus Schroeder (Hrsg.), Geschichte und Transformation des SED-Staates, Berlin 1994, S. 309-346. Dies., Die Kunst des Aussitzens, in: ebd., S. 347-354. Als Replik: Christoph KLEBMANN / Martin SABROW, Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 39/96, S. 3-14.

6 Insofern besteht eine gewisse Kontinuität in den Beiträgen, wie sie beispielsweise aus dem Gesamtdeutschen Institut oder Forschungsinstituten kamen und denen, die heute von denselben Forschern publiziert werden. Die Betonung der Eckpunkte hat sich allerdings erhöht und neue Daten sind eingeflossen. Exemplarisch sind hier die 18 Bände der ersten ENQUETE-KOMMISSION des Bundestages (Titel, siehe Fn 7) oder die Buchreihe "Am Ende des realen Sozialismus", hrsg. von Eberhard KUHRT in Verbindung mit Hannsjörg F. BUCK und Gunter HOLZWEIBIG im Auftrag des Bundesministeriums des Innern (bisher 2 Bde.) zu nennen.

sen. Davon gab es bisher lediglich zwei Ausnahmen: die beiden vom Deutschen Bundestag eingesetzten Enquete-Kommissionen⁷ und ein großes, drittmittelgefordertes, Projekt vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle, zusammen mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin,⁸ das vor 1990 die Federführung für die offizielle DDR-Forschung inne hatte.

Beide Institute beschäftigen sich heute schwerpunktmäßig mit der Wirtschaftsforschung zu den neuen Bundesländern. Quasi als Vorspann dazu, so wird argumentiert, erarbeitet man eine Rückrechnung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der DDR in den 1970er und 1980er Jahren zu DM-Werten, welche das Statistische Bundesamt in dieser Form nicht durchführt. Die Kritik an dieser Form 'historischer' Wirtschaftsforschung ist grundsätzlich hinsichtlich der adäquaten Verwendung von Methoden zur Aufarbeitung der DDR-Wirtschaftsgeschichte und ist im Kapitel 6a erläutert. Dabei stellt sich die Frage hinsichtlich der Paßgenauigkeit zwischen Aussagekraft der in Modellen generierten Datenberge in Instituten und Institutionen sowie den Wahrnehmungen und verbalen Interpretationen, vor allem in Wissenschaft und Politikberatung.⁹ Es ist erstaunlich, daß hochkomplexe Kennziffern wie der Produktivitätsstand eines Staates im internationalen Vergleich, bei deren Verwendung man nur auf die Ernsthaftigkeit und Sorgfalt der Urheber sowie die Hoffnung, daß dennoch auftretende Abweichungen sich gegenseitig neutralisieren, bauen kann, in der Diskussion und wohl auch bei Entscheidungsvorbereitungen eine so große Bedeutung erhalten haben. In Diskussionen der hier präsentierten Ergebnisse mußte ich häufig feststellen, daß gerade Ökonomen, welche die DDR aus eigener Anschauung kannten, nach 1989 den zuvor veröffentlichten Daten keinen Realitätsgehalt zusprachen und sich dabei explizit auf ihre eigenen Wahrnehmungen berufen haben.

Für das zentrale Thema des Buches, eine Verortung der DDR-Wirtschaft im innerdeutschen Vergleich, ist der Forschungsstand überschaubar geblieben. Neben den bereits erwähnten Arbeiten entstand 1995 im Umfeld der Marburger "Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme" eine Dissertation, welche die modelltheoretischen Annahmen, wie sie sich seit der

7 Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“; deren Materialien wurden 1995 in 9 Bänden mit 18 Teilbänden publiziert. Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Der Schlußbericht ist im Juli 1998 erschienen, die Materialien werden 1999 als Bundestags-Drucksache vorliegen.

8 Udo LUDWIG / Rainer STÄGLIN / Carsten STAHLER unter Mitarbeit von Karl-Heinz SIEHNDEL, Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung (=DIW, Beiträge zur Strukturfortschritt, Heft 163), Berlin 1996. Udo LUDWIG / Rainer STÄGLIN, Die gesamtwirtschaftliche Leistung der DDR in den letzten Jahren ihrer Existenz - Zur Neuberechnung von Sozialproduktsdaten für die ehemalige DDR, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1997/II, S. 55-81.

9 Siehe dazu Von der LIPPE, Statistik, S. 2044ff.

Sozialismus-Debatte in der Zwischenkriegszeit herauskristallisiert haben, in vorbildlicher Weise darstellt.¹⁰ Mit Hilfe des theoretischen Gerüsts gelingt es dem Autor, die qualitätsmäßig schwierig zu beurteilenden DDR-Quellen einzuordnen und auszuwählen. Das Fallbeispiel, die Geschichte der Textilindustrie, wird umfassend analysiert. Im direkten Vergleich dazu fehlt im Sammelband "Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen"¹¹, der Teilergebnisse des DFG-Forschungsschwerpunktprogrammes "Wirtschaftliche Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel in Deutschland nach 1945" zusammenfaßt, in manchen Beiträgen, die ebenfalls Branchen zum Thema haben, der theoretische Kompaß, mit dem der Datendschungel hätte geordnet werden können. Der Mangel an modelltheoretischen Annahmen ist für eine größere Anzahl von Beiträgen, die inzwischen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der DDR erschienen und die in erheblichen Teilen eine direkte Umsetzung von Archivmaterial sind, zu konstatieren. Angesichts der Quellenknappheit vor dem Fall der Mauer und der sich anschließenden Öffnung ist dies verständlich, auch wenn mitunter zu Recht von "Aktenhuberei" gesprochen wird.

Wichtige Zwischenschritte für die Aufarbeitung der unmittelbaren Nachkriegszeit nach 1945 leisten der von Christoph Buchheim herausgegebene Sammelband "Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR" sowie die einschlägigen Beiträge in dem von Jürgen Schneider und Wolfgang Harbrecht herausgegebenen Sammelband "Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993)".¹²

Für die letzten Jahre der DDR und die Zeit der Verhandlungen zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hat jüngst Dieter Grosser eine umfangreiche Studie vorgelegt.¹³ Für die Bewertung der DDR-Wirtschaft vor 1989 stützt er sich im wesentlichen auf die Akten der Bundesregierung, die kurz vor und während der Verhandlungen entstanden. So ergibt sich eine zwangsläufige Kontinuität zur ehemaligen DDR-Forschung und ihrer Problematik (siehe oben). Gleichzeitig wird damit der fehlende Kenntnisstand hinsichtlich des Niveaus der DDR-Wirtschaft und die grundsätzliche Fehleinschätzung von 1990 noch einmal deutlich. So wird auf Bundeskanzler Kohl Bezug genommen, der sagte, daß er sich in einer Beziehung gründlich geirrt habe: "Er habe

10 Christian HEIMANN, Systembedingte Ursachen des Niedergangs der DDR-Wirtschaft. Das Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie 1945-1989, Frankfurt/M. 1997.

11 Johannes BÄHR / Dietmar PETZINA (Hrsg.), Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland 1945-1990, Berlin 1996.

12 Christoph BUCHHEIM (Hrsg.), Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995. Jürgen SCHNEIDER / Wolfgang HARBRECHT (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993), Stuttgart 1996.

13 Dieter GROSSER, Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion - politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln (=Geschichte der deutschen Einheit, Bd. 2), Stuttgart 1998.

geglaubt, nach 40 Jahren Sozialismus in der DDR sei es möglich, ähnlich neu anzufangen wie in Westdeutschland 1948, nach 12 Jahren nationalsozialistischer Befehlswirtschaft und drei Jahren Nachkriegs-Verwaltungswirtschaft. In der DDR habe es aber, im Gegensatz zu Westdeutschland 1948, nur noch wenige Menschen gegeben, die freie Wahlen und Marktwirtschaft aus eigener Erfahrung kannten."¹⁴

Die inhaltlichen Schlußfolgerungen dieser Studie decken sich in den entsprechenden Teilen in hohem Maße mit den hier präsentierten Ergebnissen.

Die nachfolgende Arbeit stellt einen Ausschnitt aus der Habilitationsschrift des Verfassers zum Thema „Wirtschaftsordnung, technischer Fortschritt und «Wohlstand für Alle» in Deutschland (1750-1990)“ dar. Elemente der Ordnungstheorie und der Humankapitaltheorie sowie verschiedene Wachstumstheorien bildeten den theoretischen Hintergrund. Auch die DDR-Wirtschaftsgeschichte kann damit analysiert werden. Rein quantitativ hätte in einer deutschen Wirtschaftsgeschichte dieses Zeitraumes das DDR-Kapitel bei relativ gleichem Gewicht der zeitlichen Phasen und unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl maximal einen Anteil von fünf bis wohlmeinenden zehn Prozent. Damit hätte man gerade die Ergebnisse und wesentlichen Ursachen des Niedergangs darstellen können. Wegen der bestehenden Forschungslücke soll das DDR-Kapitel abgerundet und mit wesentlichen Quellen versehen, eigenständig präsentiert werden.

Die Gründe des Niedergangs der DDR-Wirtschaft lassen sich theoretisch herausarbeiten. In der folgenden Untersuchung liegt der Schwerpunkt auf den Auswirkungen der sozialistischen Umgestaltung von Institutionen und der Paralysierung des verfügbaren Humankapitals.

Die Diagnose nach 1990 stellte für die DDR eine enorme Produktivitätslücke fest. Dieser Sachverhalt läßt sich mit neueren Wachstumstheorien, institutionentheoretisch und/oder ordnungstheoretisch erklären.

Aktuelle neuklassische Wachstumsmodelle, die auf Paul Romer und Robert E. Lucas zurückgehen, beziehen den technischen Fortschritt als endogene Größe ein und erklären ihn als Externalität aufgrund der Nutzung von Humankapital.¹⁵ Durch Kommunikation und Wettbewerb in überschaubaren Marktsegmenten besteht für Individuen die Möglichkeit, ihr eigenes Wissen zu erhöhen. Diese internen Humankapitaleffekte führen bei unternehmerischer Nutzung zu neuen Faktorkombinationen und damit zu Wachstumseffekten. Das Ausmaß der Wachstumseffekte beruht zum einen auf dem zu Beginn des Untersuchungszeitraumes bestehenden Entwicklungsstand, der wiederum das Ergebnis früherer Wachstumsprozesse ist, und aus der potentiellen Erhöhung der Wachstumsrate, die im wesentlichen über interne Humankapitaleffekte

¹⁴ Ebd., S. 499f.

¹⁵ Paul ROMER, Endogeneous technological change, in: Journal of Political Economy 98, 1990, S. 71-102. Robert E. LUCAS jr., On the mechanics of economic development, in: Journal of Monetary Economics 22, 1988, S. 3-42.

führt. Dies ist in größeren Teilen eine Weiterentwicklung und Formalisierung der Theorie der produktiven Kräfte von Friedrich List.¹⁶ Christopher Freeman hat betont, daß die Ideen von List große Bedeutung für die institutionelle Ausgestaltung Deutschlands wie auch Japans hatten; auch für die Gestaltung der deutschen Einheit war der Listsche Denkansatz - vorrangig alle fehlenden Institutionen wieder einzuführen - eine treibende Kraft. Eine rasche Erkenntnis der praktischen Vorarbeiten zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion war diejenige, daß es unterhalb der ordnungspolitischen Ebene für die Gestaltung eines marktwirtschaftlich orientierten Reformprozesses an fast allen Voraussetzungen in der öffentlichen Verwaltung, den Rechtsgebieten und beim Personal fehle.¹⁷

Ebenso als Weiterentwicklung der Ideen von Friedrich List und den amerikanischen Institutionalisten,¹⁸ gewissermaßen auch als eine Formalisierung des ersten Teils der bekannten Hauptaufgabe in sozialistischen Staaten nach 1917 - Einholen und Überholen der fortgeschrittensten Industriestaaten -, und als Fortsetzung der Arbeiten von Alexander Gerschenkron über ökonomische Rückständigkeit und deren Überwindung¹⁹ entstand die Catch-Up-Hypothese.

Die wichtigsten Vertreter der Theorie von der Produktivitätslücke und dem durch sie verursachten Konvergenzprozeß mit überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten sind Moses Abramowitz²⁰ und Angus Maddison.²¹

Den Kern der Theorie bildet die Unterscheidung zwischen dem technologisch führenden Land, in der Zeit nach 1945 die USA, und den Staaten mit technologischem Rückstand, der sich in einem geringeren Produktivitätsniveau niederschlägt. Bestehende Produktivitätslücken eröffnen den rückständigen Staaten ein Potential für überdurchschnittlich hohes Wirtschaftswachstum durch Übernahme der weiterentwickelten Technologien. Es kommt zu einer Phase aufholenden Wachstums, einer Periode des „Catching up“.

"Implizit liegt der Konvergenzhypothese ein Modell des internationalen Technologietransfers zugrunde, in dessen Verlauf rückständige Staaten mit relativ geringen, im Extremfall mit gar keinen Kosten, am Technologiestandard fortgeschrittener Staaten partizipieren können. Besonders plastisch wird die Theorie des aufholenden Wachstums, wenn man sich technischen Fortschritt als rein kapitalgebunden vorstellt. Die größten Produktivitätsfortschritte

16 Friedrich List, *Das nationale System der Politischen Ökonomie*, 5. Auflage, Jena 1928, S. 220-226.

17 Dieter GROSSER, *Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion*, S. 163.

18 Z.B. Thorstein VEBLEN, *Imperial Germany and the Industrial Revolution*, New York 1915.

19 Alexander GERSCHENKRON, *Economic Backwardness in Historical Perspective*, Cambridge, Mass. 1962.

20 Moses ABRAMOWITZ, *Catching Up, Forging Ahead and Falling Behind*, in: *Journal of Economic History* 46, 1986, S. 385-406.

21 Angus MADDISON, *Dynamic Forces in Capitalist Development. A Long-Run Comparative View*, Oxford-New York 1991.

lassen sich dann in den Staaten mit dem am meisten veralteten Kapitalstock erzielen, indem alte Maschinen durch technologisch weit überlegene Maschinen ersetzt werden".²² Der Erklärungsgehalt der Catch-up-Hypothese konzentriert sich eher auf die Verbesserungen des Sachkapitals, einen Faktor, der in der Humankapitaltheorie eher eine Folge der Verbesserungen und der Umsetzung von Wissen ist.

Voraussetzung für Aufholprozesse sind neben der Verfügbarkeit von qualifizierten und motivierten Arbeitskräften und der ungehinderten Nutzung von Wissensbasen allerdings entsprechend entwickelte und die Adaption unterstützende Institutionen, eine Bedingung, die bereits Jean Fourastié formuliert hat.²³ Jüngst ist für das Wachstum in den ersten Nachkriegsjahren in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland die Erklärungskraft der verschiedenen Hypothesen - Bedeutung der Währungs- und Wirtschaftsreformen 1948, Rekonstruktionstheorie und Catch-Up-These - in einer sehr sorgfältigen Analyse ökonometrisch untersucht worden. Der Autor kommt zum Ergebnis, "daß Rekonstruktion und catch-up zweifelsohne die erwarteten Wachstumswirkungen hatten, daß aber ordnungspolitische Aspekte keinesfalls vernachlässigt werden dürfen". In einem aktuellen Querschnittsvergleich von 25 Staaten hat er herausgearbeitet, daß "die Wirtschaftsordnung der wichtigste Bestimmungsfaktor ist".²⁴

Die Theorie der Aufholprozesse stellt die Produktivitätsentwicklung in den Mittelpunkt. Damit verwendet sie das international übliche Indikatoren-bündel, wie es auch in den sozialistischen Staaten verwendet wurde. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität war der wichtigste Maßstab für den Grad der Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe, des Überholens der führenden kapitalistischen Staaten.²⁵ Pabst bezeichnete 1973 in seiner systemimmanenten Betrachtung - mit der Methode und den Begriffen des Marxismus-Leninismus - die Diskrepanz zwischen Überlegenheitsanspruch und Realität als den Grundwiderspruch des Sozialismus. Mit der Dominanz der sogenannten systemimmanenten Forschung nach 1970 verlor sich die zuvor - auch aus Kenntnis des Funktionierens einer vollausgebauten Kriegswirtschaftsordnung - geübte Zurückhaltung gegenüber der Erklärungskraft von geldwertmäßig

22 Rainer KLUMP, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland (1949-1990), in: J. Schneider / W. Harbrecht (Hrsg.), Wirtschaftsordnung, S. 399.

23 Jean FOURASTIÉ, Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Köln 1969, S. 160f.

24 Richard REICHEL, Das Wirtschaftswunder der 50er Jahre - Folge marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik oder Rekonstruktionsphänomen, in: ders. (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftswunder, Bern-Stuttgart-Wien 1998, S. 36f. Die verwendeten exogenen Variablen waren das Pro-Kopf-Einkommen als Indikator für Konvergenz bzw. catch-up, die periodendurchschnittliche Investitionsquote und der 'Economic Freedom Index' als Indikator für die Wirtschaftsordnung.

25 Wilm K. PABST, Arbeitsproduktivität als politökonomische Frage für Marxismus-Leninismus, UdSSR und DDR, Berlin 1973.

ausgedrückten Sachverhalten. "Diese Chimäre 'zehntgrößte Industrienation der Welt'"²⁶ hatte einen größeren Einfluß auf die Interpretation der Daten als die durch Eucken ordnungstheoretisch vorgegebene Grundbedingung eines aussagefähigen Geldsystems.

Die Gründe für die Diskrepanz von Plan und Realität sind vor kurzem als wesentlich vier Strukturbruch-Theoreme herausgearbeitet worden.²⁷ Heimann stützt sich dabei vor allem auf die Grundlage der 'Economics of Shortage' von Janos Kornai²⁸ und die neue Institutionentheorie mit ihren Elementen der Verfügungsrechte, der Transaktionskostentheorie und dem Principal-Agent-Problem.

Der wichtigste Bruch im sozialistischen Wirtschaftssystem war der Bruch in der Wirtschaftsrechnung der Betriebe. Letztendlich war dieser wesentliche Grund für das Scheitern des ordnungspolitischen Experimentes mit der sozialistischen Zentralplanwirtschaft schon einige Jahre nach der russischen Revolution theoretisch herausgearbeitet worden. Ludwig von Mises prognostizierte der sozialistischen Wirtschaft:

"Ohne Wirtschaftsrechnung keine Wirtschaft. Im sozialistischen Gemeinwesen kann es, da die Durchführung der Wirtschaftsrechnung unmöglich ist, überhaupt keine Wirtschaft in unserem Sinne geben... Doch an die Stelle der anarchischen (= marktwirtschaftlichen) Produktionsweise wird das nutzlose Gebaren eines zweckwidrigen Apparates getreten sein. Die Räder werden sich drehen, doch sie werden leer laufen... Dann aber haben wir eine sozialistische Wirtschaftsordnung vor uns, die im Ozean der möglichen und denkbaren Wirtschaftskombinationen ohne die Busssole der Wirtschaftsrechnung planlos umherfährt... Alles tappt hier im Dunkeln. Sozialismus ist die Aufhebung der Rationalität der Wirtschaft".²⁹

Mises wies nach, daß eine Wirtschaftsrechnung im Sozialismus unmöglich sei, und zwar mit folgender Argumentationskette: Im Sozialismus existiere kein Privateigentum an Produktionsmitteln. Deshalb könne es auch keine Märkte für die Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital geben. Die Preise für die Produktionsfaktoren bilden sich deshalb nicht mehr durch Angebot und Nachfrage. Wenn es keine Preise für die Produktionsfaktoren gebe,

26 Korte, Deutschlandpolitik, S. 386.

27 Christian HEIMANN, Systembedingte Ursachen des Niedergangs der DDR-Wirtschaft. Das Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie 1945-1989, Frankfurt/M. 1997. Näheres siehe Seite 4.

28 Janos KORNAI, Economics of Shortage, Amsterdam-New York-Oxford 1980. DERS., The Socialist System. The Political Economy of Communism, Oxford 1992. Eine Zusammenfassung des Modells findet sich in Dieter LÖSCH / Peter PLÖTZ (HWWA Hamburg), Gutachten "Die Bedeutung des Bereichs Kommerzielle Koordinierung für die Volkswirtschaft der DDR", in: Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski. Werkzeuge des SED-Regimes, Drucksache 12/7600, Anhangband, S. 12-27.

29 Ludwig von MISES, Die Gemeinwirtschaft, Jena 1922, 2. Aufl. 1932, S. 98f., 101.

dann sei auch keine Kostenrechnung und damit keine Wirtschaftsrechnung möglich.³⁰

Diese Argumentationskette, ebenso wie das Kornai'sche Mangelwirtschaftsmodell, muß durch einen vermögenstheoretischen Aspekt ergänzt werden³¹, der in der Zwischenkriegszeit theoretisch noch nicht die Rolle zugewiesen bekommen konnte, obwohl für Mises oder annähernd alle Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, aus deren Reihen viele Beiträge zum wirtschaftlichen Sozialismus-Problem in der Zwischenkriegszeit kamen, die Beschäftigung mit der Geld- und Währungstheorie selbstverständlich war.³²

Im Sozialismus fehlte die wesentliche Geldfunktion der Wertspeicherung, als Tauschmittel hatte Geld nur sehr eingeschränkten Charakter und die Funktion des Wertmaßstabes gibt es nur, wenn der Preisbildungsmechanismus tatsächlich Knappheiten widerspiegelt und die Umwandlung zwischen den verschiedenen Vermögensformen möglich ist. Für die zentrale Frage der Sachkapitalbildung im Zuge der Modernisierung bedarf es bei sozialistischen Zentralplanwirtschaften deshalb einer Analyse der Vermögensstruktur.

Entsprechend der theoretischen Vorgaben ist die Arbeit aufgebaut. Den Kern bildet die Effizienz-Analyse mit Hilfe des Indikatorenbündels der Produktivitätskennziffern. Um diese einschätzen zu können, bedarf es eines Vergleichsmaßstabes, d.h. die in DDR-Mark existierenden Werte müssen mit einem geeigneten Umrechnungskoeffizienten zu westdeutschen Wirtschaftsdaten auf DM-Basis kompatibel gemacht werden. Der zweite Komplex hat sich mit den Ursachen des Niedergangs der DDR-Wirtschaft zu beschäftigen.

Wettbewerbsfähigkeit ist eine Frage der Verfügbarkeit marktgängiger, rentabel herzustellender Produkte, deren Technologieintensität sowie deren Qualität. Sie ist das Ergebnis der Kombination von Human- und Sachkapital. Die Möglichkeiten dieser Kombination wiederum hängen ab von den Rahmenbedingungen. Hier wird die Ordnungstheorie zum wichtigsten Analyseinstrument. Die Analyse der sogenannten 'sozialistischen Umgestaltung' beinhaltet deshalb die Faktoren, die sich auf Human- und Sachkapitalbestand ausgewirkt haben. Ohne Einordnung in den Machtbereich der Sowjetunion, und

30 Ders., Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 47, 1920. Ders., Neue Beiträge zum Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 60, 1928. Ders., Die Gemeinwirtschaft. Siehe dazu Karl Paul HENSEL, Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Eine vergleichende Untersuchung idealtypischer Lenkungssysteme an Hand des Problems der Wirtschaftsrechnung, 2. Aufl., Stuttgart 1959, S. 213ff.

31 Vgl. Hans-Günter KRÜSELBERG (Hrsg.), Vermögen im Systemvergleich, Stuttgart, New York 1984.

32 Zu erwähnen sind hier beispielsweise Ludwig Mises, Joseph A. Schumpeter und Friedrich August von Hayek.

ohne den ständigen Vergleich mit der Bundesrepublik kann die DDR-Geschichte nur unvollständig erfaßt werden.

Aus didaktischen Gründen erfolgt die Darstellung von 'außen nach innen', ausgehend von der Einordnung der DDR-Geschichte in ihr Bezugsraster. Deshalb wird zuerst auf die Verhältnisse in der Sowjetunion eingegangen, welche als richtungsbestimmender Staat im Ostblock, als Modell und als Schutzschild die Entwicklung maßgeblich mitbestimmte. Gleichfalls gehört der Ausgangszustand am Kriegsende als Vorbedingung zu diesem Bezugsraster. Dabei ist neben der SBZ zum Vergleich auch der Entwicklungsgang bzw. dessen Hemmnisse in den Westzonen skizziert worden. Nach der Darstellung der sozialistischen Umgestaltung, die noch 1945 einsetzte, und ihren Auswirkungen folgt eine kurze, vergleichende Skizze der Wettbewerbsfähigkeit der beiden deutschen Staaten im internationalen Vergleich und eine Analyse des Humankapitalbestandes der DDR. Nach der quantitativen Effizienz-Analyse werden die Konsequenzen der Systemdefekte für die Bevölkerung und, darin eingeschlossen, die Rückkoppelungen auf die Entwicklungsmöglichkeiten des Systems untersucht. Als entscheidender Faktor wird hier die private Vermögensbildung herangezogen.

Überall, wo Vergleiche mit der Bundesrepublik sinnvoll erschienen, sind die jeweiligen bundesdeutschen Bezugsgrößen eingeflochten.

Im Quellensupplement sind einige der für die wirtschaftliche Entwicklung der SBZ und DDR wesentlichen Dokumente und Statistiken beigelegt, die bis heute offensichtlich noch nicht bekannt sind oder wegen fehlender Lesehilfen nicht eingeordnet werden können. Hier hat der Wirtschaftshistoriker - sofern er sich der Besonderheiten der Begriffsprägung in sozialistischen Zentralplanwirtschaften bewußt ist und über die Einsicht der notwendigen Verortung in langfristige Entwicklungsstränge verfügt - durch die Kombination der ökonomischen Analyse und der Methode der betriebswirtschaftlichen Erfolgsrechnung mit der historiographisch vorgegebenen Beachtung zeittypischer Besonderheiten und dem Erklärungsgehalt der Rahmenbedingungen unschätzbare Vorteile durch die Brückenfunktion seines Fachgebietes.

Abschließend habe ich zu danken. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der aufgesuchten Archive waren stets hilfsbereit bei den Recherchen. Hinweise und kritische Anmerkungen zu der vorliegenden Arbeit trugen Thomas Bauer, Hubert Kiesewetter, Richard Reichel, Jürgen Schneider und Frank Zschaler sowie die Gutachter aus der Herausgeberschaft der Beihefte zur Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bei. Deren Herausgebern danke ich auch für die Aufnahme in die Reihe.

Quellenverzeichnis

(1) Bundesarchiv, Abteilung Potsdam mit Außenstellen / Abt. Berlin (BAP [vor 1997]/ BARCH):

Bestand	Titel	Archivnr.
C-15	Deutsche Wirtschaftskommission	26, 27, 137, 472, 658, 712
DE-1	Staatliche Plankommission	49534, 49536, 49538, 54366, 56296, 56487, 56505, 56506, 56769, 56771, 56576, 56744, 56756, 56769, 56771
DG 9	Ministerium für Maschinenbau (Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinen)	119/90, 120/90
DN 1	Ministerium für Finanzen	1460, 4179, 4361
DN 10	Staatsbank	3024, 3291
L-2	Ministerium für Außenhandel	1331, 6054, 6056

(2) Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv – Zentrales Parteiar- chiv der SED, Berlin (ZPA):

Bestand	Titel	Archivnr.
NL 36	Nachlaß Pieck	687
J IV 2/2	Bestand Politbüro	411, 431, 436, 457
J IV 2/202	Bestand Politbüro	30
J IV 2/2A	Bestand Politbüro	3035
IV A2/6.08	ZK-Abt. Planung und Finanzen	54, 56, 57, 62, 79, 86, 130, 151
IV 2/6.02	ZK-Abt. für Wirtschaftspolitik	82, 83, 84
A2/2.021	Büro Mittag	43, 431, 479, 614, 691, 731
DY 30/4/2/13	ZK-Abt. Personalpolitik	2
Vorl. SED 17705/1	Büro Jarowinsky	
Vorl. SED 35936	ZK Abt. Forschung und technische Entwicklung	
Vorl. SED 36639	Büro Mittag	
Vorl. SED 22346	Büro Mittag	

Hinweis: In diesem Quellenverzeichnis sind lediglich die in der Arbeit in Zitatform oder paraphrasiert nachgewiesenen Akten angeführt. Die Repräsentativität dieser Akten ergab sich aus einem Quellenstudium von zuletzt etwa 6000 Blatt ausgewählter Bestände, zumeist im Range von Verschlusssachen. Diese – in der Arbeit nicht direkt verwendeten – Akten dienen natürlich trotzdem der gedanklichen Strukturierung.

(3) Library of Congress, Washington, D.C. - Manuscript Di- vision:

Bestand	Archivnr.
Gerhard Colm PapersR 25	Box 29

Supplement 2: Zum Umrechnungsverhältnis der Mark der DDR zu konvertiblen Währungen

(Quelle: BAP DE 1/56756)

Gerhard Schürer
Gerhard Beil
Ernst Höfner
Walter Halbritter
Horst Kaminsky
Alexander Schalck
Werner Polze

Berlin,

Betreff:

Information zum Umrechnungsverhältnis der Mark der DDR zu kapitalistischen Währungen

Beschlußvorschlag:

1. Die Information über das Umrechnungsverhältnis der Mark der DDR zu kapitalistischen Währungen wird zur Kenntnis genommen.
2. Die gegenwärtigen ökonomisch begründeten Kurse (Valutamark plus Richtungskoeffizient) der Mark zu kapitalistischen Währungen werden für die Ausarbeitung, Durchführung und Abrechnung des Volkswirtschaftsplanes 1989 beibehalten.
Verantwortlich: Genosse Höfner
3. Die vorgeschlagenen Arbeitsrichtungen zur
 - Erhöhung der Arbeitsproduktivität
 - Senkung der Kosten und
 - Veränderung der Exportstruktursind der Ausarbeitung der Volkswirtschaftspläne 1989/90 und des Fünfjahresplanes 1991-1995 zugrunde zu legen.
Verantwortlich: Genosse Schürer
Genosse Höfner
4. Die Industriepreise sind auf der Grundlage der vorgeschlagenen Maßnahmen durchzuarbeiten. Die Ergebnisse sind vorzulegen.
Verantwortlich: Genosse Halbritter

Zur Behandlung der Vorlage sollen eingeladen werden:

Genosse Ehrensperger
Genosse Beil
Genosse Höfner
Genosse Halbritter
Genosse Kaminsky
Genosse Klopfer
Genosse Schalck
Genosse Grabley
Genossin König
Genosse Polze

Die Vorlage wurde ausgearbeitet von:

einer Redaktionsgruppe unter Leitung von Genossen Schürer

Verteiler:

- 1.-30. Ex. Büro Politbüro
- 31. Ex. Genosse Schürer
- 32. Ex. Genosse Ehrensperger
- 33. Ex. Genosse Beil
- 34. Ex. Genosse Höfner
- 35. Ex. Genosse Halbritter
- 36. Ex. Genosse Kaminsky
- 37. Ex. Genosse Klopfer
- 38. Ex. Genosse Schalck
- 39. Ex. Genosse Grabley
- 40. Ex. Genossin König
- 41. Ex. Genosse Polze

Geheime Verschlusssache b 5 - 1373/88Zum Umrechnungsverhältnis der Mark der DDR zu kapitalistischen Währungen

Entsprechend dem vom Politbüro erteilten Auftrag, die Umrechnungsverhältnisse bzw. Kurse der Mark der DDR zu kapitalistischen Währungen neu vorzulegen, wurden umfangreiche und tiefgründige Analysen über die Voraussetzungen und Bedingungen der Festlegung ökonomisch begründeter Kurse durchgeführt.

Zusammenfassend ergibt sich folgendes:

1. Der Kurs der DDR zu kapitalistischen Währungen resultiert aus dem Verhältnis des Niveaus der Binnenpreise zum Niveau der Weltmarktpreise für unsere exportierten Erzeugnisse.

Er spiegelt den Wert unserer Währung auf dem Weltmarkt wider, ist Ausdruck der internationalen Kaufkraft unserer Währung.

Der Kurs und seine Entwicklung werden in erster Linie dadurch bestimmt, wie sich Produktivität und Kosten sowie das wissenschaftlich-technische Niveau unserer Erzeugnisse im Vergleich mit den Konkurrenzprodukten des Weltmarktes entwickeln und wie es gelingt, die Produktions- und Exportstruktur der DDR entsprechend den Weltmarktbedingungen zu gestalten.

Der gegenwärtig geltende Kurs von

1 DM

= 4,40 Mark

oder 1 US-\$ = 8,14 Mark

wurde - ausgehend von dem Preisniveauvergleich der Binnenpreise unserer Exporterzeugnisse mit den Weltmarktpreisen - vom Politbüro am 15.9.1987 festgelegt.

Dieser festgelegte und ökonomisch begründete Kurs wird - entsprechend den geltenden Regelungen in der DDR - bewußt nicht offiziell ausgewiesen.

Offiziell verwendet und veröffentlicht werden Kurse, die davon ausgehen, daß 1 DM = 1 Mark der DDR ist. Für die Planung und Abrechnung des Außenhandels wurde die "Valutamark" eingeführt, die praktisch einer DM-West entspricht.

Diese offizielle Kursfestlegung berücksichtigt den tatsächlichen Preisniveauvergleich für unsere Exporte nicht, sondern wurde aus politischen Gründen - ausgehend von den spezifischen Bedingungen in den Beziehungen zur BRD - getroffen (ausführliche Darstellung siehe Anlage 1).

Die ökonomischen Vorteile aus der politisch bedingten offiziellen Kursfestlegung 1 DM = 1 M werden im nichtkommerziellen Bereich und in den Verhandlungen

über die Bezahlung von Leistungen der DDR aufgrund von Regierungsvereinbarungen wirksam.

Der tatsächliche innere Aufwand in Mark für unsere Exporte ist seit Jahren erheblich höher als der Aufwand westdeutscher Produzenten und damit als die Preise, die wir beim Export in DM erzielen.

Die Differenz zwischen dem inneren Aufwand in Mark und dem Erlös in Valutamark wurde bis 1971 durch hohe Staatshaushaltszuschüsse ausgeglichen. Im Zusammenhang mit der Einführung des einheitlichen Betriebsergebnisses und der damit verbundenen Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung ab 1971 wurde ein in der wirtschaftlichen Rechnungsführung der Kombinate wirkender Kursbestandteil "Richtungskoeffizient" angewendet.

Damit wirken ökonomisch begründete Kurse (Valutamark und Richtungskoeffizient) in den Kombinaten und Betrieben. Sie fördern den Export in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet und erschweren den Import aus diesem Wirtschaftsgebiet.

Gleichzeitig ist mit der Festsetzung 1 DM = 1 Mark verbunden, daß alle Kursänderungen der DM zum US-\$ als der kapitalistischen Leitwährung relativ automatisch auch zu Veränderungen des Kurses der "Valutamark" zu den kapitalistischen Währungen führen, unabhängig von der Entwicklung der tatsächlichen Aufwendungen in Mark. Die sich jeweils ergebenden Differenzen zwischen Valutamarkelerlös und Markaufwand werden durch die Festlegung des Richtungskoeffizienten ausgeglichen.

2. Ausgehend vom Aufwand der DDR für die Erwirtschaftung einer Valutamark ist der Außenwert der Mark (Anlage 2) gegenüber kapitalistischen Währungen seit Jahren gesunken.

- 1980 waren Exporte zu Binnenpreisen von 2,34 Mark erforderlich, um eine Valutamark einzulösen.
- 1988 sind bisher zur Erwirtschaftung einer Valutamark 4,34 Mark erforderlich.

Zur Erwirtschaftung der in den Jahren 1981 - 1988 realisierten Valutaerlöse mußten - gemessen an der Kaufkraft der Mark auf dem Weltmarkt 1980 - insgesamt 82 Mrd. Mark mehr Exportfonds zu Betriebspreisen bereitgestellt werden.

Diese eingetretene Verschlechterung ist auf innere Faktoren zurückzuführen.

- a) Die Industriepreise für die in das NSW exportierten Waren haben sich 1981 - 1988 um 59 Mrd. Mark erhöht.
- b) Die Veränderung der Warenstruktur im Export hatte negative Auswirkungen von 51 Mrd. Mark.

Die eingetretenen Verbesserungen aus Valutapreiserhöhungen und der über eine Reihe von Jahren erfolgten DM-Abwertung von 28 Mrd. Mark haben nicht ausgereicht, um diese negativen Faktoren auszugleichen.

Die Erhöhung der Industriepreise war darauf ausgerichtet, in den inneren Preisen den realen volkswirtschaftlichen Aufwand genau zu erfassen und dort auszuweisen, wo er entsteht und am wirksamsten beeinflußt werden kann.

Wesentliche Ursachen der notwendigen Preiserhöhungen waren

- erhöhte Kosten des Produktionsverbrauchs, insbesondere durch steigende Weltmarktpreise und steigende Aufwendungen für die Gewinnung einheimischer Rohstoffe bei gleichzeitigem Abbau vorhandener Stützungen
- Erhöhung der Abschreibungen infolge der Grundmittelbewertung

- Erhöhung der Lohnkosten und des kalkulierten Gewinns.

Die Produktivitäts- und Effektivitätssteigerung in der Volkswirtschaft reichten nicht aus, um die eingetretenen Preiserhöhungen entsprechend dem volkswirtschaftlichen Aufwand auszugleichen.

Die Veränderung der Warenstruktur zeigt sich insbesondere im Rückgang des Exports von Erzeugnissen des Maschinenbaus, die eine relativ gute Rentabilität aufweisen. Während die Bereiche der metallverarbeitenden Industrie 1980 einen Anteil am Gesamtexport von 30 % hatten, beträgt dieser Anteil 1988 25 %.

Dagegen wurde im Interesse der Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR und der Realisierung hoher Bargeldquoten der Export solcher Bereiche wie Erzbergbau, Metallurgie und Kali, Chemische Industrie, Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie sowie Leichtindustrie von einem Anteil von 54 % 1980 auf einen Anteil von 59 % 1988 gesteigert.

Gleichzeitig ist es nicht gelungen, innerhalb der Bereiche solche Strukturverbesserungen zu erreichen, die zu einer höheren Exportrentabilität führten. Das ist ein Ausdruck der nicht ausreichenden Kostensenkung, insbesondere bei neu- und weiterentwickelten Erzeugnissen.

3. Die vorgelegten Materialien zeigen, daß auf den inneren Aufwand für unsere Exporterzeugnisse, der für die Kursfestlegung bestimmend ist, vor allem folgende Faktoren Einfluß haben:

- die Entwicklung der Arbeitsproduktivität;
- das Niveau und die Senkung der Kosten;
- eine effektive Produktions- und Exportstruktur.

Zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität (Anlage 3)

Eine entscheidende Voraussetzung für die Erhöhung der Devisenrentabilität und damit des Wertes der Mark der DDR gegenüber anderen Währungen besteht darin, das Niveau und die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität im Vergleich zu den führenden Industrieländern zu erhöhen.

Gegenüber der BRD betrug der Abstand, bezogen auf die volkswirtschaftliche Arbeitsproduktivität im 1980, rund 43 %; er hat sich bis 1986 auf 39 % verringert. Gegenüber Frankreich betrug dieser Abstand 1986 42 %.

Dabei spielen folgende Faktoren eine Rolle:

- In der DDR wurde über viele Jahre hinweg je Einwohner weniger investiert als in den führenden kapitalistischen Ländern.
Die Rate der produktiven Akkumulation ging von 13,4 % 1976/80 auf 9,6 % 1987 zurück.
- Obwohl in vielen Zweigen Maßnahmen zur Modernisierung durchgeführt wurden, haben sich in der Volkswirtschaft insgesamt der Mechanisierungsgrad der Arbeit und der Anteil der manuell Tätigen in den 80er Jahren nur wenig verändert.
- Der Zuwachs vom Nationaleinkommen je 1 Mark Ausgaben für Wissenschaft und Technik ist von 0,94 Mark 1986 auf 0,75 Mark 1988 zurückgegangen.
- Die internationale sozialistische Arbeitsteilung in Form der Spezialisierung und Kooperation mit der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern entspricht noch nicht dem Niveau, der Effektivität und der Tiefe der Arbeitsteilung zwischen den führenden kapitalistischen Ländern.

- Die Intensität der Arbeit von Werktätigen in einer Reihe von Betrieben ist in der DDR geringer als in den führenden kapitalistischen Ländern.

Für die Arbeit am Fünfjahrplan 1991 bis 1995 ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

- Die Wirksamkeit von Wissenschaft und Technik ist wesentlich zu erhöhen und die Schlüsseltechnologien, insbesondere die Mikroelektronik, sind vorrangig zu entwickeln.

Als eine objektive Bedingung für die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist die internationale Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kooperation auf der Grundlage gegenseitig gesicherter Wechselbeziehungen besonders mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern zu vertiefen. Im Mittelpunkt der Strukturentwicklung müssen Erzeugnislinien und Sortimente stehen, bei denen die DDR Spitzenpositionen erreichen bzw. behaupten muß, um das eigene technologische Niveau zielgerichtet zu erhöhen und gleichzeitig im sozialistischen Wirtschaftsgebiet sowie im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet konkurrenzfähige, rentable Erzeugnisse absetzen zu können.

- Die zur Verfügung stehenden Ressourcen sind auf die produktive Akkumulation auch zu Lasten der Investitionen in den nichtproduzierenden Bereichen zu konzentrieren und wesentlich wachsende ökonomische Effekte durch Senkung des gesellschaftlichen Aufwandes zu gewährleisten.

Durch die umfassende Intensivierung ist die proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft planmäßig zu sichern, damit die Produktivität, Kontinuität, Qualität und Effektivität bedeutend erhöht werden können.

Auf der Grundlage der Eigenerwirtschaftung der Mittel ist in den Industriezweigen im Prinzip die intensiv erweiterte Reproduktion zu sichern und in diesem Zusammenhang in jedem Kombinat die effektivste Produktionsstruktur zu entwickeln.

- Der bedeutende Umfang der manuellen Arbeit ist durch umfassende Rationalisierung, bessere Organisation der Arbeit, vor allem mit den Mitteln der einfachen Reproduktion sowie der Nutzung ihres Erneuerungseffektes, stark einzuschränken.

Dazu sind der eigene Rationalisierungsmittelbau zielgerichtet zu entwickeln, vor allem aber auch das Niveau der Produktionsorganisation sowie Disziplin und Ordnung wesentlich zu erhöhen.

Es muß eingeschätzt werden, daß höchste Anstrengungen erforderlich sind, um den Rückstand in der Arbeitsproduktivität gegenüber den führenden kapitalistischen Ländern nicht weiter anwachsen zu lassen.

Zur Kostenentwicklung (Anlage 4)

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität sowie eine bessere Verwertung der vorge-schossenen Fonds muß zu einem schnelleren Tempo der Selbstkostensenkung führen.

Der Beitrag von Wissenschaft und Technik muß sich konzentrieren auf:

- die rückläufige Entwicklung der Kostensenkung je 1.000 Mark Aufwand für Wissenschaft und Technik sowie Investitionen, die sich seit 1986 vollzog, ist zu stoppen und umzukehren;
- die zu erwirtschaftende Selbstkostensenkung ist vollständig durch wissenschaftlich-technische und organisatorische Maßnahmen zu untersetzen;

- neu entwickelte Erzeugnisse sind mit geringeren Kosten zu produzieren als bisher produzierte Erzeugnisse und auch hinsichtlich des Materialaufwandes auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu gestalten.

Die materiellen und finanziellen Ressourcen sowie das gesellschaftliche Arbeitsvermögen sind effektiver einzusetzen.

Das erfordert:

- den Verbrauch wichtiger Energieträger, Roh- und Werkstoffe pro Einheit Nationaleinkommen zu senken;
- durch steigende Arbeitsproduktivität den Anteil der Lohnkosten an den Gesamtselbstkosten weiter zu reduzieren;
- die durch Ausfallzeiten für unentschuldigtes Fehlen, Warte- und Stillstandszeiten sowie durch Freistellung von Werktätigen für gesellschaftliche Arbeit in der Arbeitszeit entstehenden volkswirtschaftlichen Verluste bedeutend zu verringern und die Arbeitszeit voll zu nutzen;
- durch die weitere Senkung des Anteils an Leitungs- und Verwaltungspersonal die Verwaltungskosten zu reduzieren;
- die gestellten Ziele zur Senkung der Kosten für Ausschuß, Nacharbeit und Garantieleistungen zu erreichen;
- die 1988 noch vorhandenen 387 Verlustbetriebe, die 1987 einen Verlust von rd. 2,6 Mrd. M verursachten, durch ökonomische Maßnahmen in rentabel arbeitende Einheiten zu verwandeln.

Die Analyse zeigt ferner, daß entsprechend der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR in die Kosten der Produktion Elemente mit sozial-ökonomischem Charakter eingehen, die im Kostenbild kapitalistischer Länder nicht enthalten sind. Das gilt insbesondere für das umfassende System der Betreuung und Versorgung der Werktätigen in den Betrieben, wie z. B. die Aufwendungen für den Kultur- und Sozialfonds, der in der Industrie 1987 rd. 3,3 Mrd. M betrug, zusätzliche Aufwendungen für betriebliche Arbeiterversorgung in Höhe von rd. 2,3 Mrd. M, Lohn aufgrund gesellschaftlicher Tätigkeit, Teilnahme an Lehrgängen und Qualifizierungsmaßnahmen, Hausarbeitstagen usw. in Höhe von rd. 2,4 Mrd. M.

Es sind deshalb zusätzliche Anstrengungen erforderlich, um durch gezielte Maßnahmen zur Kostensenkung auf anderen Gebieten einen Teil dieser Aufwendungen auszugleichen.

Darüber hinaus ist in den Kosten noch der Beitrag für gesellschaftliche Fonds im Umfang von rd. 24 Mrd. M enthalten, der als Abgabe auf den Lohnfonds erhoben wird und ebenfalls international nicht vergleichbar ist. Insgesamt betragen diese Aufwendungen 8,5 % der Gesamtselbstkosten.

Zur Exportstruktur (Anlage 5)

Eine Grundanforderung an die volkswirtschaftliche Strukturpolitik des Fünfjahresplanes muß darin bestehen, den Anteil der Bereiche mit einer überdurchschnittlichen Exportrentabilität und hohem Veredelungsgrad des Materials und der Rohstoffe entschieden zu erhöhen. Für die Bereiche der metallverarbeitenden Industrie müssen die volkswirtschaftlichen Bedingungen dafür geschaffen werden, bis 1995 einen Anteil von mehr als 35 % am NSW-Export zu erreichen. Die notwendigen Veränderungen der Erzeugnisstruktur innerhalb der Kombinate (Mikrostruktur) zugunsten devisenrentabler Erzeugnisse ist vor allem in Verantwortung der Minister und der Generaldirektoren der Kombinate durchzusetzen.

Die Anlage 5 zeigt die große Streubreite im Aufwand für die Erwirtschaftung einer Valutamark von 0,60 Mark bis 17,60 Mark zwischen den Exporterzeugnissen der Kombinate.

Die Aufgabe besteht darin, durch gezielte Konzentration der wissenschaftlich-technischen Potentiale und der Investition den Anteil von absatzfähigen Exporterzeugnissen mit einer guten Rentabilität bedeutend zu steigern.

Der Hauptweg dafür ist, den Erneuerungsprozeß so zu gestalten, daß neue Erzeugnisse zu einer wesentlichen Erhöhung der Exportrentabilität beitragen.

Gegenwärtig werden neue Erzeugnisse vielfach mit zu hohem Aufwand entwickelt und produziert. Sie stellen oft keine echten Neuheiten dar.

Die Erhöhung der Betriebspreise für neue Erzeugnisse läßt sich oft aufgrund des ungenügend am internationalen Höchststand orientierten wissenschaftlich-technischen Niveaus in vielen Fällen nicht in einer entsprechenden Erhöhung der Valutapreise umsetzen.

Durch die Generaldirektoren der Kombinate sind auf der Grundlage ihrer Verantwortung für den geschlossenen Reproduktionsprozeß die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in dieser Richtung gezielt einzusetzen und hohe abrechenbare Aufgaben für die Erhöhung der Exportwirksamkeit wissenschaftlich-technischer Maßnahmen zu stellen.

Zusammenfassend ergibt sich, daß das Umrechnungsverhältnis der Mark der DDR zu kapitalistischen Währungen in dem Maße verändert werden kann, wie es planmäßig gelingt

- die Arbeitsproduktivität zu erhöhen;
- die Kosten zu senken;
- die Produktions- und Exportstruktur in Richtung devisenrentabler Erzeugnisse zu ändern und damit den inneren Aufwand zu senken.

Es muß die Tendenz gestoppt werden, daß sich die inneren Preise schneller entwickeln als die Erlöse auf den Außenmärkten.

4. Durcharbeitung der Industriepreise

Die dargestellten Anforderungen an die Senkung des inneren Aufwandes werden erst über einen längeren Zeitraum zu einer entscheidenden Veränderung des Außenwertes der Mark der DDR und damit des Kurses der Mark der DDR zu kapitalistischen Währungen führen. Sie müssen Bestandteil der Volkswirtschaftspläne 1989/90 und des Fünfjahrplanes 1991-95 werden.

Darüber hinaus wird die Möglichkeit gesehen, in Übereinstimmung mit dem Grundsatz, daß die Industrie- und Baupreise, die Verkehrstarife sowie die Agrarpreise auf der Grundlage des realen volkswirtschaftlichen Aufwandes gebildet werden, das erreichte Niveau der inländischen Preise in folgender Richtung durcharbeiten:

- In Realisierung der vom Politbüro des Zentralkomitees der SED vom 25. November 1986 beschlossenen Grundrichtung der Entwicklung der Industriepreise werden ausgehend von den Haupttendenzen der Aufwandsentwicklung in den Jahren 1986-90 sowie der geplanten Effektivitätsentwicklung der Produktion planmäßig Industriepreissenkungen bis 1990 durchgeführt.
- In den bisherigen Industriepreisen sind auch finanzielle Umverteilungsprozesse, wie z. B. die Produktionsfondsabgabe und der Beitrag für gesellschaftliche Fonds, enthalten. Diese sind in Übereinstimmung mit den gesamtgesell-

schaftlichen Erfordernissen und dem Prinzip der Eigenerwirtschaftung auf den volkswirtschaftlich notwendigen Umfang zu reduzieren.

Dabei ist die Realisierung des Gewinns stärker an die Erwirtschaftung real verteilter Ressourcen zu binden.

Dieses Ziel könnte erreicht werden, indem

- die Produktionsfondsabgabe in den Zweigen der Grundstoffindustrie, im Verkehrswesen und im Bauwesen abgebaut und im Bereich der verarbeitenden Industrie gesenkt wird;
- die normativen Gewinnraten neu bestimmt werden;
- überhöhte Importgewinne für Produktionsmittel beseitigt werden.

Diese Maßnahmen würden zu weiteren Industriepreissenkungen führen. Mit der Durchführung der Industriepreissenkungen verändert sich der ausgewiesene Aufwand zur Erwirtschaftung der Valutamark.

Die Durchführung der notwendigen planmäßigen Industriepreisveränderungen von der Grundstoffindustrie über die verarbeitende Industrie bis zur Finalstufe ist erst im Zeitraum 1992/93 möglich.

Es wird vorgeschlagen, die erforderlichen Berechnungen auf der Grundlage der geplanten Exportstruktur des Jahres 1990 durchzuführen, die Einflüsse auf die Gestaltung der Stimulierungsmaßnahmen einzuschätzen und in einer Modellrechnung die Sicherung der Ausgeglichenheit des Staatshaushaltes nachzuweisen.

Im Ergebnis dessen sollte über die konkrete Höhe des Umrechnungsverhältnisses und den Zeitpunkt der Einführung entschieden werden.

Mappe I - Anlagen (GVS b 5 - 1374/88)

Diese GVS ist gültig bis zum 31.12.1992, danach zu vernichten.

- Anlage 1 Zur Entwicklung des Kurses der Mark der DDR zu kapitalistischen Währungen seit 1949
- Anlage 2 Analyse der Entwicklung der Stabilität der Währung der DDR im Zusammenhang mit den außenwirtschaftlichen Prozessen
- Anlage 3 Zum Stand und zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität der DDR im internationalen Vergleich
- Anlage 4 Entwicklung der Kosten in der Industrie, im Bauwesen und in der Landwirtschaft
- Anlage 5 Übersicht zum Inlandsaufwand und Valutaerlös für bedeutende Erzeugnisproduktionen beim NSW-Export 1988
- Anlage 6 Einschätzung der Widerspiegelung des realen volkswirtschaftlichen Aufwandes durch die Industrie- und Agrarpreise

Anlage 1: Zur Entwicklung des Kurses der Mark der DDR zu kapitalistischen Währungen seit 1949

Alexander Schalck / Herta König

Die seit Bestehen unserer Republik von Partei und Regierung gefaßten Beschlüsse zur Festlegung des kommerziellen Kurses der Mark zu kapitalistischen Währungen gingen immer von einer Einschätzung der jeweils konkreten Lage im

internationalen Handel aus und waren auf die Wahrung der politischen und ökonomischen Interessen der DDR gerichtet.

Dabei müssen drei große Etappen unterschieden werden:

1. die Etappe von 1949 - 1959, in der die Kurse zu den kapitalistischen Währungen nach differenzierten Grundsätzen festgelegt wurden;
2. die Etappe von 1959 - 1970, in der, ausgehend von einheitlichen Grundsätzen, eine annähernd den internationalen Kursen der kapitalistischen Währungen untereinander entsprechende Kursfestlegung zur Mark erfolgte;
3. die Etappe von 1971 bis zur Gegenwart, in der ökonomisch begründete Kurse in den Exportbetrieben und Kombinatn wirken.

Zur 1. Etappe - 1949 - 1959 -

In dieser Zeit wurde von unterschiedlichen Grundsätzen der Kursfestlegung

- zur DM und
- zu allen anderen kapitalistischen Währungen
ausgegangen.

a) Zur Kursfestlegung Mark : DM

Nach der Spaltung der Währung durch Einführung der DM-West wurde, zunächst im „Frankfurter Abkommen“ vom 8.10.1949 und später im „Berliner Abkommen“ vom 20.9.1951 vereinbart, daß die in DM-West in der BRD/WB geltenden Preise Grundlage der abzuschließenden Verträge sind (Anhang 1).

Mit dem „Berliner Abkommen“, das heute noch rechtskräftig ist, wurde festgelegt, daß die gegenseitigen Gut- und Lastschriften auf den Verrechnungskonten in „VE“ (Verrechnungseinheiten) zu erfolgen haben und daß das Verhältnis 1 DM = 1 VE gilt.

Die Preise des westdeutschen Marktes werden also in „VE“ ausgedrückt.

In den Abkommen gibt es keinerlei Festlegungen, die auch ein Verhältnis 1 Mark = 1 VE und damit 1 M = 1 DM vorsehen.

Dagegen wurde bereits mit der Anlage 8 des „Frankfurter Abkommens“ bestätigt, daß die Festlegungen zum Verrechnungsverkehr zwischen DDR und BRD keine Kursfestlegungen zwischen DM-West und DM-Ost sind (Anhang 2).

Die Kursfestlegung 1 M = 1 DM für den Warenaustausch war von Anfang an eine interne und souveräne Angelegenheit der DDR.

Sie wurde durch politische Gründe und eingeschätzte mögliche Verhandlungen mit der BRD zum nichtkommerziellen Zahlungsverkehr, (auf den später noch eingegangen wird) sowie zu vermögensrechtlichen Fragen zwischen beiden deutschen Staaten bestimmt.

Der kommerzielle Kurs 1 M = 1 DM war demnach ökonomisch nicht begründet.

Ein ökonomisch begründeter kommerzieller Kurs der Mark zur DM bzw. zur VE hätte - bezogen auf die Struktur des Warentausches mit der BRD/WB - das Verhältnis zwischen dem Niveau der DM-Preise in der BRD und Westberlin und dem Niveau der Binnenpreise in der DDR zum Ausdruck bringen müssen. Dieses Preisniveau stimmte zu keinem Zeitpunkt überein, ein Verhältnis 1 : 1 für den kommerziellen Verkehr war ökonomisch nicht gegeben.

Die Vorzüge dieser politisch bedingten Kursfestlegung wurden, wie später noch dargestellt, im nichtkommerziellen Bereich und in Verhandlungen über die Bezah-

lung von bestimmten Leistungen, die die DDR auf Grund von Regierungsvereinbarungen erbringt, wirksam.

Für die Exportbetriebe traten bei der Kursfestlegung $1 \text{ M} = 1 \text{ DM}$ von Anfang an dort Stützungen durch den Staatshaushalt auf, wo das innere Preisniveau der DDR über dem Preisniveau der DM lag.

b) Zur Kursfestlegung Mark : allen anderen kapitalistischen Währungen

Grundlage für die Kursfestlegung der Mark zum US-\$ und allen anderen kapitalistischen Währungen war - wie für die Kursfestlegung zum Rubel - der gesetzlich festgelegte und im Gesetzblatt veröffentlichte Goldgehalt der Mark der DDR. Damit galt beispielsweise $1 \text{ US-}\$ = 2,22 \text{ M}$. Da der offizielle Goldgehalt nicht mit dem festgelegten Kurs $1 \text{ DM} = 1 \text{ M}$ übereinstimmte, wurden die anderen kapitalistischen Währungen - gemessen an der DM - nicht entsprechend ihren internationalen Wertigkeiten bewertet und es ergaben sich beispielsweise folgende widersprüchliche Kursausweise:

1 Mark =	1 DM (DDR-Kursfestlegung)
4,20 DM =	1 US-\$ (internationaler Kurs)
1 US-\$ =	2,22 Mark (DDR-Kursfestlegung)

Mit der Ausdehnung unseres Außenhandels entstanden daraus zunehmend Probleme.

Gleichzeitig war auch die Kursfestlegung der kapitalistischen Währungen auf der Basis des offiziellen Goldgehaltes nicht durch entsprechende Preisniveauvergleiche mit den jeweiligen Ländern ökonomisch begründet. Der innere Preis für eine Ware, für die ein US-\$ erzielt wurde, lag über 2,22 M und der Ausgleich für den Betrieb erfolgte durch Stützungen aus dem Staatshaushalt.

Zur 2. Etappe - 1959 - 1970 -

Die dargestellten erheblichen Widersprüche in der Bewertung der verschiedenen kapitalistischen Währungen in ihrem Verhältnis zur DM führten zunehmend zu Problemen in der Durchführung des Außenhandels und behinderten den Kampf um eine den volkswirtschaftlichen Interessen entsprechende Effektivität und Währungsstruktur im Außenhandel.

Deshalb wurde mit den entsprechenden Beschlüssen festgelegt, daß ab 1959 die Kurse der Mark zu kapitalistischen Währungen nach einheitlichen Grundsätzen zu bestimmen sind.

Dabei wurde das Verhältnis $1 \text{ M} = 1 \text{ DM}$ weiterhin aus politischen Gründen beibehalten und praktisch für alle weiteren Kurse bestimmend.

Der Bezug auf den offiziellen Goldgehalt der Mark wurde für alle anderen kapitalistischen Währungen aufgehoben und diese Währungen wurden - ausgehend von dem Verhältnis $1 \text{ Mark} = 1 \text{ DM}$ in ihrem Kurs zur Mark der DDR so bewertet, wie ihr internationaler Kurs zur DM war.

Für die Planung und Abrechnung des Außenhandels wurde die "Valutamark" eingeführt, die praktisch einer DM-West entspricht.

Mit diesen Beschlüssen wurde gesichert, daß die tatsächliche internationale Wertigkeit der Währungen zur DM und untereinander nun auch im Wertausdruck "Valutamark" einheitlich erfaßt wurde.

Damit wurden die entscheidenden Voraussetzungen für die effektivste Gestaltung der Handelspolitik und die Anforderungen an die beste Währungsstruktur gegeben.

Ökonomisch begründete Umrechnungsverhältnisse der Mark der DDR zu den kapitalistischen Währungen wurden jedoch damit nicht geschaffen.

Da das Verhältnis 1 : 1 zur DM keine ökonomische Basis hat, waren auch weiterhin alle anderen, davon abgeleiteten Kurse nicht ökonomisch begründet.

Der tatsächliche innere Aufwand unserer Produkte in Mark war - bezogen auf die Exportstruktur - in diesen Jahren bereits erheblich höher, als der Aufwand west-deutscher Produzenten in DM.

Die Differenz zwischen dem inneren Aufwand in Mark und dem Erlös in Valutamark (also praktisch in DM) wurde weiterhin durch hohe Staatshaushaltszuschüsse, sogenannte Preisausgleiche, ausgeglichen.

Mit der Fixierung 1 DM = 1 M war verbunden, daß alle Kursänderungen der DM-West zum US-\$ als der kapitalistischen Leitwährung relativ "automatisch" auch zu Veränderungen des Kurses der "Valutamark" führte (Anhang 3).

Damit wurde bei Auf- oder Abwertungen der DM zum US-\$ auch die Valutamark auf- oder abgewertet, völlig unabhängig von der inneren Preisentwicklung der Exporterzeugnisse in der DDR. Der Ausgleich zwischen VM und innerem Aufwand erfolgte durch Veränderung der jeweiligen Haushaltsstützungen. Wenn beispielsweise in der BRD statt 4,20 DM für 1 US-\$ nur noch 3,20 DM für 1 US-\$ benötigt wurden, die DM also aufgewertet hat, so ergab sich aufgrund der 1 : 1 - Bindung von Valutamark zur DM in der DDR folgendes:

- innerer Aufwand für	1 US-\$	=	7,56 Mark
- <u>vor der Aufwertung der DM</u>			
(1 US-\$ = 4,20 DM)	1 US-\$	=	4,20 Valutamark
		+	<u>3,36 M Stützungen</u>
			<u>7,56 Gesamtaufwand</u>
- <u>nach der Aufwertung der DM</u>			
(1 US-\$ = 3,20 DM)	1 US-\$	=	3,20 Valutamark
		+	<u>4,36 M Stützungen</u>
			<u>7,56 Gesamtaufwand</u>

Gemessen an der DM hat sich durch die Aufwertung dieser Währung der Markaufwand jedoch erhöht, die Mark hat faktisch abgewertet, das wird im VM-Ausweis nicht sichtbar.

Zur 3. Etappe - 1971 bis heute -

Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung 1971 und dem Wirken ökonomisch begründeter Kurse der Mark zum transferablen Rubel in den Exportbetrieben und -kombinaten wurde überprüft, ob das offizielle Kursverhältnis von 1 : 1 zur DM weiter beibehalten und die dabei anfallenden Stützungen zum inneren Aufwand weiter aus dem Staatshaushalt finanziert werden sollten.

Da die Verhandlungen zu Fragen des nichtkommerziellen Zahlungsverkehrs und zu vermögensrechtlichen Problemen weiterhin aktuell waren, wurde entschieden, bei dem offiziellen Kurs 1 Mark = 1 DM zu bleiben.

Gleichzeitig wurde jedoch festgelegt, daß zur einheitlichen Bewertung und richtigen Stimulierung der SW- und NSW-Exporte anstelle des bis dahin geltenden Stützungssystems ein in der wirtschaftlichen Rechnungsführung der Kombinate wirkender Kursbestandteil "Richtungskoeffizient" eingeführt wird.

Dieser zuerst nach Währungsgebieten differenzierte und jetzt einheitliche "Riko" sichert, daß im volkswirtschaftlichen Durchschnitt die NSW-Exportrentabilität bei 1,0 liegt, d. h., daß die Betriebe ihre Aufwendungen durch Erlöse decken. Stützungen aus dem Staatshaushalt werden nur noch bei Exporten gezahlt, deren Rentabilität unter dem volkswirtschaftlichen Durchschnitt liegt.

Mit der Einführung der Riko ab 1971 sind ökonomisch begründete Kurse in der wirtschaftlichen Rechnungsführung der Kombinate und Betriebe wirksam.

Die VM-Beauftragung der Ex- und Importe und der VM-Ausweis der Zahlungsbilanz ist praktisch ein Ausweis in DM, d. h. die Verbindlichkeiten müssen in DM bzw. im Kursverhältnis der DM zu anderen kapitalistischen Währungen mit dem jeweiligen inneren Aufwand in Mark erwirtschaftet werden.

Auch in dieser 3. Etappe ist es nicht gelungen, das innere Preisniveau und die Struktur unserer Exporte so zu gestalten, daß die Mark gegenüber den kapitalistischen Währungen aufgewertet hat.

Durch

- ständige innere Preiserhöhungen aufgrund der verschiedenen Faktoren und
- die Aufwertung der DM gegenüber dem US-\$

hat sich der Markaufwand für die Erwirtschaftung einer Valutamark ständig erhöht.

1981 wurden für 1 VM (DM) 2,41 Mark benötigt,

1988 sind für 1 VM (DM) 4,34 Mark erforderlich (Anhang 4).

Das zeigt sich in der Höhe der Kurse M : kapitalistischen Währungen insgesamt (VM-Gegenwert + Riko). Der gegenwärtig geltende hohe Riko von 340 % kann nur gesenkt werden, wenn

- sich die inneren Preise auf der Grundlage des gesellschaftlich notwendigen Aufwandes reduzieren bzw.
- die DM ihr Kursverhältnis zum US-\$ verschlechtert und damit auch die Valutamark abgewertet wird.

Ökonomisch anzustreben ist die Senkung des inneren Aufwandes.

Jede ökonomisch nicht begründete Senkung des Riko stimuliert Importe und behindert den Export.

Die bisherigen Darlegungen betrafen den kommerziellen Kurs. Im nichtkommerziellen Bereich besteht eine völlig andere Lage.

Für die Festlegung dieses Kurses gilt nicht der Preisvergleich der Exportstruktur, sondern der Preisvergleich von Endverbraucherpreisen für typische Familienaushänge in den Haushalten der Bürger. Die EVP für diese Waren, die in einem gesonderten "Warenkorb" erfaßt und berechnet werden, liegen aufgrund der hohen Subventionen des Staatshaushaltes der DDR für diese Bereiche zum Teil sogar unter den Preisen für die Verbraucher in der BRD. Das auch für diesen Bereich festgelegte Verhältnis 1 : 1 zur DM, das davon abgeleitete nichtkommerzielle Kursverhältnis zu allen anderen kapitalistischen Währungen, ist ökonomisch begründet.

Der nichtkommerzielle Kurs spielt durch den Transitverkehr sowie den umfangreichen Reise- und Besucherverkehr für die DDR eine große Rolle. Auf der Grundlage dieser Kurse erfolgt zum Beispiel der verbindliche Mindestumtausch, werden Visa- und andere Gebühren erhoben. Im nichtkommerziellen Bereich übersteigen die Einnahmen die Ausgaben wesentlich und die Kursfestlegung 1 : 1 ist für die DDR ökonomisch günstig.

Das Verhältnis 1 : 1 hat sich auch bei der Bezahlung einer Reihe von Leistungen, die die DDR aufgrund von Regierungsvereinbarungen gegenüber der BRD erbringt, außerordentlich vorteilhaft ausgewirkt.

Das gilt insbesondere für die Einnahmen aus der Transitpauschale, die im Zeitraum 1972 - 1989 5,25 Mrd. DM betragen haben und im Zeitraum 1990 - 1999 rd. 9 Mrd. DM betragen werden.

Es kann davon ausgegangen werden, daß die wesentlichen Bestandteile dieser Pauschale (Straßenbenutzungsgebühren 454 Mio DM jährlich, Steuerausgleichsabgaben 188 Mio DM jährlich, Visagebühren 158 Mio DM jährlich), bezogen auf die Leistungen der DDR, in den Markaufwendungen tatsächlich 1 : 1 und günstiger realisiert werden können. So betrugen zum Beispiel die Aufwendungen an den für den Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin zugelassenen Autobahnen für Instandhaltung, Winterdienst, Verkehrslenkung u. a. - ohne Grunderneuerungsarbeiten, die gesondert vereinbart werden - in den letzten Jahren ca. 100 Mio M pro Jahr. Demgegenüber wurden allein an Straßenbenutzungsgebühren 268 Mio DM jährlich für den Transitverkehr in den Jahren 1980 - 1989 eingenommen.

Auch bei den Regelungen und Vereinbarungen über Grunderneuerungen von Autobahntransitstrecken wurde ein günstiges Verhältnis durchgesetzt. (So zum Beispiel bei den Grunderneuerungsarbeiten ein Verhältnis von 7 Mio M : 5 Mio DM pro km Grunderneuerung.)

Ein Abgehen vom offiziellen Kursverhältnis 1 DM = 1 VM würde nicht nur politische Diskussionen hervorrufen, sondern im nichtkommerziellen Bereich auch zu ökonomischen Nachteilen für die DDR insbesondere gegenüber der BRD führen.

Anhang 1 und 2:

"Frankfurter Abkommen" vom 8.10.1949 - Anlagen 6 bis 9 -

Anlage 6

Frankfurt / Main, den 8. Oktober 1949

Herrn Joseph Orlopp,

Leiter der Delegation der obersten Wirtschaftsorgane der Währungsgebiete der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost)

Sehr geehrter Herr Orlopp!

Gelegentlich der Beratungen über Artikel II des heute unterzeichneten Abkommens über den Interzonenhandel 1949/50 ergab sich die übereinstimmende Meinung, daß die Preisvereinbarungen der Geschäftspartner weitgehend durch die Marktlage in den Währungsgebieten der DM-West beeinflußt werden.

Beide Teile sind berechtigt, Lieferung und Bezug von Waren im Rahmen des Abkommens abzulehnen, wenn die zwischen den Geschäftspartnern vereinbarten Preise den Interessen ihres Wirtschaftsgebiets widersprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Dr. Graf

Anlage 7

Frankfurt / Main, den 8. Oktober 1949

Herrn Dr. Otto Graf,

Leiter der Delegation der obersten Wirtschaftsorgane der Währungsgebiete der Deutschen Mark (DM-West)

Sehr geehrter Herr Dr. Graf!

Gelegentlich der Beratungen über Artikel II des heute unterzeichneten Abkommens über den Interzonenhandel 1949/50 ergab sich die übereinstimmende Meinung, daß die Preisvereinbarungen der Geschäftspartner weitgehend durch die Marktlage in den Währungsgebieten der DM-West beeinflußt werden.

Beide Teile sind berechtigt, Lieferung und Bezug von Waren im Rahmen des Abkommens abzulehnen, wenn die zwischen den Geschäftspartnern vereinbarten Preise den Interessen ihres Wirtschaftsgebiets widersprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Orlopp

Anlage 8

Frankfurt / Main, den 8. Oktober 1949

Herrn Joseph Orlopp,

Leiter der Delegation der obersten Wirtschaftsorgane der Währungsgebiete der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost)

Sehr geehrter Herr Orlopp!

Nach Abschluß der Verhandlungen über das Abkommen über den Interzonenhandel 1949/50 darf ich feststellen, daß mit dem in Teil B des heute unterzeichneten Abkommens niedergelegten Bestimmungen kein Kurs zwischen der Deutschen Mark (DM-West) und der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) festgelegt wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Dr. Graf

Anlage 9

Frankfurt / Main, den 8. Oktober 1949

Herrn Dr. Otto Graf,

Leiter der Delegation der obersten Wirtschaftsorgane der Währungsgebiete der Deutschen Mark (DM-West)

Sehr geehrter Herr Dr. Graf!

Nach Abschluß der Verhandlungen über das Abkommen über den Interzonenhandel 1949/50 darf ich feststellen, daß mit dem in Teil B des heute unterzeichneten Abkommens niedergelegten Bestimmungen kein Kurs zwischen der Deutschen Mark (DM-West) und der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) festgelegt wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Orlopp

Anhang 3

Entwicklung des Kurses der DM zum US-\$			des internen Umrechnungs- hältnisses der Mark der DDR zum US-\$
1949	1 US-\$ =	4,20 DM	1.1.1957 1 US-\$ = 4,20 VM
6.8.1961	5 % Aufwertung der DM 1 US-\$ =	4,00 DM	
24.10.1969	8,5 % Aufwertung der DM 1 US-\$ =	3,66 DM	
21.12.1971	13,5 % Abwertung des US-\$ 1 US-\$ =	3,22 DM	1.1.1972 1 US-\$ = 3,20 VM
13.2.1973	10 % Abwertung des US-\$ 1 US-\$ =	2,90 DM	Februar 1973 1 US-\$ = 2,88 VM
29.6.1973	Aufwertung der DM 1 US-\$ =	2,67 DM	1.1.1974 1 US-\$ = 2,50 VM
Danach Floating der DM gegenüber dem US-\$			
1974	Jahresdurchschnittskurs 1 US-\$ =	2,59 DM	
1975	Jahresdurchschnittskurs 1 US-\$ =	2,46 DM	
1976	Jahresdurchschnittskurs 1 US-\$ =	2,52 DM	
1977	Jahresdurchschnittskurs 1 US-\$ =	2,32 DM	
1978	Durchschnitt I. Quartal 1 US-\$ =	2,07 DM	
	Durchschnitt II: Quartal 1 US-\$ =	2,08 DM	
	Jahresdurchschnitt 1 US-\$ =	2,00 DM	1.1.1979 1 US-\$ = 2,15 VM
1979	Durchschnitt I. Quartal 1 US-\$ =	1,85 DM	
	Durchschnitt II. Quartal 1 US-\$ =	1,90 DM	
	Durchschnitt III. Quartal 1 US-\$ =	1,82 DM	
	Jahresdurchschnittskurs 1 US-\$ =	1,83 DM	1.1.1980 1 US-\$ = 1,90 VM
1980	Jahresdurchschnittskurs 1 US-\$ =	1,82 DM	1.1.1981 1 US-\$ = 1,80 VM

1981	Durchschnitt 1. Halbjahr		
	1 US-\$ =	2,18 DM	
	Durchschnitt 2. Halbjahr		
	1 US-\$ =	2,34 DM	
	Jahresdurchschnittskurs		
	1 US-\$ =	2,26 DM	1.1.1982
			1 US-\$ = 2,40 VM
1982	Durchschnitt 1. Halbjahr		
	1 US-\$ =	2,36 DM	
	Durchschnitt III. Quartal		
	1 US-\$ =	2,48 DM	
	Durchschnitt IV. Quartal		
	1 US-\$ =	2,50 DM	
	Jahresdurchschnittskurs		
	1 US-\$ =	2,43 DM	
1983	Jahresdurchschnittskurs		
	1 US-\$ =	2,56 DM	1.1.1984
			1 US-\$ = 2,60 VM
1984	Durchschnitt 1. Halbjahr		
	1 US-\$ =	2,74 DM	
	Durchschnitt III. Quartal		
	1 US-\$ =	2,91 DM	
	Durchschnitt IV. Quartal		
	1 US-\$ =	3,05 DM	
	Jahresdurchschnittskurs		
	1 US-\$ =	2,84 DM	1.1.1985
			1 US-\$ = 3,00 VM
1985	Jahresdurchschnittskurs		
	1 US-\$ =	2,94 DM	
1986	Durchschnitt 1. Halbjahr		
	1 US-\$ =	2,30 DM	
	Durchschnitt 2. Halbjahr		
	1 US-\$ =	2,05 DM	
	Jahresdurchschnittskurs		
	1 US-\$ =	2,17 DM	1.1.1987
			1 US-\$ = 2,30 VM
1987	Durchschnitt 1. Halbjahr		
	1 US-\$ =	1,82 DM	
	Durchschnitt III. Quartal		
	1 US-\$ =	1,84 DM	
	Durchschnitt IV. Quartal		
	1 US-\$ =	1,71 DM	
	Jahresdurchschnittskurs		
	1 US-\$ =	1,80 DM	1.1.1988
			1 US-\$ = 1,85 VM
1988	Durchschnitt 1. Halbjahr		
	1 US-\$ =	1,69 DM	
	Durchschnitt III. Quartal		
	1 US-\$ =	1,87 DM	

Anhang 4: Entwicklung des Exportaufwandes

Exportaufwand in Mark einschließl. Zirkulationskosten

	für 1 VM	für 1 \$
1981	2,41	4,59
1982	2,23	5,40
1983	2,61	6,32
1984	2,59	6,74
1985	3,03	9,09
1986	3,60	10,83
1987	4,09	10,87
1988	4,34 ¹	9,58 ²

Anlage 2: Analyse der Entwicklung der Stabilität der Währung der DDR im Zusammenhang mit den außenwirtschaftlichen Prozessen

Ernst Höfner / Horst Kaminsky

Gliederung

- I. *Die Entwicklung der Preise innerhalb der DDR und ihre Auswirkungen auf die Kaufkraft der Mark der DDR*
- II. *Die Entwicklung des Außenwertes der Mark der DDR zu ausländischen Währungen*
- III. *Der Einfluß außenwirtschaftlicher Faktoren auf den Geldumlauf der DDR*
- IV. *Der Einfluß außenwirtschaftlicher Faktoren auf den Staatshaushalt und damit verbundener Beziehungen zwischen dem Staatshaushalt und dem Kreditsystem*

Für die Beurteilung der Stabilität der Währung sind insbesondere von Bedeutung:

1. Was ist die Mark der DDR wert, wie hat sich ihre Kaufkraft nach innen und gegenüber ausländischen Währungen entwickelt?
2. Stehen den verteilten Geldeinnahmen absatzfähige Produkte gegenüber, mit denen der Bedarf der Wirtschaft und der Bevölkerung nach Menge und Struktur gedeckt werden kann?
3. Ist der Staatshaushalt ausgeglichen, und entwickelt sich der Geldumlauf in ökonomisch begründeter Höhe?

Hauptfaktoren für die Sicherung der Stabilität unserer Währung sind

- die Entwicklung und die Herstellung absatzfähiger Erzeugnisse mit steigender Produktivität, sinkenden Kosten und wachsendem Reineinkommen und
- die Durchsetzung des Grundsatzes, daß mit den Volkswirtschaftsplänen nur das verteilt wird, was vorher erwirtschaftet wurde.

Bezüglich der außenwirtschaftlichen Prozesse besteht ein grundsätzlicher Zusammenhang zwischen

- dem nationalen Aufwand zur Herstellung der Erzeugnisse,
- den Industrie-, Bau- und Agrarpreisen,
- dem Wert des Geldes im Inneren (auch als Kaufkraft des Geldes bezeichnet) und
- dem Außenwert der Mark, der sich im Währungskurs widerspiegelt.

¹ Stand 31.8.1988

² Realisierung 30.6.1988

Der Inlandsaufwand ist der bestimmende Faktor für den Außenwert des Geldes.
Die Analyse untersucht den Zeitraum 1970 - 1987.

I. Die Entwicklung der Preise innerhalb der DDR und ihre Auswirkungen auf die Kaufkraft der Mark der DDR

1. Grundlage für die Industrie-, Bau- und Agrarpreise (einschließlich Verkehrstarife) ist der volkswirtschaftliche Aufwand. Durch planmäßige Industriepreisänderungen erfolgte eine Angleichung der Preise an den volkswirtschaftlichen Aufwand. Dieser Prozeß wurde im Jahre 1986 mit der Agrarpreisreform im wesentlichen abgeschlossen.

Auf die Entwicklung des volkswirtschaftlichen Aufwandes und der Produktionsmittelpreise haben im Zeitraum 1970 bis 1987 folgende Hauptfaktoren gewirkt:

- Steigende Weltmarktpreise auf den kapitalistischen Warenmärkten und steigende RGW-Vertragspreise, insbesondere für Rohstoffe. Das führte zur Erhöhung der Preise für Importerzeugnisse gegenüber den Erstabnehmern in Höhe von 52 Mrd. M. In der Verflechtung der verarbeitenden Industrie wurden dadurch 130 Mrd. M Aufwandserhöhungen preiswirksam.
- Steigender Aufwand für die Gewinnung inländischer Energieträger, Roh- und Werkstoffe einschließlich landwirtschaftlicher Erzeugnisse infolge Verschlechterung der natürlichen Bedingungen sowie steigender Aufwand für die Durchführung notwendiger Investitionen zur Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung, zur Ablösung von Importen sowie zur Gewährleistung des Umweltschutzes. Daraus resultierte eine Aufwands- und Industriepreiserhöhung von 125 Mrd. M.

Entsprechend der Erhöhung des volkswirtschaftlichen Aufwandes haben sich die Industrie-, Bau- und Agrarpreise 1970 bis 1987 um insgesamt 260 Mrd. M erhöht. Das entspricht einer Erhöhung um 58 % (Anhang 1).

Diese Entwicklung vollzog sich in unterschiedlichem Tempo. Bedeutende Preiserhöhungen traten insbesondere in den Jahren 1984 und 1985 ein.

1970 - 1980	78 Mrd. Preiserhöhungen
1981 - 1983	58 Mrd. Preiserhöhungen
1984 - 1985	115 Mrd. Preiserhöhungen
1986 - 1987	<u>9 Mrd.</u> Preiserhöhungen
1970 - 1987	insgesamt 260 Mrd. Preiserhöhungen

Die Produktivitäts- und Effektivitätssteigerungen in der Volkswirtschaft reichten nicht aus, um die eingetretenen Preiserhöhungen entsprechend dem volkswirtschaftlichen Aufwand auszugleichen.

Die Erhöhungen der Industrie-, Bau- und Agrarpreise haben schrittweise zu einer Veränderung des Wertausdrucks des gesellschaftlichen Gesamtproduktes, des Nationaleinkommens und anderer volkswirtschaftlicher Kennziffern geführt. Sie sind mit einem erhöhten Geldbedarf verbunden und haben zur Erhöhung des volkswirtschaftlichen Geldumlaufs geführt.

2. Das Verbraucherpreisniveau für Konsumgüter, Leistungen und Tarife hat sich 1970 bis 1987 um 20 % erhöht,

darunter

- Nahrungs- und Genußmittel um 9 %

- Industriewaren um 43 %

Dabei ist zu beachten, daß diese Preisveränderungen das Einfließen neuer Erzeugnisse sowie die Veränderungen im Angebot und im Verbrauch berücksichtigen (Anhang 1 und 2).

In der kontinuierlichen, bedarfsgerechten Warenversorgung und in der Preisentwicklung sieht die Bevölkerung das für sie entscheidende Kriterium, nach dem sie den Wert des Geldes und die Stabilität der Währung beurteilt. Die ideologische Haltung der Bevölkerung wird damit ganz entscheidend beeinflusst. Dieser politische Aspekt tritt umso stärker hervor, als Teile der Bevölkerung heute neben der Mark der DDR auch über Westmark bzw. andere kapitalistische Währungen verfügen. Die Realisierungsmöglichkeiten, die sich für sie aus dem Besitz zweier Währungen ergeben, beeinflussen die Haltung der Bevölkerung zur Mark der DDR nachhaltig.

3. Aus dem gestiegenen volkswirtschaftlichen Aufwand, der sich in der Entwicklung der Industrie- und Agrarpreise widerspiegelt, und den stabilen Konsumgüterpreisen für Waren des Grundbedarfs ergibt sich, daß jährlich steigende Zuschüsse in Form von EVP-Preisstützungen aus dem Staatshaushalt notwendig geworden sind.

Diese Preisstützungen entwickelten sich wie folgt (Anhang 3)

	- in Mrd. M -	
	1971	1987
für Waren des Grundbedarfs und Dienstleistungen	8,5	49,3
für die Wohnungswirtschaft zur Sicherung stabiler Mieten	0,6	7,5
Insgesamt	9,1	56,8
Anteil am produzierten Nationaleinkommen	7,8 %	22,8 %

Zur Sicherung stabiler Preise und Mieten für die Bevölkerung wurden aus dem Staatshaushalt 1971 bis 1987 insgesamt 410 Mrd. M zur Verfügung gestellt. Damit wurde eine bedeutende stabilisierende Wirkung auf die Konsumgüterpreise und die Kaufkraft der Mark in den Händen der Bevölkerung ausgeübt. Gleichzeitig stellen die hohen Subventionen jährlich wachsende Anforderungen an den Staatshaushalt.

Durch den Abkauf von Waren und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen, deren Preise in der DDR gestützt werden, von Besuchern und Touristen aus dem SW und NSW flossen 1987 1,3 Mrd. M Nationaleinkommen ab.

4. Die Entwicklung der Produktionsmittel- und Konsumgüterpreise hat 1970 bis 1987 zu folgenden Gesamtauswirkungen auf die Kaufkraft der Mark der DDR geführt (1970 = 100):

	Preise	Kaufkraft
Industrie-, Bau- und Agrarpreise, Verkehrstarife	158	63
EVP, Dienstleistungspreise für Bevölkerung	120	83
Gesamtentwicklung der Preise und der Kaufkraft	150	67

Das bedeutet, daß sich seit 1970 die Kaufkraft der Mark der DDR insgesamt um 33 % vermindert hat.

Hauptursache der Entwicklung der Binnenpreise ist, daß die Effektivität nicht Schritt gehalten hat mit den volkswirtschaftlichen Anforderungen.

II. Die Entwicklung des Außenwertes der Mark der DDR zu ausländischen Währungen

1. Aus dem Verhältnis des Niveaus der Binnenpreise zum Niveau der Weltmarktpreise exportierten Erzeugnisse leitet sich die Kaufkraft der Währung nach außen ab. Der Wert der Währung nach außen spiegelt sich im Kurs der Mark der DDR zu ausländischen Währungen wider. Der Währungskurs wird in erster Linie dadurch bestimmt, wie sich Produktivität und Kosten sowie wissenschaftlich-technisches Niveau unserer Erzeugnisse im Vergleich mit den Konkurrenzprodukten des Weltmarktes entwickeln. Grundlage des Kurses der Mark der DDR zu den ausländischen Währungen ist der volkswirtschaftliche nationale Aufwand, der zur Erwirtschaftung ausländischer Valuten erforderlich ist.
2. 1970 bis 1987 entwickelte sich der Kurs der Mark der DDR im kommerziellen Bereich wie folgt (siehe Anhang 4):
 - a) Ausgehend vom Aufwand der DDR für die Erwirtschaftung eines transferablen Rubels ist der Außenwert der Mark der DDR gegenüber dem transferablen Rubel um ca. 20 % gestiegen.
 - b) Ausgehend vom Aufwand der DDR für die Erwirtschaftung von einer Valutamark ist der Außenwert der Mark gegenüber den kapitalistischen Währungen im Zeitraum 1970 bis 1987 um 52 % gesunken. (Anhang 4)

Das kommt in folgender Kursentwicklung zum Ausdruck:

	1970	1980	1983	1985	1987	1988
1 US-\$	7,56	4,75	4,68	7,80	9,20	8,14
1 DM	1,80	2,50	1,95	2,60	4,00	4,40

Dabei ist zu beachten:

- Bereits 1970 entsprach der Außenwert der Mark auf kommerziellem Gebiet nicht dem Verhältnis 1 : 1 zur DM. Zum Erwerb einer DM mußten 1,80 Mark der DDR aufgewendet werden.
- Gegenüber der Mehrzahl der kapitalistischen Währungen hat sich der Außenwert der Mark der DDR von 1970 bis Anfang der 80er Jahre nur relativ wenig verändert; gegenüber dem US-Dollar hat er sich bis 1983 verbessert.
- Ab 1984 ist der Außenwert der Mark der DDR gegenüber allen kapitalistischen Währungen wieder gesunken, was sich bis 1987 fortsetzt. Das heißt, die Kaufkraft der Mark der DDR ist in diesem Zeitraum stärker gesunken als die der kapitalistischen Währungen.

Die Hauptursache für die Verschlechterung des Außenwertes der Mark der DDR um 52 % in der Zeit von 1970 bis 1987 ist der gestiegene volkswirtschaftliche Aufwand für die Herstellung der Exporterzeugnisse. Deutlich wird das am NSW-Export des Jahres 1987:

- Valutaerlös des NSW-Exports 1987 (VM) 12,7 Mrd. VM
- nationaler Aufwand des NSW-Exports 1987 (Binnenpreise, effektive Preise 1987) 49,9 Mrd. M der DDR
- nationaler Aufwand des NSW-Exports 1987 (Binnenpreise, Preisbasis 1970) 30,6 Mrd. M der DDR

Daraus errechnet sich folgender Aufwand zur Erwirtschaftung einer Valutamark:

- Aufwand zur Erwirtschaftung einer Valutamark zu effektiven Preisen des Jahres 1987 3,92 M
- Aufwand zur Erwirtschaftung einer Valutamark zu Preisen 1970 2,40 M.

Hieraus ergibt sich:

Die Binnenpreise der Exporterzeugnisse des Jahres 1987 haben sich seit 1970 in ihrem Niveau um 63 % erhöht. Das entspricht einer Verminderung ihres inneren Geldwertes um 39 %. Ca. drei Viertel der Verminderung des Außenwertes der Mark der DDR ist durch die Verminderung ihres Binnenwertes verursacht worden.

Ohne die den Binnenpreisen zugrunde liegende Aufwandserhöhung in den Jahren 1970 bis 1987 hätte es auch keine Veränderung des Währungskurses der Mark der DDR zur DM von 1,80 M auf 4,00 M gegeben, sondern lediglich auf 2,40 Mark der DDR.

Das zeigt: Der Aufwand im Inneren der Volkswirtschaft ist bedeutend schneller gestiegen als die Weltmarktpreise (die der Ausdruck des Aufwandsniveaus für die Konkurrenzserzeugnisse sind). Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten in der DDR haben mit dem internationalen Tempo nicht Schritt gehalten.

3. Das Verhältnis 1 DM = 1 Mark der DDR ist im nichtkommerziellen Bereich unverändert beibehalten worden. Ausgehend von diesem Kurs 1 : 1 werden die nichtkommerziellen Kurse der Mark der DDR zu den anderen konvertierbaren Währungen (Devisenumrechnungssätze) festgesetzt und entsprechend den Auf- und Abwertungen dieser Währungen verändert. Das Verhältnis 1 : 1 im nichtkommerziellen Kurs spiegelt die stabilen EVP in der DDR für die Waren des Grundbedarfs wider. Durch die Entwicklung der EVP in der DDR und in der BRD sowie in anderen kapitalistischen Ländern hat sich das Kaufkraftverhältnis unserer Mark zur DM und zu anderen kapitalistischen Währungen stärker verbessert, als es in den nichtkommerziellen Kursen zum Ausdruck kommt.
4. Im Unterschied zu der stabilen Entwicklung des offiziellen Kurses im nichtkommerziellen Bereich hat sich der Schwindelkurs, insbesondere in den letzten 2 Jahren, zu Ungunsten der Mark der DDR entwickelt. Er betrug am 14.10.1988 8,33 Mark der DDR für 1 DM. Hauptursache dieser Entwicklung ist insbesondere ein gewachsenes Angebot von Mark der DDR durch Bürger der DDR in den westlichen Wechselstuben im Zusammenhang mit der verstärkten Reisetätigkeit. Das ist ein Fakt, der die Stabilität der Währung ökonomisch, aber auch politisch beeinträchtigt.
5. Die nichtkommerziellen Kurse unserer Mark gegenüber den Währungen der RGW-Länder haben sich aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung der Konsumgüterpreise differenziert und zugunsten der Mark der DDR entwickelt. Ökonomisch gerechtfertigte und notwendige Kursverbesserungen konnten nicht immer rechtzeitig und in der notwendigen Höhe durchgesetzt werden. Das betrifft z. B. Rumänien, Bulgarien, Ungarn und die CSSR. Das führte 1987 zum Abfluß von Nationaleinkommen in Höhe von 100 Mio M.

III. Der Einfluß außenwirtschaftlicher Faktoren auf den Geldumlauf der DDR

1. Während der Handel mit den sozialistischen Staaten bei positiver Rentabilität mit im wesentlichen ausgeglichenen Zahlungsbilanzsalden erfolgt, resultieren aus den Außenwirtschaftsbeziehungen mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet steigende Valutaverbindlichkeiten.

Valutaverbindlichkeiten zum NSW (saldiert mit Valutaforderungen)	1970	1980	1987
- in Mrd. Valutamark (wobei eine VM eine DM repräsentiert)	2,2	25,3	34,7
- in Mrd. Mark der DDR (als Ausdruck des volkswirtschaftlichen Aufwandes, der für die Rückzahlung der Verbindlichkeiten erforderlich ist)	4,3	60,5	138,9

2. Der Entwicklung der Valutaverbindlichkeiten liegt folgendes zugrunde:

Im Zeitraum 1971 - 1980 wurden hohe Importüberschüsse realisiert, wodurch der Volkswirtschaft der DDR über die eigene Produktion hinaus zusätzliche Waren zur Verfügung standen. Ab 1981 wurden im Handel mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet Veränderungen eingeleitet und Exportüberschüsse realisiert.

Die geplanten Exportüberschüsse wurden jedoch nicht erreicht, weil der geplante Leistungszuwachs nicht erwirtschaftet und im Inland mehr verteilt wurde, als geplant war.

Dazu hat auch beigetragen, daß die Importüberschüsse der 70er Jahre nicht in dem erforderlichen Maße zur Leistungssteigerung eingesetzt wurden.

Die Exportüberschüsse in den Jahren 1981 - 1987 haben nicht ausgereicht, um allein die Valutaaufwendungen für Zinsen und Kreditkosten zu decken, so daß die saldierten Valutaverbindlichkeiten weiter anstiegen.

So betrugen im Zeitraum 1981 - 1987

- die Aufwendungen an Zinsen und Kreditkosten 35,6 Mrd. Valutamark
- bei einem Exportüberschuß von 16 Mrd. Valutamark.

Im Jahre 1987 wurden für die Bezahlung der Zinsen und Kreditkosten rd. 5 Mrd. Valutamark aufgewendet, was die Bereitstellung von 20 Mrd. M Exportwaren zu inneren Preisen erforderlich machte und in gleicher Höhe den Staatshaushalt belastete.

Das ist eine Größenordnung, die rd. 40 % des Jahresexports für 1987 in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet beträgt und den jährlichen Zuwachs an produziertem Nationaleinkommen beträchtlich überschreitet.

Zur Finanzierung der Zins- und Tilgungsmaßnahmen mußten neue Kredite aufgenommen werden, was zu einem weiteren Ansteigen der Valutaverbindlichkeiten gegenüber dem NSW geführt hat.

Die wachsenden Aufwendungen für Zinsen und Kreditkosten stellen eine jährlich wiederkehrende hohe Belastung für die Volkswirtschaft und Währung dar. Zusammen mit der Rückzahlung der Valutaverbindlichkeiten ergeben sich daraus in den nächsten 10 - 20 Jahren beträchtliche Anforderungen an die Leistungskraft der Volkswirtschaft.

3. Der gesunkene Außenwert der Mark der DDR gegenüber kapitalistischen Währungen machte es erforderlich, die Valutaforderungen und -verbindlichkeiten in Mark der DDR neu zu bewerten.

Solche Umbewertungen wurden jeweils im Zusammenhang mit Veränderungen der Währungskurse vorgenommen. Für die daraus resultierenden Abwertungsverluste müssen im Zusammenhang mit der Rückzahlung der Valutaverbindlichkeiten in entsprechendem Umfang Exporterzeugnisse eingesetzt werden, sofern sich bis dahin der Außenwert der Mark der DDR nicht verbessert.

Bis 1983 und zum Teil noch 1984 wurden Umbewertungsergebnisse mit dem Staatshaushalt verrechnet. Ab 1984 konnten die hohen Abwertungsverluste nicht mehr durch den Staatshaushalt finanziert werden.

In der Kreditbilanz der DDR sind Ende 1987 diese Abwertungsverluste als Forderungen an den Staatshaushalt in Höhe von rd. 63 Mrd. M ausgewiesen (Anhang 5).

4. Der Anstieg der Valutaverbindlichkeiten hat entscheidenden Einfluß auf die Ausdehnung des Geldumlaufs der DDR und die Veränderung seiner Struktur (Anhang 6).

1987 beträgt der Anteil der äußeren aus den Valutaverbindlichkeiten resultierenden Kreditquellen 37 % am gesamten Geldvolumen gegenüber 5,7 % im Jahre 1970.

Diese Mittel wurden in Form von Krediten zur Finanzierung der volkswirtschaftlichen Entwicklung eingesetzt (Anhang 7).

Das hat zu einer hohen Kreditbelastung in der Wirtschaft beigetragen. So erfolgt die Finanzierung der Investitionen im produzierenden Bereich der Volkswirtschaft zunehmend aus Krediten. 1988 wird der durchschnittliche Kreditanteil rd. 52 % betragen. Dieser hohe Kreditvorschuß zwingt zu höchster Effektivität zur Wiedererwirtschaftung.

Künftig ist ein größerer Anteil eigenerwirtschafteter Mittel für die Finanzierung der Investitionen notwendig.

5. Auch unter den Bedingungen ansteigender Belastungen aus der Außenwirtschaft wurden hohe Wachstumsraten hinsichtlich der Geldeinkommen der Bevölkerung und ihrer Realisierung durch Waren und Dienstleistungen erreicht.

Das erfolgt bei stabilen Preisen für Waren des Grundbedarfs, Mieten und Tarifen und überproportional wachsenden unentgeltlichen Zuwendungen an die Bevölkerung. Das wachsende Realeinkommen ist ein wichtiger Faktor der Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung.

Während sich 1971 bis 1986 die Arbeitsproduktivität in der Volkswirtschaft schneller entwickelte als das Arbeitseinkommen im produzierenden Bereich, stiegen 1987 die Arbeitseinkommen im gleichen Verhältnis wie die Arbeitsproduktivität.

Diese nicht leistungsgerechte Bildung von Geldeinnahmen beeinträchtigte das Verhältnis kaufkraftfähige Nachfrage und Warenbereitstellung.

In den letzten Jahren hält das Wachstum des Warenfonds mit dem Wachstum der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung nicht mehr Schritt, so daß ein überdurchschnittlicher Zuwachs der Geldakkumulation der Bevölkerung in Form von Sparguthaben und Bargeld eintrat.

%	durchschnittliches jährliches Wachstum		
	1971-1980	1981-1985	1986-1987
Nettogeldeinnahmen	4,3	3,2	5,1
Einzelhandelswarenumsatz	4,5	2,5	3,9
Geldakkumulation der Bevölkerung	6,2	4,4	6,5

Im Ergebnis des wachsenden Lebensniveaus betragen die Ersparnisse der Bevölkerung Ende 1987 rd. 170 Mrd. M. Für die Spareinlagen wurden 1987 4,5 Mrd. M Zinsen gezahlt, das sind 2,8 % der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung.

Das hohe Familieneinkommen in der DDR stellt in Verbindung mit den gewachsenen Sparguthaben qualitativ neue Anforderungen an die Warenbereitstellung, insbesondere an hochwertige Konsumgüter, die nicht immer in ausreichender Menge, in hoher Qualität, im gewünschten Sortiment und zeitgerecht befriedigt werden können. Die Wartezeiten für eine Reihe gefragter hochwertiger Konsumgüter haben sich weiter verlängert. Das beeinträchtigt die Stimulierung der Leistungsbereitschaft der Werktätigen.

IV. Der Einfluß außenwirtschaftlicher Faktoren auf den Staatshaushalt und damit verbundener Beziehungen zwischen dem Staatshaushalt und dem Kreditsystem

1. Die Außenwirtschaftsbeziehungen haben einen wesentlichen Einfluß auf die Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushaltes.

Während die Außenwirtschaftsbeziehungen zum sozialistischen Wirtschaftsgebiet zur Erhöhung der Finanzkraft der DDR beitragen, ergeben sich aus den Außenwirtschaftsbeziehungen zum nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet wachsende Belastungen für den Staatshaushalt. Das ist insbesondere auf die Aufwendungen für Zinsen und Kreditkosten zurückzuführen, die für die NSW-Valutaverbindlichkeiten zu zahlen sind. Sie betragen 1987 20,8 Mrd. M.

2. Der Staatshaushalt hat die Mittelbereitstellung zur Sicherung stabiler Verbraucherpreise für Waren des Grundbedarfs, Tarife und Mieten sowie zur Durchsetzung der beschlossenen anderen sozialpolitischen Maßnahmen gewährleistet.

Gleichzeitig sind wachsende Belastungen durch die Außenwirtschaft aufgetreten. Die Effektivität der Wirtschaft und damit die Einnahmen des Staatshaushaltes aus der VEW haben jedoch mit diesen Anforderungen nicht Schritt gehalten und wurden nicht entsprechend dem Plan realisiert. Das hat zu zunehmenden Anspannungen bei der Sicherung der Ausgeglichenheit des Staatshaushaltes beigetragen.

Zur Bilanzierung des Staatshaushaltes wurden außerordentliche Maßnahmen notwendig:

- Es wurden in den Vorjahren angesammelte Mittel des Staatshaushaltes aus Überschüssen zur Deckung laufender Ausgaben eingesetzt.
- Es wurde erforderlich, in stärkerem Umfang Reineinkommen aus der Wirtschaft im Staatshaushalt zu zentralisieren, was den Anteil des Einsatzes eigenerwirtschafteter Mittel in den Kombinat und Betrieben reduzierte und einen verstärkten Krediteinsatz zur Finanzierung des Reproduktionsprozesses nach sich zog.
- Während in der ersten Hälfte der 80er Jahre die Liquidität des Staatshaushaltes es gestattete, Kredite, insbesondere für Kompensationsvorhaben und

zur Finanzierung des Baues staatlicher Einrichtungen, vorfristig zurückzahlen, konnte diese Entwicklung in der 2. Hälfte der 80er Jahre nicht fortgesetzt werden. In dieser Zeit standen auch keine Mittel zur Abdeckung der Abwertungsverluste aus der Umbewertung der Valutaforderungen und -verbindlichkeiten gegenüber dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet zur Verfügung.

Erstmals konnten Ende 1987 / Anfang 1988 fällige Zahlungen des Staatshaushaltes an das Kreditsystem im Umfang von 3,7 Mrd. M nicht geleistet werden. Damit ist durch den Staatshaushalt mehr verteilt worden, als durch Einnahmen aus Reineinkommen und Steuern zur Verfügung standen.

Diese Entwicklung hat zur Ausweitung des Geldumlaufs beigetragen und die Stabilität der Währung beeinträchtigt.

Verzeichnis der Anhänge

- Anhang 1 Entwicklung des Preisniveaus in der DDR 1970 bis 1987
- Anhang 2 Index der Einzelhandelspreise, Leistungspreise und Tarife 1987
- Anhang 3 Entwicklung der Ausgaben des Staatshaushaltes zur Sicherung stabiler Verbraucherpreise für Waren des Grundbedarfs, Wohnungsmieten und Tarife
- Anhang 4 Entwicklung des Exportaufwandes und der Importerlöse für einen transferablen Rubel und für eine Valutamark sowie der kommerziellen Kurse
- Anhang 5 Umbewertung der Forderungen und Verbindlichkeiten NSW
- Anhang 6 Kreditbilanz (Geldfonds)
- Anhang 7 Kreditbilanz (Kredite)

Anlage 3: Zum Stand und zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität der DDR im internationalen Vergleich

Siegfried Wenzel

Die Lage im internationalen Vergleich der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität⁵ wird durch folgendes charakterisiert.

1. Niveaurelationen des produzierten Nationaleinkommens je Berufstätigen des produzierenden Bereichs

Land	1980	1986
DDR	100	100
Bulgarien	81	78
Ungarn	78	66
Polen	65	53
Rumänien	77	77
UdSSR	85	79
CSSR	100	84

Im Vergleich mit den sozialistischen Ländern wird für die DDR die höchste Arbeitsproduktivität ausgewiesen.

Nach den Berechnungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom April 1988 bestehen im Vergleich zu den kapitalistischen Ländern in der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität Rückstände:

BRD	143	139
Frankreich	142	142
Großbritannien	100	105
Italien	103	98
Kanada	143	135
USA	172	157

2. Eine wichtige Ursache dafür ist, daß in der DDR über viele Jahre hinweg je Einwohner weniger investiert wurde als in führenden kapitalistischen Industrieländern.

Das Investitionsvolumen je Einwohner war im Zeitraum 1961 bis 1985 in der DDR insgesamt um rd. ein Drittel niedriger als in der BRD. Die Ausstattung der Berufstätigen mit Grundmitteln betrug 1985 in der DDR 80 % des Standes der BRD.

Das hängt damit zusammen, daß sich die Akkumulationsrate insgesamt von 26,5 % im Zeitraum 1976 bis 1980 auf 21,4 % im Jahre 1987 verringert hat.

Dabei ging die Rate der Akkumulation für produktive Investitionen von 13,4 % 1976 bis 1980 auf 9,6 % 1987 zurück.

Der Anteil der Akkumulation in den nichtproduzierenden Bereichen ist in den 70er Jahren mit einem Anteil von 9,5 % gleichgeblieben und jetzt etwa ebenso groß wie das Volumen der produktiven Akkumulation.

Die Reduzierung des Anteils der Investitionen im produzierenden Bereich einerseits und die Konzentration der verfügbaren Mittel auf ausgewählte große Programme, z. B. zur Ablösung von Heizöl, zur Entwicklung der Veredlungsmetallurgie sowie der Mikroelektronik andererseits, führte zwangsläufig zu Investitionsbegrenzungen in anderen Bereichen, so daß z. B. die einfache Reproduktion in bestimmten

⁵ produziertes Nationaleinkommen
je Berufstätigen des produzierenden Bereiches

Bereichen und Produktionsabschnitten der Industrie und im Bauwesen sowie bei Ausrüstungen für die Landwirtschaft nicht gesichert ist.

3. Das ist auch ein Grund dafür, daß der Mechanisierungsgrad der Arbeit und der Anteil der manuell Tätigen sich in den 80er Jahren nur wenig verändert haben.

1980 betrug der Mechanisierungsgrad in der Industrie gesamt 58,6 %, darunter in den Hilfsprozessen 42,3 %; 1987 59,6 % gesamt und in den Hilfsprozessen 39,1 %. Die Anzahl der manuell Tätigen verringerte sich in den Hauptprozessen von rd. 335.000 Personen auf rd. 290.000 Personen. In den Hilfsprozessen dagegen stieg sie von rd. 324.000 auf 371.000 um 47.000 Personen an.

4. Das Wachstumstempo der Stundenproduktivität

(produziertes Nationaleinkommen

geleistete Arbeitsstunde je Berufstätigen im produzierenden Bereich)

hat sich 1980, vor allem im Jahre 1987, deutlich abgeschwächt. 1971 bis 1980 wurde die Stundenproduktivität um durchschnittlich jährlich 5,1 %, 1981 bis 1985 um 4,1 %, 1986 zu 1985 um 4% und 1987 gegenüber 1986 um 2,9 % gesteigert.

5. Eine wichtige Frage besteht in der unzureichenden Effektivität der für Wissenschaft und Technik aufgewandten Mittel. Deren Wirksamkeit bezogen auf eine Einheit Nationaleinkommen ging wie folgt zurück:

	Ist 1986	Ist 1987	Plan 1988	Vorschlag 1989
Ausgaben für Wissenschaft und Technik (Mrd. M)	10,5	13,0	13,5	14,3
produziertes Nationaleinkommen je Mark Ausgaben für Wissenschaft und Technik (M.)	22,9	19,17	19,2	19,01
Zuwachs Nationaleinkommen je 1 M Ausgaben für Wissenschaft und Technik (M.)	0,94	0,67	0,75	0,76

6. Die internationale sozialistische Arbeitsteilung in Form der Spezialisierung und Kooperation mit der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern entspricht nicht dem Niveau und der Tiefe der Arbeitsteilung zwischen den führenden kapitalistischen Ländern, was hauptsächlich in der bestehenden Unzuverlässigkeit der gegenseitigen Lieferungen der Partner sowie in Störungen, die sich aus Veränderungen der politischen und ökonomischen Lage einiger sozialistischer Länder ergeben haben, seine Ursachen hat.
7. Die Analyse ergibt, daß die Intensität der Arbeit der Werktätigen in bestimmten Berufen in der DDR geringer ist als in den führenden kapitalistischen Ländern. Nach vorliegenden Übersichten der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik für ausgewählte Länder traten mit 256 Stunden je Industriearbeiter 1987 in der DDR die höchsten Ausfälle an Arbeitszeit ein. Für die BRD werden in dieser Statistik 134 Stunden, für Frankreich 142, für die USA 64 und für Japan 35 Stunden Ausfallzeiten je Industriearbeiter ausgewiesen.
8. Ausgehend von den vorliegenden Berechnungen zur Entwicklung der Volkswirtschaft im Zeitraum bis 1995, die eine Entwicklung der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität von 4,1 % durchschnittlich jährlich vorsehen, muß eingeschätzt werden, daß bis 1995 höchste Anstrengungen erforderlich sind, um den Rückstand

in der Arbeitsproduktivität gegenüber den führenden kapitalistischen Ländern nicht weiter anwachsen zu lassen, sondern auf entscheidenden Gebieten schrittweise zu reduzieren.

Anlage 4: Entwicklung der Kosten in der Industrie, im Bauwesen und in der Landwirtschaft

Ernst Höfner

1. Auf der Grundlage der vom X. Parteitag der SED beschlossenen ökonomischen Strategie wurden durch Steigerung der Arbeitsproduktivität, Intensivierung und Erzeugniserneuerung bedeutende Ergebnisse bei der Senkung der Kosten erreicht. Im Zeitraum 1980 bis 1987 war der Anstieg des Nationaleinkommens mit einer Senkung des spezifischen Verbrauchs an volkswirtschaftlich wichtigen Roh- und Werkstoffen in Höhe von durchschnittlich jährlich 4,1 % verbunden. 30 - 40 % des Zuwachses des Nettoprodukts resultieren aus der Senkung des Produktionsverbrauchs.

Die höchsten Kostensenkungen wurden

in der <u>Industrie</u>	mit 2,0 - 2,3 % und
im <u>Bauwesen</u>	mit 2,1 - 3,1 %

im Zeitraum 1982 - 1985 erreicht. (Anhang 1 und 2)

Ab 1986 wurden in der Industrie und im Bauwesen die mit dem Plan gestellten Ziele der Kostensenkung nicht erreicht. Wesentliche Ursachen des Zurückbleibens sind, daß die ökonomische Wirksamkeit von Wissenschaft und Technik nicht ausreichte und durch ungenügende materiell-technische Sicherung der Produktion und andere Faktoren Verluste entstanden.

Damit ist der Beitrag zur Kostensenkung durch die Industrie und das Bauwesen nicht ausreichend, um die im Fünfjahrplan festgelegten Ziele zur Kostensenkung (2,2 bzw. 2,1 %) zu erreichen.

In der Landwirtschaft konnte im Zeitraum 1981 bis 1985 gegenüber dem Zeitraum 1976 - 1980 nur eine geringe Senkung der Kosten erreicht werden. Die Kosten je 100 Mark Warenproduktion entwickelten sich

von 81,59 M	1976 - 1980
auf 81,30 M	1981 - 1985.

Die höchste Kostensenkung von 2,2 % wurde unmittelbar nach der Agrarpreisreform 1984 wirksam. In den Jahren 1986 und 1987 erhöhten sich die Kosten (Anhang 1). Diese Entwicklung macht deutlich, daß auch der Beitrag der Landwirtschaft zur volkswirtschaftlichen Kostensenkung nicht ausreicht.

Entsprechend den gestiegenen volkswirtschaftlichen Aufwendungen für den Import von Rohstoffen und Materialien sowie für die Gewinnung einheimischer Energieträger, Roh- und Werkstoffe wurden im Zeitraum 1976 - 1988 die Industriepreise, Baupreise, Agrarpreise und Verkehrstarife zur richtigen Widerspiegelung dieser Aufwendungen um rd. 255 Mrd. M erhöht.

Insgesamt konnten durch die erreichte Kostensenkung nur ca. 15 - 20 % dieser Aufwandserhöhungen ausgeglichen werden.

2. Die Durchsetzung der umfassenden Intensivierung wird von der immer breiteren Anwendung der Schlüsseltechnologien und wachsenden Erneuerungsraten getragen. Die ökonomische Wirksamkeit von Wissenschaft und Technik reicht noch

nicht aus, um das notwendige Tempo der Kostensenkung zu sichern. Das wird an folgenden Faktoren deutlich:

- a) Die Kostensenkung je 1000 M Aufwand für Wissenschaft und Technik sowie Investitionen entwickelt sich seit 1986 rückläufig (Anhang 3).
- b) Die Untersetzung der Kostensenkung durch wissenschaftlich-technische Maßnahmen ist unzureichend. Kontrollen im April dieses Jahres haben ergeben, daß die für 1988 geplante Kostensenkung nur mit 85 % durch Maßnahmen gesichert war. Nur ein Drittel der untersuchten Kombinate hatte die Kostensenkung vollständig untersetzt.
- c) Neuentwickelte Erzeugnisse haben zum Teil einen schlechteren Kostensatz als die bisher produzierten. Im 1. Halbjahr 1988 wurde z. B. in 30 Kombinen die Neuproduktion mit höheren Kosten als die laufende Produktion hergestellt (Anhang 4). Nur für 6 % der Neuproduktion waren Ziele zur Kostensenkung im Rahmen von Erneuerungspässen und Pflichtenheften gestellt.
- d) Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und die Verbesserung des MasseLeistungs-Verhältnisses haben bei vielen neuen Erzeugnissen noch nicht dazu geführt, daß sie in ihrem Material- und Lohnaufwand ausländischen Konkurrenzern entsprechen. Das drückt sich auch darin aus, daß in den letzten Jahren die Exportrentabilität für das sozialistische Wirtschaftsgebiet stagnierte und sie sich für das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet verschlechterte.

	1986	1987
Sozialistisches Wirtschaftsgebiet	1,039	1,039
Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet (zu vergleichbaren Kursen 1988)	0,993	0,977

3. Gemessen am internationalen Niveau sind die Erzeugniskosten überhöht. Das resultiert insbesondere aus zu hohem Materialeinsatz, der ungünstigen Entwicklung des Verhältnisses von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn sowie hohem Aufwand für Leitung und Verwaltung.

- a) Aus Weltstandsvergleichen über den Verbrauch wichtiger Energieträger, Roh- und Werkstoffe mit führenden kapitalistischen Industrieländern geht hervor, daß bei 6 Positionen der Verbrauch pro Einheit Nationaleinkommen bedeutend über dem der Vergleichsländer liegt.

Der Mehrverbrauch pro Einheit Nationaleinkommen beträgt bei

Primärenergie	22 %
Stahlrohren	33 %
Zement	25 %
Span- und Faserplatten	43 %
Textilen Faserstoffen	18 %
Walzstahlerzeugnissen	5 %

- b) Durch wachsende Produktivität ist der Anteil der Lohnkosten an den Gesamtkosten im Zeitraum 1975 - 1987 gesunken, aber das geplante Verhältnis zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Entwicklung des Durchschnittslohnes ist in den letzten Jahren nicht gesichert worden und hat sich insgesamt in der Industrie verschlechtert.

1985	2,2 : 1
1986	1,4 : 1
1987	0,8 : 1
1988, 1. Halbjahr	1,1 : 1

Mit der Einführung der Produktivlöhne wurde die notwendige Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht überall erreicht, so daß Löhne nicht in Übereinstimmung mit der Leistung gezahlt wurden. Auch wachsende Überstunden infolge Diskontinuität in der Produktion haben das Verhältnis von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn verschlechtert.

- c) Die Ausfallzeiten für unentschuldigtes Fehlen, Warte- und Stillstandszeiten sind in den letzten Jahren angestiegen. Unter Berücksichtigung der Freistellung für gesellschaftliche Arbeit in der Arbeitszeit entstehen jährlich volkswirtschaftliche Verluste von ca. einer halben Milliarde Mark.

Stunden je VbE (Industrie)	Warte- und Still- standszeiten	Unentschul- digtes Fehlen	Gesellschaftliche Arbeit
1984	1,70	4,60	8,30
1987	2,40	5,80	8,40

- d) Der Anteil des Leitungs- und Verwaltungspersonals sank in der Industrie von 17,2 % im Jahr 1983 auf 16,1 % im Jahr 1987 und im Bauwesen von 16,9 % im Jahr 1983 auf 16,3 % im Jahr 1987.

Mit dem Fünfjahrplan 1986 - 1990 ist die Aufgabe gestellt, in der Industrie den Anteil des Leitungs- und Verwaltungspersonals an der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten bis zum Jahr 1990 auf 12 bis 10 % zu reduzieren. Die bisher erreichten Veränderungen sichern diese Zielstellung nicht. Bei den rd. 8.000 CAM-Arbeitsstationen in Leitungs- und Verwaltungsprozessen wurden die Maßstäbe für die Gewinnung von Arbeitskräften für andere Aufgaben nicht erreicht.

- e) Die Kosten für Ausschuß, Nacharbeit und Garantieleistungen sind in den letzten Jahren gesenkt worden

	Mio M
1984	2.130
1985	1.707
1986	1.576
1987	1.470

Die gestellten Ziele in der entschiedenen Senkung dieser Kosten und der breiten Entwicklung der Nullfehlerproduktion konnten nicht gesichert werden.

- f) 1988 gibt es in der Industrie noch 387 Verlustbetriebe. Das sind 14,3 % aller Industriebetriebe. Die Höhe der Verluste beträgt ca. 2,5 Mrd. M.

	Verlustbetriebe: Anzahl	Verluste: Mio M
1986	475	2436
1987	347	2623

4. In den Kosten der Produktion sind Aufwendungen enthalten, die Ausdruck unserer sozialistischen Produktionsverhältnisse sind. Das betrifft in der Industrie insbesondere folgende Ausgaben (1987):

Mrd. M

- Beitrag für gesellschaftliche Fonds (Bei der Einführung des Beitrages für gesellschaftliche Fonds wurden Gewinne in dieser Höhe reduziert.) 23,9
- Kultur- und Sozialfonds 3,3
- Aufwendungen für betriebliche Arbeiterversorgung, die nicht aus dem Kultur- und Sozialfonds finanziert werden 2,3
- Löhne auf Grund gesellschaftlicher Tätigkeit, Teilnahme an Lehrgängen und Qualifizierungsmaßnahmen, Hausarbeitstage, u. ä. 2,4

Insgesamt betragen diese Aufwendungen für soziale Leistungen ca. 32 Mrd. M.
Das sind 8,5 % der Gesamtselbstkosten.

Anhang 1: Entwicklung der Kostensenkung in der Industrie, im Bauwesen und in der Landwirtschaft

	Industrie in %	Bauwesen in %	Landwirtschaft in %
1980	1,4	1,5	0,8
1981	1,5	1,7	+ 0,6
1982	2,0	2,1	+ 1,0
1983	1,9	3,1	0,7
1984	2,3	2,4	2,2
1985	2,2	2,9	0,1
1986	1,7	1,7	+ 0,7
1987	0,8	0,6	+ 1,4

Anhang 2: Entwicklung der Kostensenkung nach Ministerien

Ministerium	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
Kohle und Energie	0,2	1,5	1,3	1,6	1,8	1,9	2,5	+ 0,7
Erzbergbau, Metallurgie und Kali	0,6	1,2	2,6	2,3	2,2	2,3	2,0	2,1
Chemische Industrie	1,7	0,9	2,5	2,3	2,5	1,7	0,3	-
Elektrotechnik / Elektronik	2,7	2,7	2,6	2,6	3,5	4,3	3,6	3,7
Schwermaschinen- und Anlagenbau	1,4	2,0	2,4	1,2	2,6	2,6	2,3	0,5
Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau	2,4	2,4	2,6	0,9	2,2	1,9	3,2	1,9
Allg. Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau	0,9	1,3	1,2	0,3	2,5	2,3	1,8	+ 0,1
Leichtindustrie	2,0	1,8	2,0	2,2	2,1	1,4	0,7	0,1
Glas- und Keramikindustrie	2,5	0,9	1,2	1,3	2,7	2,3	1,7	0,5
Geologie	+ 0,4	4,6	1,5	1,8	4,2	2,5	3,0	2,0
Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie	-	-	-	-	1,5	1,6	1,4	0,5
Industrie gesamt	1,4	1,5	2,0	1,9	2,3	2,2	1,7	0,8

Anhang 3: Entwicklung der Kostensenkung der Industrie je 1000 Mark Aufwand für Wissenschaft und Technik

Jahr	Kostensenkung	
	je 100 M	je 1000 M Wissenschaft und Technik und
	Wissenschaft und Technik	Investitionen
	- M -	-M -
1980	615,18	111,70
1981	628,30	112,66
1982	851,28	150,15
1983	832,59	141,67
1984	1.150,86	221,56
1985	1.139,11	221,75
1986	749,26	154,90
1987	325,54	60,03

Anhang 4: Ausgewählte Kombinate mit höheren Kosten der Neuproduktion

- in Mark -

	Kosten je 100 M Warenproduktion	
	Neuproduktion im	Gesamtproduktion im
	1. Halbjahr 1988	Jahre 1987
Bandstahlkombinat	92,57	83,84
Edelstahlkombinat	94,02	91,46
Rohrkombinat	84,32	83,09
Mansfeldkombinat	93,81	89,58
Chemiefaserkombinat	90,64	87,22
Lacke und Farben	95,54	94,65
Fotochemisches Kombinat	98,54	90,19
Synthesewerk	89,55	85,43
LEW "Hans Beimler"	88,34	87,48
Rundfunk und Fernsehen	93,10	92,45
Schwermaschinenbaukombinat		
"Karl Liebknecht"	93,33	92,16
Armaturenwerk	92,36	91,51
Kunstleder	93,46	93,15
Lederwaren	95,59	95,21
Textilkombinat	100,42	100,11
Oberbekleidung Lößnitz	92,18	89,44
Zweiradfahrzeuge	95,33	94,63
Medizin- und Labortechnik	88,17	87,54
Nahrungsmittel	96,91	95,97
HOBEMA	89,88	85,19
Möbelkombinat Berlin	100,94	99,64
Möbelkombinat Zeulenroda	94,83	94,23

Anlage 5: Übersicht zum Inlandsaufwand und Valutaerlös für bedeutende Erzeugnisproduktionen beim NSW-Export 1988

Gerhard Beil / Peter Grabley

In der Übersicht (siehe Anhang zur Anlage 5 der GVS b 5 - 1374/88 - Übersicht zum Inlandsaufwand und Valutaerlös für bedeutende Erzeugnispositionen beim NSW-Export 1988) wird der durchschnittliche Aufwand zu Inlandspreisen für die Erwirtschaftung einer Valutamark

- bei dem Gesamtexport der Bereiche
- bei dem Gesamtexport der Kombinate und
- bei dem Export von Erzeugnissen der Kombinate

ausgewiesen.

Grundlage sind die gemäß Außenhandelsberichterstattung per 30.9.1988 für das Jahr 1988 abgeschlossene Exportverträge.

Damit liegen dem Material die tatsächlich vereinbarten Auslandspreise und die von Kombinate und Exportbetrieben berechneten Inlandspreise zugrunde.

Ausgewiesen werden alle Erzeugnisse mit einer Vertragsbindung von mindestens 500 TVM.

Die Übersicht zeigt große Unterschiede zwischen den Inlandspreisen für die Erwirtschaftung einer Valutamark bei dem Export der Erzeugnisse der Kombinate im Rahmen ihres Gesamtsortimentes.

Es ergeben sich folgende Aufgaben:

1. Die gemeinsame Arbeit der zentralen Staatsorgane, Kombinate und AHB zur Veränderung der Mikrostruktur des Exports der Kombinate ist fortzusetzen.
Ziel ist, den Anteil der Erzeugnisse, bei denen der Aufwand für die Erwirtschaftung einer Valutamark unter dem Durchschnitt liegt, an dem Gesamtexport der Kombinate zu erhöhen.
2. Bei Erzeugnissen, bei denen der Export einen über dem Durchschnitt liegenden Aufwand zu Inlandspreisen erfordert, sind auf der Grundlage von Vergleichen mit Konkurrenzprodukten sowie mit rentablen Erzeugnissen des Kombinates die Ursachen zu analysieren und Maßnahmen zur Erhöhung der Exportrentabilität dieser Erzeugnisse durchzusetzen.

Inlandsaufwand in Mark für eine Valutamark bei dem Export der Bereiche

Ministerium für	Ø	höchster Aufwand	niedrigster Aufwand
Kohle und Energie	2,50	7,90	0,72
Erzbergbau, Metallurgie und Kali	4,26	13,50	1,12
Chemische Industrie	4,62	14,26	1,50
Elektrotechnik / Elektronik	4,24	17,60	0,71
Schwermaschinen- und Anlagenbau	3,47	9,85	0,65
Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau	3,15	6,70	0,60
Allg. Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau	3,22	8,08	0,90
Leichtindustrie	3,77	9,20	0,99
Glas- und Keramikindustrie	3,17	5,81	0,71
Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie	4,18	17,12	1,16
Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft	7,41	15,69	2,22
Forstwirtschaft	3,06	4,46	1,29
Bauwesen (ohne Bauämter)	2,74	6,53	0,65

Anlage 6: Einschätzung der Widerspiegelung des realen volkswirtschaftlichen Aufwandes durch die Industrie- und Agrarpreise

Walter Halbritter

1. Hauptfaktoren, die den volkswirtschaftlichen Aufwand der Produktion bestimmen

Entsprechend den vom Politbüro des Zentralkomitees der SED und vom Ministerrat der DDR gefaßten Beschlüssen wurden im Zeitraum von 1976 - 1988 planmäßig Industrie- und Agrarpreiserhöhungen von rd. 254,7 Mrd. M durchgeführt.

Diese Maßnahmen waren darauf gerichtet, in den Industrie- und Baupreisen, in den Verkehrstarifen sowie in den Agrarpreisen den realen volkswirtschaftlichen Aufwand genau zu erfassen und dort auszuweisen, wo er entsteht und am wirksamsten beeinflußt werden kann.

Die Ursachen der notwendigen Preiserhöhungen waren:

- Erhöhte Kosten des Produktionsverbrauchs 246,5 Mrd. M
 - Davon entfielen auf
 - Steigende Preise auf den Hauptwarenmärkten für Energieträger, Roh- und Werkstoffe, die zu erhöhten Aufwendungen beim Import führten 51,0 Mrd. M
 - Steigende Aufwendungen für die Gewinnung einheimischer Energieträger, Roh- und Werkstoffe 116,9 Mrd. M
 - Auswirkungen verteuerter Rohstoffe und Materialien auf die Materialkosten der Folgestufen 78,6 Mrd. M

- Erhöhung der Abschreibungen infolge der Inbetriebnahme neuer Produktionsanlagen sowie der beschlossenen Umbewertung der Grundmittel	14,8 Mrd. M
- Erhöhung der Lohnkosten in Verbindung mit der Einführung von Produktivlöhnen, die nicht vollständig durch Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität wiedererwirtschaftet wurden	7,6 Mrd. M
- Erhöhung des kalkulierten Gewinns in Übereinstimmung mit der Entwicklung der produktiven Fonds	<u>19,6 Mrd. M</u>
Insgesamt wirkte auf das Preisniveau eine Aufwandserhöhung von	288,5 Mrd. M
rd.	
Davon konnten im Ergebnis steigender Arbeitsproduktivität wiedererwirtschaftet werden	<u>33,8 Mrd. M</u>
	254,7 Mrd. M

Deshalb war es notwendig, entsprechend den Beschlüssen der Partei- und Staatsführung den Hauptteil der für die Volkswirtschaft der DDR eingetretenen Aufwandsbelastung als Preiserhöhung wirksam zu machen.

Mit den auf dem Gebiet der Industrie- und Agrarpreise durchgeführten Maßnahmen wurde die Aufgabe erfüllt, den volkswirtschaftlichen Aufwand der DDR real widerzuspiegeln. Gleichzeitig wurden die neuen Industriepreise so festgelegt, daß sie die wirtschaftspolitischen Zielstellungen zur umfassenden Intensivierung, insbesondere zur Senkung des Produktionsverbrauchs wirksam unterstützen. Das betrifft z. B. die Orientierung auf den verstärkten Einsatz einheimischer Energieträger und Rohstoffe, die Stimulierung der Produktion und Verwendung veredelter Erzeugnisse in optimaler Qualität und materialsparenden Abmessungen sowie die Verlagerung des Transports von der Straße auf die energieökonomisch günstigere Eisenbahn und soweit möglich auf die Binnenschifffahrt.

In Durchführung der Volkswirtschaftspläne hat sich gezeigt, daß der nationale Aufwand und die Preise in der DDR schneller gestiegen sind als die Weltmarktpreise. Das hat zur Folge, daß die dem nationalen Aufwand entsprechenden Preise beim Export nicht in voller Höhe realisiert werden können.

2. Realisierung des den Preisen zugrunde gelegten Aufwandes im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß

In den Industrie- und Agrarpreisen der Produzenten wird planmäßig ein gesellschaftliches Reineinkommen von insgesamt

148,6 Mrd. M*

berücksichtigt.

• Von diesem gesellschaftlichen Reineinkommen verbleiben	22,1 Mrd. M	(14,8 %)
zur Sicherung der Reproduktion bei den Produzenten.		
• Die Einnahmen des Staatshaushaltes aus dem gesellschaftlichen Reineinkommen betragen	126,5 Mrd. M	(85,2 %)
Sie setzen sich wie folgt zusammen:		
Produktionsfondsabgabe	29,7 Mrd. M	
Nettogewinnabführung	41,0 Mrd. M	
Produktionsabgabe (Produktionsmittel)	20,7 Mrd. M	

* Zahlenangaben lt. Plan 1988

Produktionsabgabe (Konsumgüter)	23,0 Mrd. M
Überdeckung des Importaufwandes durch die	
Importabgabepreise	6,6 Mrd. M
Abgabe der Landwirtschaft	5,5 Mrd. M
• Darüber hinaus erhält der Staatshaushalt durch die	
Kalkulation des Beitrages für gesellschaftliche	
Fonds in den Kosten Einnahmen in Höhe von	35,8 Mrd. M

Beim Verkauf der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird ein wesentlicher Teil des in den Industrie- und Agrarpreisen enthaltenen volkswirtschaftlichen Aufwandes durch die von den Abnehmern zu zahlenden Preise nicht realisiert. Er beträgt insgesamt 76,8 Mrd. M.

Dieser nicht realisierbare Aufwand muß für das Funktionieren der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Kombinat und Betrieben durch Zuführungen aus dem Staatshaushalt ausgeglichen werden. Im einzelnen entfallen auf:

- Preisstützungen für den Produktionsverbrauch und für Investitionen 15,5 Mrd. M
- Preisstützungen für Konsumgüter 44,0 Mrd. M
- Stützungen für im Export nicht realisierten nationalen Aufwand 17,3 Mrd. M.

Mit diesen Stützungen wird gesellschaftliches Reineinkommen als Zuführung aus dem Staatshaushalt zum Ausgleich von nicht realisiertem volkswirtschaftlichen Aufwand verwendet. Aus diesen Stützungen werden von den Kombinat und Betrieben Abgaben an den Staatshaushalt abgeführt, die wiederum als gesellschaftliches Reineinkommen ausgewiesen werden.

Damit ist ein Teil des ausgewiesenen gesellschaftlichen Reineinkommens nicht das Ergebnis erwirtschafteter Effektivität, sondern das Resultat finanzieller Umverteilungsprozesse. Dieser Teil des ausgewiesenen gesellschaftlichen Reineinkommens ist nicht Ausdruck eines real verteilbaren Mehrproduktes für die Gesellschaft.

Die Umverteilungsprozesse werden zusätzlich dadurch beeinflußt, daß infolge von Planänderungen Staatseinnahmen wegen nicht erreichtem Leistungswachstum wegfallen, aber gleichzeitig die Ausgaben des Staatshaushaltes für Preisstützungen zum Ausgleich nicht realisierter volkswirtschaftlicher Aufwendungen gezahlt werden müssen.

Die Zunahme der Umverteilungsprozesse spiegelt sich auch in der Entwicklung des Verhältnisses Kosten : Reineinkommen in den Industrie- und Agrarpreisen wider, das sich in Durchführung der Volkswirtschaftspläne ergeben hat.

	Verhältnis Kosten : Reineinkommen	
	1975	1980
<u>Industriepreise</u>		
Industrieministerien gesamt	85,7 : 14,3	82,9 : 17,1
darunter:		
Grundstoffindustrie	84,4 : 15,6	82,8 : 17,2
verarbeitende Industrie	86,7 : 13,3	82,9 : 17,1
ausgewählte Industrieministerien		
Kohle und Energie	84 : 16	77 : 23
Erzbergbau, Metallurgie und Kali	86 : 14	83 : 17
Elektrotechnik / Elektro-nik	85 : 15	79 : 21
Leichtindustrie	87 : 13	87 : 13
Glas- und Keramikindustrie	82 : 18	79 : 21
<u>Agrarpreise</u>	89 : 11	82 : 18

3. Vorschläge, um den Wertausdruck der Produktion zu verringern

Ausgehend von den Haupttendenzen der Aufwandsentwicklung in den Jahren 1986 - 1990 sowie der geplanten Erhöhung der Effektivität der Produktion sind in der vom Politbüro des Zentralkomitees der SED vom 25. November 1986 beschlossenen Grundrichtung der Entwicklung der Industriepreise im Zeitraum bis 1990 Industriepreissenkungen vorgesehen.

Die beschlossene Senkung der Industriepreise für Energieträger, Roh- und Werkstoffe in Höhe von
14,5 Mrd. M
wurde durchgeführt.

Die vom Amt für Preise auf der Grundlage des Fünfjahrplanes eingeschätzte Senkung der Industriepreise in der verarbeitenden Industrie von rd. 20 Mrd. M wird nicht erreicht. Die Ursache dafür besteht im wesentlichen darin, daß die für den Zeitraum 1986 - 1990 geplante Selbstkostensenkung in der Industrie und im Bauwesen nicht erwirtschaftet wird. Dadurch wird durch die planmäßigen Industriepreisänderungen kein großer Einfluß auf die Verbesserung der Verhältnisse der Mark der DDR zu anderen Währungen erreicht.

Deshalb werden die folgenden weitergehenden Vorschläge unterbreitet.

Die Hauptlinie dieser Vorschläge ist,

- den wertmäßigen Ausdruck der Produktion durch die Preisbildung so zu senken, daß die finanziellen Umverteilungsprozesse in Übereinstimmung mit gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen und dem Prinzip der Eigenerwirtschaftung auf den volkswirtschaftlich notwendigen Umfang reduziert werden mit dem Ziel, das Verhältnis der Mark der DDR zu anderen Währungen zu verbessern.
- dem Gewinn in der Planung, wirtschaftlichen Rechnungsführung und der ökonomischen Leistungsbewertung einen bedeutend höheren Stellenwert einzuräumen, indem die Realisierung von Gewinn stärker an die Erwirtschaftung real verteilter Ressourcen gebunden wird.

3.1 Vorschlag:

Die Berücksichtigung der Produktionsfondsabgabe in der Preisbildung ist wie folgt zu verändern:

- Vollständiger Abbau der PFA in den Zweigen der Grundstoffindustrie, im Verkehrswesen und im Bauwesen
- Reduzierung der PFA in der verarbeitenden Industrie auf 50 %

Das führt zu einer Verringerung der Staatseinnahmen und einer Senkung des Preisniveaus um 21,4 Mrd. M

Begründung:

Die gegenwärtige Praxis der Berücksichtigung der Produktionsfondsabgabe in allen Industriepreisen führt zu einer Erhöhung des Industriepreisniveaus, wenn sich das Verhältnis zwischen eingesetzten produktiven Fonds und Produktionsentwicklung nicht wie geplant verbessert. Das ist insbesondere in den Bereichen der Grundstoffindustrie mit folgenden Wirkungen verbunden:

- In den Bereichen Grundstoffindustrie konzentriert sich der überwiegende Anteil der Einnahmen des Staatshaushaltes aus der Industrie, darunter ca. 50 % der Produktionsfondsabgabe.

In den Grundstoffpreisen sollte nur soviel Reineinkommen realisiert werden, daß damit die Bildung der eigenzuerwirtschaftenden Fonds gewährleistet ist.

- Das gegenwärtig hohe gesellschaftliche Reineinkommen in den Grundstoffpreisen belastet die Kosten aller Folgestufen bis hin zum Finalerzeugnis und kann durch die Preise der Finalerzeugnisse weder im Inland, noch im Export realisiert werden.
- Das hohe gesellschaftliche Reineinkommen in den Preisen der Grundstoffindustrie ist wesentlich bedingt durch die in den letzten Jahren notwendigen großen Investitionen und die damit verbundene Entwicklung der Produktionsfondsabgabe. Volkswirtschaftlich entscheidende Strukturerefordernisse im Bereich der Grundstoffindustrie sollten über die zentrale staatliche Planung, Bilanzierung und Finanzierung durchgesetzt werden, weil sie die eigene Leistungskraft dieser Bereiche übersteigen.

3.2 Vorschlag:

Zur Förderung der volkswirtschaftlichen Strukturentwicklung sind die normativen Gewinnraten neu zu bestimmen.

Das führt zu einer Verringerung der Staatseinnahmen und einer Senkung des Preisniveaus um 6,0 Mrd. M.

Begründung:

Mit Industriepreisen, in denen ein den volkswirtschaftlichen Effektivitätsanforderungen entsprechender Gewinn berücksichtigt ist, werden für die Kombinate und Betriebe härtere volkswirtschaftliche Maßstäbe gesetzt und Bedingungen zur Sicherung der Eigenerwirtschaftung der Mittel für die intensiv erweiterte Reproduktion geschaffen.

Mit den normativen Gewinnraten müssen die Betriebe rentabel arbeiten, deren Effektivität im Rahmen der gesellschaftlichen Norm liegt. Überall dort, wo gesellschaftlich nicht notwendige Aufwendungen auftreten, dürfen die Betriebe mit den Industriepreisen nicht den erforderlichen Gewinn realisieren, der für die Speisung ihrer Fonds und die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft notwendig ist.

Durch die Reduzierung überhöhter Gewinnraten sind unrationelle Umverteilungsprozesse im Bereich der Wirtschaft durch den Staatshaushalt zu beseitigen.

Die der unterschiedlichen Effektivität geschuldete notwendige Umverteilung finanzieller Mittel sollte auf einem niedrigen Niveau des Anteils der Nettogewinnabführung am Normativgewinn auf Ebene der Kombinate erfolgen.

3.3 Vorschlag:

Abbau überhöhter Gewinne aus Importen für Produktionsmittel.

Das führt zu einer Verringerung der Staatseinnahmen und einer Senkung des Preisniveaus um 9,3 Mrd. M.

Begründung:

a) Entsprechend den gefaßten Beschlüssen wurden die Importabgabepreise grundsätzlich in Höhe des Importaufwandes festgelegt. Diese Linie wird konsequent fortgeführt. Es werden alle Anstrengungen unternommen, den aktuellen Importaufwand in den Kosten der Abnehmer wirken zu lassen.

Innerhalb des Imports gibt es aber einige Positionen, wo die Importabgabepreise den aktuellen Importaufwand wesentlich übersteigen. Das wirkt sich in überhöhten Kosten der Folgestufen bis zu Finalerzeugnissen aus, die beim Export nicht realisiert werden können. Das betrifft z. B. den Abbau des Importgewinns für Erdöl.

b) Auf Grund des weiteren Preisverfalls für Erdöl und Erdölprodukte auf den Hauptwarenmärkten ist der Industriepreis für DK, VK und Heizöl zu hoch festgelegt. Er beinhaltet hohe Staatseinnahmen, die die Kosten der verarbeitenden Industrie belasten.

4. Auswirkungen der Vorschläge auf den Staatshaushalt und Konsequenzen für die wirtschaftliche Rechnungsführung

Die unter Punkt 3 unterbreiteten Vorschläge zur Reduzierung des in den Industriepreisen ausgewiesenen gesellschaftlichen Reineinkommens führen insgesamt zu Verringerungen der Einnahmen des Staatshaushaltes und zu einer Senkung des Industriepreisniveaus um 36,7 Mrd. M.

Das Gesamtvolumen setzt sich wie folgt zusammen:

Ministerium	Wegfall Produktionsfondsabgabe	Senkung der Gewinnraten	Abbau überhöhter Gewinne aus Import
Kohle und Energie	2,6	2,5	-
Erzbergbau, Metallurgie und Kali	3,2	1,5	-
Chemische Industrie	3,3	0,5	8,7
Elektrotechnik / Elektronik	1,5	0,6	-
Schwermaschinen- und Anlagenbau	0,9	0,2	-
Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau	0,6	0,1	-
Leichtindustrie	1,0	-	-
Allg. Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau	1,3	0,3	-
Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie (Z.u.Ö.)	0,9	0,2	0,6

Glas- und Keramikindustrie	0,6	0,1	-
Geologie	0,1	-	-
Bauwesen (Z.u.Ö.)	2,3	-	-
Verkehrswesen	2,6	-	-
Land-, Forst- u. Nahrungsgüter- wirtschaft	0,5	-	-
Gesamt	21,4	6,0	9,3

Eine Senkung der Industriepreise und damit der Einnahmen des Staatshaushaltes in den o. g. Größenordnungen führt gleichzeitig zu einer Senkung der Ausgaben des Staatshaushaltes für Preisstützungen für Produktionsmittel und Konsumgüter sowie Exportstützungen. Die Ausgeglichenheit des Staatshaushaltes ist in einer Modellrechnung nachzuweisen.

Die Vorschläge sind mit folgenden Konsequenzen für die wirtschaftliche Rechnungsführung verbunden:

- Der niedrigere Ausweis des gesellschaftlichen Reineinkommens in den Preisen schränkt die finanziellen Umverteilungsprozesse auf ein notwendiges Maß ein. Die Eigenerwirtschaftung der Mittel durch die Kombinate für die intensiv erweiterte Reproduktion wird gewährleistet. Die Rolle der Kennziffer Gewinn als zusammengefaßter Ausdruck der gesellschaftlichen Effektivität wird durch härtere Maßstäbe an die Eigenerwirtschaftung gestärkt.
- Die Senkung des Preisniveaus führt zu einem niedrigeren Ausweis der wertmäßigen Kennziffern in Leitung, Planung und wirtschaftlicher Rechnungsführung.

Wenn alle Vorschläge zur Reduzierung des Wertausdruckes der Produktion durchgeführt werden, ergibt sich eine neue Bewertung des Inlandsaufwandes für den Export.

Das ermöglicht eine Senkung des Richtungskoeffizienten von bisher 340 % auf rd. 295 %.

Die Durchführung der notwendigen planmäßigen Industriepreisänderungen von der Grundstoffindustrie über die verarbeitende Industrie bis zur Finalstufe ist erst im Zeitraum 1992/1993 möglich.

Quelle: BAP DE-1/56756.

Supplement 3:

Zum Ausweis des physischen Volumens des Außenhandels im Statistischen Jahrbuch (Quelle: BAP L-2/6054)

SZS

Abt. 3.5

Genossen

Kukla, 4.11

van Prauen

f.v.

20.1.1976

U 72

Zu Deiner persönlichen Information übergebe ich einige Notizen zu den Problemen

- langfristige Notizen zu den RGW-Handel
- Anwendung der Preisindizes der Außenhandelspreisstatistik für die Ermittlung des physischen Volumens.

Diese Probleme betreffen wesentliche Teile der Darstellung des Außenhandels im Statistischen Jahrbuch und vor allem in Direktivbericht.

Dr. Kukla
amt. Abteilungsleiter

SZS

Abt. 3.5

Berlin, den 12.1.1976

Zum Ausweis des physischen Volumens des Außenhandels im Statistischen Jahrbuch

Mit dem Jahrbuch 1975 wurde erstmals eine Struktur des Außenhandelsumsatzes nach Ländergruppen zu vergleichbaren Preisen (Basis 1970) veröffentlicht (S.261). Das politische Motiv war der Umstand, daß der Anteil der RGW-Länder am Außenhandelsumsatz der DDR u.a. infolge der starken Preisbewegung auf den kapitalistischen Märkten zurückging. Er betrug 1974 61,0 % (lt. Zahlen auf Seite 262).

Infolge von Mängeln der hierzu herangezogenen Preisstatistik ist der RGW-Anteil mit 68,8 % zu hoch ausgewiesen. Er dürfte etwa bei 66,3 % liegen (genaue Berechnungen werden z. Zt. durchgeführt). Das führte z.B. zu Unsicherheiten in Aussagen für Presseberichte. Die Ursache liegt darin begründet, daß für die Arbeit mit der Preisstatistik Mängel in der theoretischen Beherrschung der Wechselbeziehungen zwischen Außenhandelspreisen und Umrechnungsverhältnissen der Währungen bestanden und z.T. noch bestehen. Diese Beziehungen werden in der DDR noch zusätzlich kompliziert durch die Tatsache, daß wir - bei einheitlicher Bezeichnung Valutamark - verschiedene Währungen in Planung und Statistik verwenden. Wir unterscheiden sie im internen Sprachgebrauch als VM-pl und VM-st. Diese beiden Währungen

reagieren auch nicht in gleichem Maße auf Veränderungen der Umrechnungsverhältnisse. (Das ist nicht etwa ein Versäumnis einer zuständigen Stelle, sondern in unterschiedlichen „Leitwährungen“ begründet.)

Das Problem besteht in dem Preisindex des Jahres 1972 zu 1971. Bis 1971 galt ein Verhältnis von $1 \$ = 4,20 \text{ VM-pl} = 4,20 \text{ VM-st}$. Als Anfang 1972 der Dollar abgewertet wurde, wurden auch die Umrechnungsverhältnisse in der DDR verändert. Dabei wurden die durch Aufwertungen der DM in den letzten Jahren ökonomisch notwendigen (wegen der Prämisse $1 \text{ DM} = 1 \text{ VM}$) Veränderungen nachvollzogen. (Bei rechtzeitiger Anpassung der internen Umrechnungsverhältnisse hätte 1971 $1 \$ = 3,66 \text{ VM-pl}$ gelten müssen.) 1972 galt dann $1 \$ = 3,20 \text{ VM-pl} = 3,87 \text{ VM-st}$.

Bei den Vorbereitungen für die Ermittlung des Preisindizes war den Beteiligten klar, daß die Ein- und Ausfuhrpreise der DDR ausgedrückt in Dollar unmöglich der Relation $4,20 : 3,20$ folgen können. Der damalige Erkenntnisstand verbunden mit dem Umstand, daß mit solchen Kursänderungen führender kapitalistischer Währungen keine Erfahrungen vorlagen, führte dazu, daß nicht erkannt wurde, daß die \$-Preise sich wie $3,66 : 3,20$ bewegen müßten. Das wurde auch vom Plan her nicht berücksichtigt. Der Plan wurde umbewertet von $4,20$ auf $3,20 \text{ VM-pl je \$}$, ohne Preiserhöhungen, die bei einer Abwertung auftreten, zu berücksichtigen. (Das führte übrigens dazu, daß vom Plan her kein ökonomischer Zwang auf das Durchsetzen von Preiserhöhungen ausgeübt wurde und deshalb auch kaum welche realisiert wurden.)

Bei der Ermittlung des Preisindizes hatten sich die Abteilungen 4.3 und 3.5 geeinigt, das gleiche Verfahren anzuwenden, das für die Planumbewertung galt. Damit wurde unser Preisindex ein Dollar-Preisindex. Jede durch die Abwertung des Dollars notwendige (eigentlich selbstverständliche) Preiserhöhung wirkte auf einen Preisindex über 100. Da wir aber einen VM-Preisindex erarbeiten und benötigen, die VM aber im Verhältnis zum Dollar aufgewertet wurde, durfte auf den VM-Preisindex nur eine Preiserhöhung steigend wirken, wenn sie höher ist als der Abwertungssatz des Dollars.

Die praktische Folge war, daß der Preisindex für Berechnungen zu VM „aufgebläht“ war. Ein überhöhter Preisindex führt aber bei der Ermittlung des physischen Volumens zu einem zu geringen physischen Volumen. Das ist die Ursache, weshalb ab 1972 der Anteil der nichtsozialistischen Länder zu niedrig, und damit der der sozialistischen Länder und damit auch der RGW-Länder zu hoch ausgewiesen wird. Nach überschlägigen Berechnungen beträgt die Differenz etwa 2,5 Punkte.

Da mit der Methode der Indexverkettung gearbeitet wird, wirkt der Fehler eines Jahres auch auf die folgenden Jahre. Bei der starken Preisbewegung wird der Fehler von Jahr zu Jahr deutlich größer. Die Abt. 3.5 hat für ihre Arbeiten zu VM-pl die Preisindizes so korrigiert, wie es den Umrechnungsverhältnissen dieser Währung zum Dollar entspricht. Dabei mußte eine Ungenauigkeit in Kauf genommen werden. Es wurde unterstellt, daß sich alle kapitalistischen Währungen in ihrer Relation zur DM so verhalten haben wie der Dollar. Tatsächlich haben sich einige Währungen anders verhalten. Sie haben aber am Handel der DDR auch nur einen unbedeutenden Anteil. Danach ist der Exportpreisindex 1972 : 1971 um 7,8 Punkte zu hoch. Durch die Preisbewegung der folgenden Jahre wird dieser Fehler wie folgt vergrößert:

1972	1973	1974
7,8	1,066	1,245 = 10,35

In der Preisstatistik (VVS B6-293(75)) wird für 1974 ein Exportpreisindex von 137,3 ausgewiesen. Er dürfte nur 127,0 betragen. Die Korrektur dieses Fehlers mit der Herausgabe des Statistischen Jahrbuches 1976, bezogen nur auf die Angaben für 1975, würde einen ungerechtfertigten Bruch in der Entwicklung der Anteile ergeben. Es wird daher vorgeschlagen, die Differenz auf die Jahre 1974 und 1975 zu verteilen. Das heißt, mit dem Jahrgang 1976 wird die letzte Angabe des Jahrganges 1975 korrigiert, was in der Praxis der Herausgabe Statistischer Jahrbücher durchaus nicht unüblich ist.

gez. s.o.

Beispiele für die Bewertung des NSW-Exports 1971-1972

Nr	Gegenstand	1971	1972	Index
1	Ausgangswerte. Der gleiche Gegenstand wird in beiden Jahren exportiert, die Preiserhöhung bleibt unter dem Abwertungssatz des Dollars.	100,- \$	102,- \$	102
		400,- M	400,- M	100
2	Widerspiegelung in Dokumenten der Planabrechnung des jeweiligen Jahres	420,- VM	326,40 VM	78
3	Darstellung im statistischen Jahrbuch	420,- VM	394,70 VM	94
4	Darstellung zu vergleichbarer Planwährung für Umsatz- und Preisstatistik	366,- VM	326,40 VM	89
5	Darstellung in der Preisstatistik	320,- VM	326,40 VM	102
6	Neue Ausgangswerte: Die Preiserhöhung entspricht dem Satz, der sich aus den Veränderungen der Relation DM : \$ ergibt	100,- \$	115,-	115
7	Widerspiegelung in Dokumenten der Planabrechnung des jeweiligen Jahres	420,- VM	368,- VM	88
8	Darstellung im Statistischen Jahrbuch	420,- VM	445,- VM	106
9	Darstellung zu vergleichbarer Planwährung für Umsatz- und Preisstatistik	366,- VM	368,- VM	100
10	Darstellung in der Preisstatistik	320,- VM	368,- M	115

Beispiele für die Berechnung des physischen Volumens

Nr.	Gegenstand	1971	1972	Index	Phys. Volumen	
					1972	Index
11	Entwicklung des physischen Volumens Basis ZAP	400,- M	400,- M	-	-	100
12	Umrechnung der Dokumente über Planabrechnung (Beispiel 2 mit 5)	420,- VM	326,40 VM	102	320,-	76
13	Umrechnung des Jahrbuchwertes mit off. Preisstatistik (Beispiel 3 mit 5)	420,- VM	394,70 VM	102	387	92

14	Umrechnung der vergleichbaren Planwährung				Preis- index 1972	korr. Preis- index
14.1	Umrechnung des off. Preisindex um Kursänderung	3,66	3,20	1,14	102	89
14.2	Berechnung des physischen Volumens (Beispiel 4 mit 14.1)	366,-	326,40	89	366	100
15	Umrechnung der Dollarwerte mit off. Preisindex (Beispiel 1 mit 5)	100,- \$	102,- \$	102	100,- \$	100

Erläuterungen zu den Berechnungsbeispielen

I. Zum Index der Exportentwicklung

Beispiel 1

Der Index 102 entspricht der Bewertung unseres Exports zu Dollar. Das ist bei der Meldung an die UNO der Fall. In der UNO-Statistik würde - bewertet zu laufenden Preisen in Dollar - zurecht der Index 102 stehen.

Beispiel 2, wie auch 7 und 12

Die Vergleiche der Jahre 1972 und 1971 zu ihren jeweils geltenden absoluten Zahlen ergeben keinen Sinn.

Beispiel 3

Bis 1971 galt 4,20 VM-st gleich 1 Dollar. Ab 1972 galt 3,87 VM-st. Diese Relation wurde entsprechend der Dollarabwertung von 8,9 % festgelegt (exakt wurde der Goldpreis am 18.12.1971 um 8,57 % erhöht). An ähnlichem Umfang wurde zu gleicher Zeit die Parität Dollar : Rubel geändert. Da bei der VM-st der Rubel als Leitwährung gilt, mußte die Umbewertung entsprechend dem Rubel erfolgen. Preiserhöhungen in Dollar, die aus der Aufwertung der DM entstehen, wirken hier als Umsatzerhöhung. Aufwertungen der DM wurden in der Parität der VM-st nicht berücksichtigt. Das ist der bekannten Prämisse 1 : 1 geschuldet. Im Verhältnis zur DM bzw. VE werden Dollarumsätze zu hoch bewertet.

Beispiel 4 (Geltende Praxis für die Direktiveberichte 1974 und 1975)

Für das Planungsgeschehen wurde 1972 der Dollar von 4,20 VM-pl auf 3,20 VM-pl korrigiert. Damit wurden die wiederholten DM-Aufwertungen von 4,20 bis 3,66 (zuletzt Oktober 1969 von 4,00 auf 3,66) nachvollzogen und die Dollarabwertung bei gleichzeitiger DM-Aufwertung von 3,66 auf 3,20 berücksichtigt. Damit stimmte wieder die Relation 3,20 DM = 3,20 VM-pl = 1 Dollar. Die DM konnte wieder voll als Leitwährung für die VM-pl fungieren.

Wenn diese ökonomisch begründeten Relationen immer zeitgerecht mitgemacht worden wären, hätten die Relation VM-pl : Dollar seit Planjahr 1970 3,66 : 1 betragen haben müssen.

Bei der Beurteilung der Preisbewegung des Jahres 1972 zu 1971 ist davon auszugehen, daß die Preise nur durch die Dollarabwertung und die DM-Aufwertung des Jahres 1971 (also von 3,66 auf 3,20), keinesfalls aber durch die zuletzt 1969 erfolgte DM-Aufwertung (auf 3,66) beeinflußt werden. Deshalb wird zum Zwecke der Vergleichbarkeit ein Koeffizient von 3,66 VM-pl je Dollar angesetzt. Die Werte des Jahres 1971, die im Original zu 4,20 ermittelt wurden, werden dementsprechend reduziert.

Da die Nominalpreiserhöhung von 2 \$ (Beispiel 1) unter der Rate der Dollarabwertung liegt, ergibt sich ein Rückgang des wertmäßigen Umsatzes. Das entspricht auch der ökonomischen Wirkung. Es wurde objektiv weniger internationale Kaufkraft realisiert.

Beispiel 5 (Geltende Praxis für die Preisstatistik 1972)

Bei der Erarbeitung der Preisstatistik war klar, daß die Preise sich nicht wie 4,20 zu 3,20 verhalten und um rund 24 % steigen (vergl. Anmerkung zum vorgenannten Beispiel 4). Der Preisindex würde wie in Beispiel 2 den Umsatzindex 0,78 betragen. Das wäre eine falsche Aussage.

Eine Vergleichbarkeit der Jahre 1971 und 1972 wurde dadurch hergestellt, daß - wie hier in Beispiel 5 - das Jahr 1971 im Nachhinein mit 3,20 bewertet wurde. Damit aber wurde jede Dollarpreiserhöhung wirksam auf den Preisindex, obwohl die Währung, in der der Index berechnet wurde (VM-pl), gegenüber dem Dollar aufgewertet wurde. Das zeigt sich darin, daß der Index lt. Beispiel 5 dem Dollarindex des Beispiels 1 entspricht.

Beispiele 6-10

Hier werden die gleichen Prozesse dargestellt. Aber die Dollarpreiserhöhung entspricht nun der Abwertungsrate. Um die Relation 3,66 : 3,20 wieder auszugleichen, muß der Exportpreis um rund 15 % erhöht werden. Nur wenn das gelingt, wird ein gleich großes Volumen internationaler Kaufkraft realisiert.

Nach der Methode der vergleichbaren Planwährung (Beispiel 9) wird deshalb ein Index von 100 ermittelt. Der Preisindex (Beispiel 10) ergibt jedoch wie der Dollarpreisindex (Beispiel 1) 115.

II. Zur Berechnung des physischen VolumensBeispiele 11 - 15

Hier wird dargestellt, welche Auswirkungen auf das Wachstum des physischen Volumens unter Verwendung der Preisindizes entstehen. Als Kontrollmöglichkeit dient Beispiel 11. Nur Berechnungen, die diese 100 ergeben, sind brauchbar.

Beispiel 13 (Geltende Praxis)

Die Verringerung des Preisindex nach Beispiel 5 (geltende Praxis) für Berechnungen auf Basis VM-st erweist sich als unzulässig. Das physische Volumen wird zu niedrig ausgewiesen.

Beispiel 14 (Geltende Praxis der Direktiveberichte 1974 und 1975)

Der Preisindex lt. Beispiel 5 wird verwendet. Er wird jedoch entsprechend der Veränderung der Relation der Umrechnungsverhältnisse neu umgerechnet. Diese Korrektur wird wie folgt ermittelt: Kurse, die für den Index verwendet wurden: 3,20 : 3,20. Kurse, die für die Umsatzermittlung angewendet wurden: 3,66 : 3,20. Daraus ergibt sich ein Korrekturkoeffizient von 1,14.

Aus dem Preisindex von 102 wird nach dieser Korrektur einer von 89. Diesen auf den Wert zu vergleichbarer Planwährung bezogen, ergibt einen Index des physischen Volumens von 100. Das entspricht voll der Realität.

Beispiel 15

Hier wird sichtbar, daß der Preisindex (Beispiel 5, geltende Praxis) des Jahres 1972 nur auf Dollarwerte bezogen, brauchbare Ergebnisse bringt. Er ist seiner Entstehung nach auch tatsächlich ein Dollarpreisindex.

Verallgemeinerungen

Eine langfristige Betrachtung des Umsatzes zu VM-pl ist nur bei Korrektur der Jahre 1970 und 1971 möglich.

Da Preisindizes nur auf die Währung bezogen werden können, aus der sie ermittelt werden, muß der Index deutlich gekennzeichnet sein. Er kann dann für andere Währungen umgerechnet werden.

Der Preisindex des Jahres 1972 fällt aus dem Rahmen. Er ist weder für VM-pl noch für VM-st geeignet. Er ist ein Dollarpreisindex. (Für die Indizes der anderen Jahre können aus diesen Rechenbeispielen keine Schlüsse gezogen werden. Sie sind aber nicht einheitlich ermittelt.)

Da Preisindizes sowohl für VM-st (physischen Volumen im Statistischen Jahrbuch), als auch für VM-pl (Leistungstätigkeit in den verschiedenen Bereichen des Außenhandels) benötigt werden, sollen in Zukunft beide ermittelt bzw. umgerechnet werden.

Information über Probleme beim Ausweis der Außenhandelsumsätze der DDR in der Statistik (Quelle: BAP L-2/6054)

Im Ausweis der Außenhandelsumsätze im Statistischen Jahrbuch der DDR sowie der RGW- und UNO-Statistik treten zunehmend starke Verzerrungen auf.

Dem Ausweis des Exports und Imports bzw. des Außenhandelsumsatzes in der Öffentlichkeitsstatistik liegen Kursrelationen der Mark der DDR zugrunde, die hinsichtlich des Rubels seit 1955, hinsichtlich der VE im Handel mit der BRD und WB seit jeher und hinsichtlich des US-\$ seit 1973¹ unverändert beibehalten wurden.

Mit der Verwendung stabiler Umrechnungskurse in der Öffentlichkeitsstatistik der DDR wurde beabsichtigt, die Auswirkungen des Kursverfalls der kapitalistischen Hauptwährungen zu eliminieren, um eine kontinuierliche Entwicklung des Außenhandels des DDR auszuweisen.

Infolge des seit vielen Jahren anhaltenden Kursverfalls insbesondere des US-\$, des englischen Pfund und anderer wichtiger kapitalistischer Handelswährungen stimmen die Daten über die Außenhandelsentwicklung der DDR in der Öffentlichkeitsstatistik in Größenordnungen nicht mehr mit den ökonomischen Realitäten überein. So geht z.B. der Anteil des Exports nach den Währungsgebieten KD und VW am NSW-Export gesamt in die Öffentlichkeitsstatistik mit Werten ein, die im Vergleich zur internen Statistik inzwischen um 10% höher liegen, wie die nachstehende Entwicklungsreihe deutlich macht.

	1971	1973	1975	1977	1979
Interne Statistik	62,2	61,7	60,7	62,2	62,9 %
Öffentl. Statistik. ²	62,2	66,1	68,3	69,6	73,3 %

Der Anteil BRD/WB (in VE) geht dagegen im Vergleich zur Bewertung der KD/VW-Umsätze mit zunehmend zu niedrigen Werten in die Öffentlichkeitsstatistik ein.

¹ s. Anlage I

² Zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit wurden die Angaben d. internen Statistik den Zahlen gegenübergestellt, die sich bei Umrechnung der internen Statist. mit den Statistikkursen ergeben. Ein direkter Vergl. m. den Zahlen d. Öffentlichkeitsstatist. ist wegen d. darin enthaltenen nichtplanmäßigen Umsätze u. des speziellen Außenhandels nicht möglich.

Die Überbewertung der KD/VW-Umsätze und die Unterbewertung der Umsätze mit BRD/WB heben sich gegenseitig auf, so daß der NSW-Anteil am gesamten Außenhandel im wesentlichen unverändert bleibt.

Gleichzeitig läßt sich aus den Angaben zum NSW-Export und -Import in der RGW- und UNO-Statistik ein überhöhter Handelsbilanzsaldo errechnen, wie der folgende Vergleich mit der internen Statistik zeigt.

	1973	1975	1977	1979 ³	
interne Statistik	-2,3	-2,6	-3,2	-2,8	Mrd. VM
RGW/UNO-Statist. ⁴	-2,8	-3,5	-4,3	-4,5	Mrd. VM

Dieser höhere Passivsaldo kommt dadurch zustande, daß die überbewerteten KD/VW-Umsätze den weitaus größten Anteil am NSW-Importüberschuß haben.

Bis zum Jahre 1960 entsprachen sowohl die für statistische Berechnungen angewandten Umrechnungskurse als auch die im Außenhandel verwendeten internen Umrechnungsverhältnisse den Paritäten der Währungen untereinander.

Demnach waren:

1 DM	= 1 VE	= 1 VM
1 US-\$	= 4,20 DM	= 4,20 VM
1 Rbl.	= 1,11 US-\$ (bzw. 1 US-\$ = 0,90 Rbl.)	
4,20 VM x 1,11	= 4,67 VM	= 1 Rbl.

Gegenwärtig entsprechen aber

a) nach den geltenden internen Umrechnungsverhältnissen:

1 DM	= 1 VE	= 1 VM
1 US-\$	= 1,90 VM	
1 trf. Rbl.	= 5 M	

b) für die Öffentlichkeitsstatistik der DDR

1 DM	= 1 VE	= 1 VM
1 DM (KD)	= 1,83 VM (1 DM x 1,83 ⁵)	
1 US-\$	= 3,48 VM (1,90 VM x 1,83 ⁶)	

Die dargestellte Entwicklung der statistischen Umrechnungskurse bzw. internen Umrechnungsverhältnisse macht vor allem deutlich:

1. Der Umrechnungskurs zum trf. Rbl. wurde für die Öffentlichkeitsstatistik unverändert mit der Größe 1 trf. Rbl. = 4,67 VM beibehalten.
2. Der Umrechnungskurs zum US-\$ wurde für die Öffentlichkeitsstatistik seit 1973 unverändert gelassen, obwohl sich der Kursverfall des US-\$ gegenüber

³ Berechnung des Saldos der Handelsbilanz s. Anlage 2

⁴ s. Fußnote 2, Seite 1 (*hier Fn 2, S. 358*)

⁵ Statist. Umrechnungskoeffizient, der nach der bis 1979 angewandten Methode (abgeleitet aus der Veränderung des internen Umrechnungsverhältnisses für den US-\$) ermittelt wurde.

⁶ s. Fußnote 1 (*hier Fn 5, S. 359*)

dem trf. Rbl. weiter fortgesetzt hat. Nach der aktuellen Kursnotierung der IBWZ ist 1 trf. Rbl. = 1,48 US-\$. Daraus würde sich, ausgehend von der Relation 1 trf. Rbl. = 4,67 VM ein VM-Wert für 1 US-\$ von 3,16 VM ergeben.

Demzufolge wird, gemessen an den Kursrelationen der trf. Rbl., der KD- und VW-Umsatz des Außenhandels der DDR in der Öffentlichkeitsstatistik um 10 % überhöht ausgewiesen.

3. Der Außenhandel mit der BRD und WB (in VE) wird entsprechend der getroffenen Festlegung seit jeher unverändert mit 1 VE = 1 VM ausgewiesen. Faktisch hat jedoch die DM auch gegenüber dem trf. Rbl. stark aufgewertet. An den Kursrelationen des trf. Rbl. gemessen, wird das absolute Volumen des Außenhandelsumsatzes der DDR mit der BRD und WB in der Öffentlichkeitsstatistik um 38% zu niedrig ausgewiesen.

Eine Lösung der angewachsenen Widersprüche im statistischen Ausweis des Außenhandels der DDR erweist sich in Anbetracht der politisch wie ökonomisch sehr vielschichtigen Kursprobleme als außerordentlich kompliziert. Es ist zu berücksichtigen, daß es nicht möglich ist, in der Öffentlichkeitsstatistik rückwirkend Veränderungen vorzunehmen.

Nach den bisher durchgeführten Untersuchungen erscheint eine kurzfristige grundlegende Veränderung nicht möglich.

1. wegen der Notwendigkeit, vom Verhältnis 1 VE = 1 VM abzugehen
2. wegen der erheblichen Konsequenzen, die sich aus einem veränderten Ausweis der Regionalstruktur des Außenhandels der DDR ergeben würden.

Die zwei folgenden Teilfragen sind gegenwärtig lösbar:

1. Im Zusammenhang mit den für 1980 neu festgelegten internen Umrechnungsverhältnissen der Mark zu kapitalistischen Währungen sollte der statistische Koeffizient zur Umrechnung der KD- und VW-Umsätze nicht mehr ausschließlich entsprechend der überdurchschnittlichen Veränderung des Umrechnungsverhältnisses zum US-\$, sondern nach der gewichteten Gesamtveränderung der Umrechnungsverhältnisse erfolgen. Damit wird verhindert, daß in statistischen Veröffentlichungen ein noch stärker überhöhter Ausweis der KD- und VW-Umsätze und damit eine Überhöhung des NSW-Anteils erfolgt. Auch in den Folgejahren sollte diese Methode der Ermittlung des statistischen Umrechnungskoeffizienten entsprechend der durchschnittlichen Veränderung des internen Umrechnungsverhältnisses beibehalten werden.
2. Gleichzeitig müßte gewährleistet werden, daß die internen Umrechnungsverhältnisse künftig jährlich in vollem Umfang den veränderten Kursrelationen der kapitalistischen Währungen angepaßt werden. Damit würden die bisher aufgetretenen zum Teil starken Brüche im statistischen Ausweis der Außenhandelsumsätze vermindert werden.

Stellvertreter des Ministers für den
Bereich Planung und Valuta

Berlin, den 6.2.1976

Persönlich, streng vertraulich

Information für Genossen Sölle zu Problemen, die bei der Veröffentlichung von Kennziffern des Außenhandels im Zusammenhang mit den Umrechnungsverhältnissen der Mark bestehen

1. Ursachen für die Probleme, die bei der Veröffentlichung von Kennziffern des Außenhandels im Zusammenhang mit den Umrechnungsverhältnissen der Mark bestehen, sind

- a) die Einführung eines ökonomisch begründeten Umrechnungsverhältnisses der Mark zum transferablen Rubel ab 1.1.1971, mit dem das Umrechnungsverhältnis von bis dahin

$$\begin{array}{rcl} 4,67 \text{ VM} & = & 1 \text{ trf. Rbl.} \\ \text{auf } 5,50 \text{ M} & = & 1 \text{ trf. Rbl.} \end{array}$$

verändert wurde.

Dieses neue Umrechnungsverhältnis wurde bei der Planung und Abrechnung des Exports sowie in der wirtschaftlichen Rechnungsführung angewandt, während für Veröffentlichungen im Interesse einer der Parität des Rubels zum US-Dollar entsprechenden Bewertung der Umsätze und ihrer langfristigen Vergleichbarkeit weiter das alt Umrechnungsverhältnis angewandt wurde

$$\begin{array}{rcl} (4,67 \text{ VM} = 1 \text{ trf. Rbl} & = & 1,11 \text{ US-}\$ \\ & & 1,- \text{ US-}\$ = 4,20 \text{ VM}). \end{array}$$

- b) die Veränderung der Umrechnungsverhältnisse der Mark zum US-Dollar entsprechend der Entwicklung des Kurses der DM-West zum US-Dollar.

Diese Veränderungen wurden bewirkt durch die mehrmaligen Aufwertungen der DM-West, die zweimalige Abwertung des US-Dollar und die weitere laufende Kursentwicklung zwischen der DM-West und dem US-Dollar.

Die dementsprechende Veränderung des Umrechnungsverhältnisses der Mark zum US-Dollar wurde für die Planung und Abrechnung des Exports und Imports sowie in der wirtschaftlichen Rechnungsführung wirksam (gegenwärtig

$$\begin{array}{rcl} 1 \text{ US-}\$ & = & 2,50 \text{ VM} \\ 1 \text{ DM-West} & = & 1 \text{ VM}). \end{array}$$

Für Veröffentlichungen wird deshalb aus den gleichen Gründen wie unter a) erwähnt ein Umrechnungsverhältnis zugrunde gelegt, das der aktuellen Parität des transferablen Rubels zum US-Dollar entspricht

$$\begin{array}{rcl} (4,67 \text{ VM} & = & 1 \text{ trf. Rbl.} = 1,34 \text{ US-}\$ \\ 1 \text{ US-}\$ & = & 3,48 \text{ VM}). \end{array}$$

Von der Fixierung der Umrechnungsverhältnisse ausgehend von der Parität des transferablen Rubels zum US-Dollar mußte jedoch die DM-West ausge-

nommen werden, weil ihr Verhältnis zur Mark der DDR auf 1 : 1 festgelegt ist.

Die für Veröffentlichungen anzuwendenden Umrechnungsverhältnisse sind in folgenden Beschlüssen festgelegt:

- MRB zur Veröffentlichung von Angaben über Kennziffern der Außenwirtschaft vom 14.6.1972 (VVS B 2 - 171/72).
- MRB zur Änderung der Grundsätze für die Veröffentlichung von AH-Kennziffern vom 17.7.1973 (VVS B 2 - B 6 - 277/73) und vom 16.1.1975 (VVS B 2 - 12/75).

2. Ab 1.1.1976 werden folgende Umrechnungsverhältnisse angewendet:

a) für die Planung und wirtschaftliche Rechnungsführung:

- 1 trf. Rbl. = 5 M (ökonomisch begründetes Umrechnungsverhältnis)
- 1 US-\$ = 2,50 VM (entsprechend Kurs der DM-West zum US-Dollar)
- 1 DM-West = 1,- VM (fixiertes Umrechnungsverhältnis der Mark zur DM-West)

Die in transferablen Rubeln und in kapitalistischen Währungen ausgedrückten Werte sind wegen ihrer ökonomisch unterschiedlichen Berechnung nicht aggregierbar.

b) für Veröffentlichungen:

- 1 trf. Rbl. = 4,67 VM (seit 1959 unverändertes Umrechnungsverhältnis der Mark zum transferablen Rubel)
- 1 US-\$ = 3,48 VM (entsprechend der Parität des transferablen Rubels zum US-Dollar)
- 1 DM-West = 1,- VM (fixiertes Umrechnungsverhältnis der Mark zur DM-West, das nicht der Parität des transferablen Rubels zur DM-West entspricht)

Die Zahlenangaben für Veröffentlichungen werden mit Hilfe von Koeffizienten ausgehend von den in der Planung und Abrechnung ausgewiesenen Werten ermittelt.

3. Wenn eine Übereinstimmung zwischen den Umrechnungsverhältnissen, die in der Planung und für Veröffentlichungen angewandt werden, erreicht werden soll, müßten die Umrechnungsverhältnisse zu allen kapitalistischen Währungen ausgehend vom ökonomisch begründeten Umrechnungsverhältnis der Mark zum transferablen Rubel festgelegt werden. Eine solche grundsätzliche Veränderung würde auch das Abgehen vom Verhältnis der Mark zur Westmark erfordern, dessen Beibehaltung jedoch aus prinzipiellen politischen Gründen mit Beschluß des Politbüros vom 4.6.1975 festgelegt wurde.

Anlage 3

Ministerrat der
Deutschen Demokratischen Republik
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik

Entwurf
Begründung

zum Beschluß des Präsidiums des Ministerrates über die Veröffentlichung von Angaben über Kennziffern der Außenwirtschaft auf zentraler Ebene und auf der Ebene der Exportbetriebe, Kombinate, wirtschaftsleitenden Organe und Außenhandelsbetriebe.

Der o.g. Beschluß wurde in Realisierung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 19.1.1972 über Maßnahmen zur Durchführung des Beschlusses des Ministerrates vom 12.1.1972 über die Veränderung der Umrechnungsverhältnisse der Mark der DDR zu Währungen kapitalistischer Länder erarbeitet.

Bei der Ableitung der erforderlichen Maßnahmen für die Veröffentlichung von Kennziffern der Außenwirtschaft erwies es sich als notwendig, gesonderte Festlegungen für die zentrale Ebene (Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Ministerium für Außenwirtschaft, Staatliche Plankommission) und für die Ebene der Exportbetriebe, Kombinate, wirtschaftsleitenden Organe und Außenhandelsbetriebe zu treffen.

I. Zur Direktive des Ministerrates für die zentrale Ebene

Für statistische Veröffentlichungen über den Außenhandelsumsatz der DDR ist es nicht möglich, die in der Planung und Planabrechnung angewendeten Umrechnungsverhältnisse z.B. 1 trf. Rubel = 5,50 M, 1 US-Dollar = 3,20 VM) zugrunde zu legen, weil

- damit die langfristige Vergleichbarkeit mit den früher veröffentlichten Angaben über die Höhe des Außenhandelsumsatzes nicht mehr gesichert wird.
- eine statistische Zusammenfassung des Außenhandelsumsatzes mit dem SW und dem NSW zum Außenhandelsumsatz der DDR insgesamt ohne Berücksichtigung der Parität zwischen dem transferablen Rubel und den Währungen kapitalistischer Staaten nicht möglich ist.
- es nicht vertretbar und international nicht üblich ist, wegen der Veränderung der Paritäten der Währungen kapitalistischer Staaten die statistischen Angaben für die früheren Jahre zu verändern.

Bei der Festlegung der für die Zwecke der Veröffentlichung von außenwirtschaftlichen Kennziffern auf zentraler Ebene anzuwendenden Umrechnungsverhältnisse wird von der Beibehaltung des für statistische Zwecke bisher geltenden Umrechnungsverhältnisses der Mark der DDR zum transferablen Rubel in Höhe von 1 trf. Rubel = 4,67 Valutamark ausgegangen.

Zur Bestimmung der Umrechnungsverhältnisse der Mark der DDR zu Währungen kapitalistischer Staaten werden für statistische Veröffentlichungen die Paritäten der Währungen dieser Staaten zum transferablen Rubel zugrunde gelegt.

Ergab bisher z.B.

1 US-Dollar = 0,90 trf. Rubel = 4,20 VM,

so entspricht nach der Abwertung des US-Dollars ab 1972

$$1 \text{ US-Dollar} = 0,829 \text{ trf. Rubel} = 3,87 \text{ VM.}$$

Die Bezugnahme auf den trf. Rubel und auf die Paritäten der Währungen kapitalistischer Staaten zum trf. Rubel ermöglicht es, die Exporte und Importe der DDR mit dem sozialistischen und nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet zum Export und Import der DDR insgesamt nach einem einheitlichen, ineinander vergleichbaren Maßstab zusammenzuführen und damit auch eine Vergleichbarkeit der statistischen Angaben ab 1972 mit denen der Vorjahre zu gewährleisten.

Für die Umrechnung von den ab 1972 in der Planung und Planabrechnung gültigen internen Devisenumrechnungssätzen auf die für statistische Veröffentlichungen anzuwendenden Umrechnungsverhältnisse kann für Umsätze im NSW zu konvertierbaren Devisen und Verrechnungswährungen einheitlich der Faktor 1,21 benutzt werden, da die Faktoren für die einzelnen Währungen nur unwesentlich voneinander abweichen.

Berechnungen haben ergeben, daß damit für aggregierte Kennziffern wie Außenhandelsumsatz der DDR insgesamt, NSW gesamt und nach Ländergruppen eine ausreichende Vergleichbarkeit gesichert wird.

Durch die gegenüber 1971 vorgenommene Veränderung der für statistische Veröffentlichungen für das NSW anzuwendenden Umrechnungsverhältnisse wird in öffentlichen Statistiken die Entwicklung im Jahre 1972 im Vergleich zu 1971 beim Umsatz mit dem NSW voraussichtlich nur um etwa 2 % und beim Außenhandelsumsatz der DDR insgesamt nur um etwa 0,5 % geringer ausgewiesen.

Im Zusammenhang damit, daß an die statistischen Organe der UNO für Berechnungen des Welthandels die Angaben über den Außenhandelsumsatz der DDR in US-Dollar zu übergeben sind, wird durch einen Vergleich mit den inhaltlich übereinstimmenden Angaben im Statistischen Jahrbuch der DDR (bewertet zu Valutamark) die Ermittlung des statistischen Umrechnungsverhältnisses 1 US-Dollar = 3,87 Valutamark möglich. Damit wird das Abweichen vom veröffentlichten Verkaufssatz 1 US-Dollar = 3,20 Valutamark sichtbar.

Dennoch wird es nicht als zweckmäßig erachtet, aus diesem Grund zukünftig die Berichterstattung an UNO-Organen einzustellen, zumal auch über Veröffentlichungen des RGW - die in transferablen Rubeln erfolgen - über den trf. Rubel und seine Parität zum US-Dollar und den Vergleich zu den Angaben im Statistischen Jahrbuch der DDR die Ermittlung der Verhältnisse 1 US-Dollar = 3,87 Valutamark möglich wird.

II. Zu den Grundsätzen für die Ebene der Exportbetriebe, Kombinate, wirtschaftsleitenden Organe und Außenhandelsbetriebe

Es erwies sich als erforderlich, für die Öffentlichkeitsarbeit der Exportbetriebe, Kombinate, wirtschaftsleitenden Organe und Außenhandelsbetriebe vereinfachte Grundsätze festzulegen, die relativ leicht überschaubar sind, ohne großen Verwaltungsaufwand durchgeführt werden können und die Einhaltung der staatlichen Bestimmungen über die Geheimhaltung von Angaben der Außenwirtschaft gewährleisten.

Die Festlegung vereinfachter Grundsätze ist auch deshalb möglich, da auf dieser Ebene keine komplexen Übersichten über Export und Import und seine langfristige Entwicklung veröffentlicht werden.

Bei der Ausarbeitung dieser Grundsätze wurde vor allem davon ausgegangen, daß auf dieser Ebene für die Öffentlichkeitsarbeit keine anderen Umrechnungsverhältnisse festgelegt werden können als sie im Volkswirtschaftsplan 1972 und seiner Abrechnung Anwendung finden.

Durch die Anwendung von der Planmethodik abweichender Umrechnungsfaktoren in den Betrieben für Veröffentlichungszwecke und dergleichen könnte zwangsläufig der Eindruck entstehen, daß die in der Außenwirtschaftstätigkeit der Betriebe echt erreichten ökonomischen Ergebnisse nachträglich korrigiert würden. Damit könnte eine Desorientierung in den Export- und Außenhandelsbetrieben eintreten.

Deshalb sind Veröffentlichungen über Kennziffern der Außenwirtschaft durch Exportbetriebe, Kombinate, wirtschaftsleitende Organe und Außenhandelsbetriebe - soweit unbedingt notwendig - in Naturalkennziffern oder in ausländischen Währungen (z.B. Vertragsabschlüsse) bzw. bei Informationen über den Stand der Planerfüllung oder der Exportentwicklung im prozentualen Ausdruck auf der Basis der geltenden Umrechnungsverhältnisse vorzunehmen.

Ministerium der Finanzen
Stellvertreter des Ministers

Berlin, 27.4.1972

Gen. Dr. Fenske
persönlich, streng vertraulich

Information für Genossen Böhm

Maßnahmen aufgrund der Veränderung der Umrechnungsverhältnisse der Mark der DDR zu Währungen kapitalistischer Staaten

1. Am 26.4.1972 wurden in der entsprechend dem PMR-Beschluß vom 19.1.1972 gebildeten Koordinierungsgruppe folgende anstehende Fragen beraten:
 - a) Gemäß Beschluß des Präsidiums des Ministerrates vom 19.1.1972, Punkt 11, hat der Leiter der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in Abstimmung mit dem Vorsitzenden der staatlichen Plankommission, dem Minister der Finanzen und dem Minister für Außenwirtschaft Grundsätze für die Veröffentlichung von Kennziffern der Außenwirtschaft einschließlich ihrer langfristigen Vergleichbarkeit dem Präsidium des Ministerrates zur Beschlußfassung vorzulegen.
 - b) Sind die Devisenumrechnungssätze der Mark der DDR zu Währungen kapitalistischer Staaten in einem Kurs auf der Basis des Goldgehaltes der Mark der DDR und einen Aufschlag aufzuspalten?
 - c) Welche Devisenumrechnungssätze sind anzuwenden, wenn die Bank, Außenhandelsbetriebe usw. ausländischen Kunden Spesen-, Telefon-, oder Telegrammgebühren usw. in Rechnung stellen?
2. Die Beratung der Koordinierungsgruppe führte zu folgenden Ergebnissen:

zu a)

 - Der vom Stellvertreter des Leiters der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Gen. Dr. Ludwig, in der Beratung der Koordinierungsgruppe vorgelegte und begründete Beschlußentwurf und die dazugehörenden Grundsätze für die Veröffentlichung können in der jetzigen Form nicht in das Präsidium des Ministerrates eingereicht werden.

Durch die Herausgabe einer Vielzahl von statistischen Umrechnungsfaktoren an die Export- und Außenhandelsbetriebe könnte eine Desorientierung in den Export- und Außenhandelsbetrieben eintreten, da gerade im Zusammenhang mit der Direktive des Ministerrates vom 21.1.1972 die neuen Umrechnungsverhältnisse der Mark der DDR zu Währungen kapitalistischer Staaten politisch und ökonomisch in ihrer Höhe und den damit zu erreichenden Zielen in der ökonomischen Tätigkeit der Betriebe begründet wurde.

Durch die Anwendung abweichender Umrechnungsfaktoren für Veröffentlichungszwecke und dergleichen könnte zwangsläufig der Eindruck entstehen, daß die in der Außenwirtschaftstätigkeit der Betriebe echt erreichten ökonomischen Ergebnisse nachträglich korrigiert würden.

Aus diesem Grunde wurde Übereinstimmung erzielt, daß die Betriebe keine statistischen Umrechnungsfaktoren zur Kenntnis erhalten und die Veröffentlichung z.B. von Messeabschlüssen - soweit unbedingt notwendig - nur in materiellen

Kennziffern der Außenwirtschaft oder in ausländischen Währungen (transferabler Rubel oder kapitalistische Währungen, in denen die Verträge abgeschlossen wurden) erfolgen. In ganz besonderen Ausnahmefällen sollten für interne Zwecke der langfristigen Vergleichbarmachung von Kennziffern der Außenwirtschaft die Ausweise der Exporte und Importe in Mark bzw. Valutamark zu den geltenden Umrechnungsverhältnissen erfolgen.

- Für zentrale statistische Veröffentlichungen - Statistisches Jahrbuch der DDR, RGW-Statistik, UNO-Statistik usw. - werden die unterbreiteten Vorschläge (1 transf. Rubel = 4,67 bzw. 1 US-\$ = 3,87) akzeptiert, um eine Vergleichbarkeit auf der Grundlage der offiziellen Parität des transferablen Rubels zu den Währungen kapitalistischer Staaten herstellen zu können.

Die errechneten statistischen Umrechnungsfaktoren, die nur zentral für Veröffentlichungszwecke von der Staatlichen Plankommission, dem Ministerium für Außenwirtschaft und der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik anzuwenden sind, sollten dem Präsidium des Ministerrates zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

- Entsprechend den in der Koordinierungsgruppe gegebenen Hinweisen wird die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik den Beschlußentwurf und die Grundsätze überarbeiten und dem Präsidium des Ministerrates zur Beratung einreichen.
zu b)

- Die getroffene Grundsatzentscheidung, wonach von der Staatsbank der DDR
 - eine Tabelle (nur für den Dienstgebrauch) der festgelegten Devisenumrechnungssätze
 und
 - eine Tabelle (öffentlicher Aushang) der An- und Verkaufssätze für ausländische Banknoten

herausgegeben werden, wird beibehalten, d.h., ein getrennter Ausweis (wie vor dem 31.1.1972) nach Devisenumrechnungsverhältnis und Aufschlag für nichtkommerzielle Zahlungen erfolgt nicht.

- Die Präsidenten der Staatsbank und der Deutschen Außenhandelsbank sind berechtigt, bei Anfragen von Betrieben, Bürgern usw. die Auskunft zu erteilen, daß sich die An- und Verkaufssätze für ausländische Banknoten z.B. für den Dollar (3,20 VM bzw. 3,15 VM = 1 US-\$) aus dem Kurs von 2,05 M für 1 US-\$ und einem Aufschlag von rd. 57 % zusammensetzen. Publikationen erfolgen dazu nicht.
- In diesem Zusammenhang wurde dem Vizepräsidenten der Staatsbank als Mitglied der Koordinierungsgruppe der Auftrag erteilt, zu nachstehenden Fragen eine schriftliche Information zur Beratung in der Koordinierungsgruppe vorzulegen:
 - Welche Veröffentlichungen erfolgen zum Umrechnungsverhältnis der Mark der DDR zu Währungen kapitalistischer Staaten und zum Goldgehalt unserer Währung von der Staatsbank der UdSSR sowie von anderen Banken sozialistischer Länder?
 - Wie und in welcher Höhe erfolgen zum gegenwärtigen Zeitpunkt in den sozialistischen Ländern Zahlungen in Landeswährungen (einschl. Sonderzuschläge, Rabattgewährung beim Einzelhandel usw.) an Bürger kapitalisti-

scher Länder als Gegenwert für die entsprechenden kapitalistischen Währungen?

Termin: Für die Beratung in der Koordinierungsgruppe am 17.5.1972

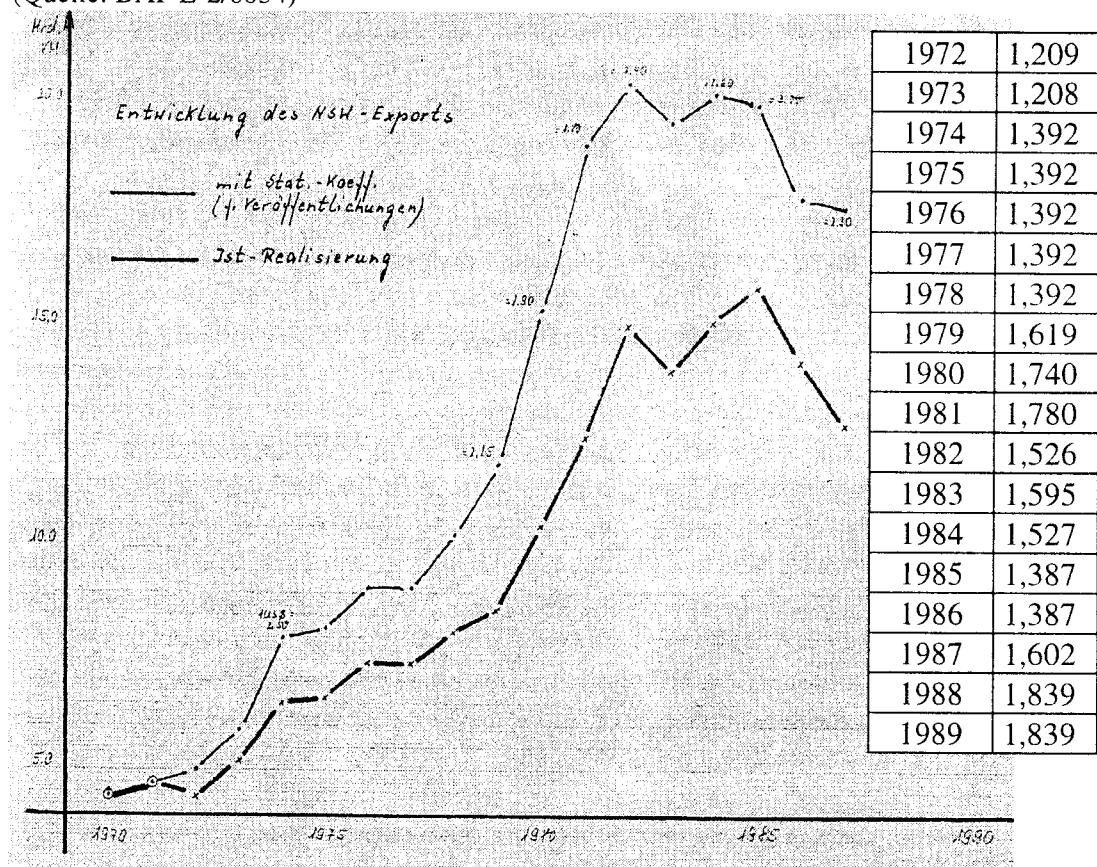
zu c)

Es wurde entschieden, daß auch für die anfallenden und auch den kapitalistischen Kunden in Rechnung zu stellenden Gebühren ebenfalls die geltenden Umrechnungsverhältnisse der Mark der DDR zu Währungen kapitalistischer Staaten Anwendung finden.

gez. König

Liste und Darstellung der Wirkung des statistischen Koeffizienten

(Quelle: BAP L-2/6054)



Dieser Umrechnungskoeffizient galt für den Außenhandel mit dem Währungsgebiet 'konvertierbare Devisen'. Ausgenommen blieb der Verrechnungsverkehr mit den Volksrepubliken Jugoslawien, Moçambique und China, die eigene statistische Koeffizienten in Bezug zu US-Dollar oder schweizer Franken hatten.

Zur Berechnung des statistischen Koeffizienten (Quelle: BAP L-2/6054):

30. 1. 89

Berechnung des ECE/UNO/RgV-Koeff.
für 1988

Jahres Ø f 1988, JB42-Krimes:

$$1 \text{ US\$} = 0.6308 \text{ Trf. Rbl}$$

$$1 \text{ Trf. Rbl} = 1.5853 \text{ US\$}$$

$$1 \text{ Trf. Rbl} = 4.67 \text{ VM}$$

$$4.67 \text{ VM} = 1.5853 \text{ US\$}$$

$$\underline{\underline{1 \text{ US\$} = 2.9458 \text{ VM}}}$$

mit MdF wurde abgestimmt

$$\underline{\underline{1 \text{ US\$} = 2.94 \text{ VM}}}$$

1.839

amt. 1.839 20%

Beispiel zur Wechselkursberechnung aus Außenhandelsdaten

Außenhandel (Export) 1988 mit westlichen Industrieländern (einschließlich innerdeutscher Handel)

Wert im StatJbDDR 1989

27518,8 Mio. Valutamark

Wert im StatJbDDR 1990

62507,7 Mark Valutagegenwert

Umrechnungskoeffizient aus Außenhandelsdaten,
unbereinigt:

2,27 Mark je VM / DM

Statistischer Koeffizient zur Erhöhung der Exportwerte in
das Währungsgebiet 'konvertible Devisen' /

'Verrechnungswährungen':

1,839

internes Umrechnungsverhältnis:

4,25 Mark je VM / DM

Keine Berücksichtigung findet bei diesem Beispiel die Tatsache, daß beim innerdeutschen Handel geringere Transaktionskosten anfielen und deshalb das interne Umrechnungsverhältnis für dieses Handelssegment 1988 nur 3,82 betrug.